

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Quartalsjahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen
jeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inzerate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 14. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Das Fiasko der Weltfeldmarschallenschaft.

Dem glorreichen Ostasienszuge des mit Vorkämpflorbeeren über-
schütteten Weltfeldmarschalls werden die Totenglocken geläutet. Es
waltet ein tragisches Geschick über den Ostasiensfahrten Deutschlands.

So wenig es dem Prinzen Heinrich vergönnt war, nach den
Worten seines gekrönten Bruders den Lorbeer um seine
junge Stirn zu flechten, so wenig war es dem mit
der neuen und erhabenen Würde der Weltfeldmarschallenschaft
belehnten Grafen Waldersee vergönnt, auch nur einige
kleine Reiser jener überreichen Lorbeerpende zu verdienen.

Als der Weltfeldmarschall chinesischen Boden betrat, war der Wider-
stand der chinesischen Streitkräfte in Diensten längst gebrochen,
flatterten über Peking Mauern bereits die Fahnen der andern
Mächte. Zu großen Thaten bot sich dem Generalissimus beim besten
Willen keine Gelegenheit mehr, er mußte sich damit begnügen, die
blühende nur als Sport betriebenen Vogerjagden mit der Gründ-
lichkeit eines deutschen Strategen zu organisieren.

Wozu kam noch, daß die meisten Mächte sich nach der An-
kunft Waldersees beeilten, ihre Truppen zurückzuziehen,
so Rußland, Amerika und Japan, also gerade die Mächte,
die im ersten, ernstlichen Teil des Kriegs die führende Rolle gespielt
hatten. Der Weltgeneralissimus war außer auf die eignen Truppen
lediglich noch auf die wenig zahlreichen — englischen und
die französischen Truppen angewiesen. Aber der diplo-
matische Hader bei den Friedensverhandlungen
wurde nicht nur immer wüster, sondern auch die Disciplin
der dem Oberkommandierenden noch unterstellten Truppen lockerte
sich mehr und mehr.

So wird der „Mh.-Westf. Jtg.“ jetzt aus
Paris gemeldet, daß Graf Waldersee vergebens gegen die
französische Expedition nach Paotingun protestiert habe, der
französische General Vaillou habe Waldersee gegen-
über seine Unabhängigkeit betont. Das hatte gerade noch geseht!
Es ist deshalb auch verständlich, daß jetzt sogar die
offiziösen Blätter an der Mission des Weltfeldmarschalls
zu verzweifeln beginnen.

Nachdem gestern die „Berliner
Neuesten Nachrichten“ die Thätigkeit Waldersees als seiner
längst nicht mehr würdig bezeichnet hatten, giebt heute
die „Kreuz-Ztg.“ ihrem Ärger über den endlosen
Jammer der diplomatischen Friedensfarce Ausdruck.
„In China gehen die Verhandlungen ihren schleppenden
Gang weiter. Des Generalfeldmarschalls Grafen
Waldersee Lage erscheint dabei keineswegs
beneidenswert und wie bewundern die Umsicht, mit
welcher er seine schwierige Position zu behaupten versteht.
Der diplomatische Streit in Peking um die Köpfe
der Schuldigen dürfte ein Unikum in den Annalen
der Diplomatie darstellen. Man wird wohl
längere Zeit in China gelebt haben müssen, um
den Handel natürlich und notwendig zu finden. Von Europa
aus angesehen, erscheint ein früherer Abschluß
der Verhandlungen wichtiger als ein geköpfter
Chineser mehr. Doch, wie gesagt, wircheiden uns
und erheben nicht den Anspruch, in diesen vielleicht sehr wichtigen Dingen
als Kenner aufzutreten.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Februar.

Der Reichstag

erlebte heute einen seiner interessantesten Tage, was sich schon
äußerlich in dem immerhin bedeutend stärkeren, wenn auch
kaum als stark zu bezeichnenden, Besuche des Hauses aus-
drückte.

Interessant war gleich das Vor- und Zwischenpiel, das
die heutige Sitzung eröffnete. In einer scharf zugespitzten
Erklärung wies vor Eintritt in die Tagesordnung Seine
die Angriffe zurück, die in dem Dreiklassenhause, wo
keine Vertreter des arbeitenden Volks sitzen, der preussische
Justizminister Schönstedt gegen ihn gerichtet hat. Bei der
dritten Lesung des Reichs-Justizetats, erklärte Seine, werde
er mit dem Justizminister abrechnen. Es soll uns wundern,
ob der Herr am Platze sein wird. In seiner neulichen Rede
im Abgeordnetenhause hat er eine ebenso merkwürdige wie
brünstige Abneigung gegen die Rolle eines „Augelfangs“ an
den Tag gelegt.

In einer kurzen Debatte wurde der Rest des Etats der
Reichs-Eisenbahnverwaltung erledigt. Die
China-Vorlage warf bereits ihre Schatten voraus: im
Hinblick auf das Heibengeld, das das China-Abenteuer kostet,
hat die Kommission die zweiten und dritten, für das
„Extra-Ordinarium“, d. h. die außerordentlichen
Ausgaben, geforderten Raten überall da gestrichen, wo die
ersten Raten noch nicht aufgebraucht sind. Das Haus ließ
sich durch Herrn v. Thielens wehmütige Klagen nicht bewegen,
den Beschluß seiner Kommission ungestoßen.

Und nun kam sie selbst heran, die Chinavorlage,
d. h. ihre zweite Lesung. Die Schlacht um sie war
natürlich bei der ersten Beratung geschlagen worden. So
entbrannte heute nicht sowohl der Kampf um die China-
vorlage selbst, die vielmehr mit den dazu gehörigen
Rebailen glatt durchging, sondern um eine Resolution,
die die Budgetkommission vorschlug, und einen Zusat-
z, den unsre Fraktion zu dieser Resolution be-
antragte.

Die Resolution der Kommission ist aus dem Geiste ge-
boren, der ein elles Mischung zwischen Frömmerei und
Weltpolitiziererei, die Rechte und mehr noch das Centrum
befeelt. Sie verlangt, daß in dem Vertrag, der — wann,
das mögen die Götter wissen — den chinesischen Wirren ein
Ende machen soll, die Freiheit des christlichen Be-
kenntnisses in China ausbedungen und — das ist das
Entscheidende — die chinesischen Christen unter den
Schutz der Vertragsmächte gestellt werden.

Zu dieser Resolution beantragte unsre Fraktion einen
Zusatz, der den Missionaren die Verpflichtung
auferlegen sollte, sich nicht in die sozialen und poli-
tischen Verhältnisse einzumischen und nicht die
Kleidung chinesischer Mandarine zu tragen. Die
letzte Forderung ist natürlich nicht etwa dem Geist kleinlicher
Eitelkeit entsprungen, sondern wendet sich gegen die beliebte
Methode namentlich der katholischen Missionare,
sich den Amtcharakter chinesischer Beamten
beizulegen oder beilegen zu lassen.

In einer trefflichen Rede vertrat Bebel den Antrag
unserer Partei. Unwiderleglich und auf unansehbare
Zeugnisse der allerneuesten Zeit, die aus
gut bürgerlichen Kreisen stammen, beleuchtete Bebel
das verhängnisvolle Treiben der Missionare der
verschiedenen Glaubensschattierungen in China, jenes Treiben,
das in allererster Linie die Schuld an den gegenwärtigen
chinesischen Wirren trägt. Was würde man sagen, fragte er
die Herren vom Centrum und von der Rechten, wenn hier
in Deutschland fremde Missionare Schelme, die zu ihrer
Religion übergetreten, ihren ordentlichen Richtern entziehen
wollten?

Mit abgestandenen Phrasen von der „Pflicht“ der „Kultur-
völker“, andern „tiefer stehenden“ Nationen das Christentum
zu bringen, suchten der konservative Graf Stolberg-Wernige-
rode und der ultramontane Dr. Bache m Bebel zu widerlegen,
während Dr. Müller-Sagan namens der freisinnigen Volks-
partei Bebel wesentlich recht gab und nur gegen den zweiten, auf die
Kandarinenuiform bezüglichen Teil der socialdemo-
kratischen Resolution einige zum Teil auf Mißverständnis
beruhende Einwände erhob. Graf Verustorff von der
Reichspartei sprach natürlich im Sinne der Redner der Rechten
und des Centrums. Eine recht eigentümliche Stellung nahm
der Staatssekretär v. Richthofen ein: er erklärte die
Resolution der Kommission für „überflüssig, aber nicht schädlich“
und den socialdemokratischen Zusatzantrag für „bedenklich“.
Herr Schrader von der freisinnigen Vereinigung
sprach sich ähnlich, wie Müller-Sagan aus, bemühte sich
aber in echt wadenstrümpferischer Weise, seine Stellungnahme
durch allerlei Verbeugungen vor dem Christentum und der
Weltpolitik zu verbrämen.

Noch einmal ergriff Genosse Bebel das Wort, um mit
den verschiedenen Einwänden der vorausgegangenen Redner
gründlich abzurechnen. Am Schluß seiner Rede erhielt er
noch einen Ordnungsruf für den in seiner ersten Rede
gebrauchten Ausdruck „Kraut“ für die „Besitzergreifung“ von
Kaufschon.

Der Rest der Vorlage brachte nichts Bemerkenswertes;
Gröber wiederholte, was Bache m gesagt, und Dr. Sieber

bewies, was schon Bache m bewiesen, daß die National-
liberalen was fromm geworden sind.

Das Spiel endete, wie nach dem Parteiverhältnis voraus-
zusehen: die Resolution wurde angenommen;
der Zusatzantrag abgelehnt. Ebenfalls wurde ab-
gelehnt die Chinareklamentvorlage, die der Reichstag,
erst im Rahmen einer einheitlichen Regelung
des gesamten Militär-Verjorgungswesens
bewilligen will. Nächste Sitzung: Freitag, Tages-
ordnung: dritte Lesung der Chinavorlage und
Postetat.

Ministerieller Reichstagsbesuch.

Die Tribüne des preussischen Abgeordnetenhauses scheint sich all-
mählich zu einer Stätte anzugestalten, von der herab preussische
Minister sich in antwortförmigen Angriffen gegen Mitglieder des
Reichstags ergehen. Nachdem kürzlich der Justizminister Schönstedt
von dort seine Beleidigungen gegen unsre Genossen Seine geschleudert
hat, verschmähte es am Mittwoch sein Kollege vom Ministerium des
Inneren, Herr v. Rheinbaben, nicht, in ähnlicher Weise
gegen den Abg. Müller-Reinigen (wegen seiner belanuten
Reichstagsrede über die Theaterzensur zu Felde zu ziehen. Den
Reichstag haben die preussischen Minister anscheinend boykottiert. Weder
erschien Herr v. Rheinbaben, um zu dem Vred-Briefe zu sprechen, noch
hielt es Herr Schönstedt der Mühe für wert, der Beratung des
Etat des Reichs-Justizamts beizuwohnen, und Herr v. Rheinbaben
endlich begnügte sich damit, zur Beratung des Antrags über die
Theaterzensur zwei nervöse Geheimräte zu entsenden. Der
Reichstag ist den preussischen Minister-Partikularisten offenbar un-
angenehm; sie haben noch vormärzlichen Preußenstolz.

Bevor irgend ein Redner aus dem Hause zu Worte kam, erhob
sich am Mittwoch bei der Beratung des Etat des Ministeriums des
Inneren zum Titel Ministergehalt der Polizeiminister Herr v. Rhein-
baben, um sich über die Theaterzensur zu äußern. Er ist stolz darauf,
den Reichstags-Verhandlungen ferngeblieben zu sein, weil er durch
diese Demonstration Front machen zu können glaubt gegen das
Verstreben „gewisser Elemente“, im Reichstage über alles mögliche zu
reden, was garnicht zur Kompetenz des Reichs gehört. Wie lassen
es dahingestellt, ob die Theaterzensur eine Reichsangelegenheit ist
oder nicht, jedenfalls hat die Vertretung des deutschen Volks nicht
nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Mißstände, die
im Reiche hervortreten, zu kritisieren und auf gefehliche
Mittel zur Abhilfe zu sinnen. Umgekehrt ist es fraglich,
ob ein Bundesstaat berechtigt ist, auf Reichsangelegen-
heiten einzuzuwirken, namentlich wenn es sich um denjenigen
Bundesstaat handelt, der mit dem Reiche beinahe zusammenfällt.
Und gerade, nachdem erst vor wenigen Tagen das Abgeordnetenhaus
sich mit dem Zolltarif beschäftigt und nachdem in die Debatte dar-
über sogar der Ministerpräsident eingegriffen hat, hätte Herr
v. Rheinbaben den Reichstag nicht unter seine Theaterzensur stellen
sollen.

Was Herr v. Rheinbaben über die Theaterzensur selbst sagte, ist
kaum der Erwähnung wert. Es waren die laudablen An-
schauungen über Kunst, wie sie jeder beliebige Polizist ebenso hätte
vortragen können. Geändert wird an dem jetzigen Zustand nichts werden,
Herr Dunrath soll gerade wegen der gegen seine Amtsführung er-
hobenen Angriffe an seiner Stelle bleiben, weil der Minister in
seinem ältlichen Ekelmut seine schützende Hand über ihn aus-
zubreiten für seine Pflicht hält.

Wichtiger waren die Auslassungen des Ministers über die unter
seiner Verwaltung geübte Handhabung des Bestätigung-
rechts. Abg. Richter (frei. Volksp.) brachte eine große
Reihe von Fällen zur Sprache, in denen Beamten der
Selbstverwaltung teils aus politischen Gründen, teils ohne er-
leutbaren Grund die Bestätigung verweigert war. Die Fälle selbst sind
aus der Presse hinreichend bekannt. Herr v. Rheinbaben stellt
sich wenigstens nicht auf den Standpunkt seines Amtsvorgängers,
des seligen Freiherrn v. d. Mede; er enthält dem Hause nicht die
Gründe vor. Um so mehr müssen die Gehörte selbst das Vertrauen
der Offenlichkeit erregen. Mit dankenswerter Offenheit hat er das
Land darüber aufgeklärt, daß wegen Ablehnung einer Duellforderung
entlassene Reserve-Offiziere ebenso unzulässig sind, Stadträte oder
Beigeordnete zu werden, wie vorurteillose Männer, die ohne selbst
Socialdemokraten zu sein, doch im gegebenen Falle für die Wahl eines
Socialdemokraten einzutreten erklären. Grundsätzlich freilich, meinte
Herr v. Rheinbaben, verweigere er nur Socialdemokraten die Bestätigung,
tatsächlich aber dürfe kein Zweifel darüber bestehen, daß er alle
Beamte zu politischen Becken der jeweils herrschenden Richtung
herabdrücken möchte. Ist die Regierung agrarisch, so muß jeder
Beamte bis herab zum letzten Nachwächter auf dem Reinsten
Dorfe für die Agrarier eintreten, sonst wehe ihm. Wehe oben ein
anderer Wind, so müssen die Beamten ihre Meinung ständig
ändern. Eine eigene Meinung zu haben, ist nur den Social-
demokraten und den Konservativen erlaubt; erstere werden
auf keinen Fall bestätigt, auch wenn sie gelegentlich die Politik der
Regierung unterstützen, letztere auf jeden Fall, mögen sie auch noch
so sehr der Regierung Opposition machen. Die erste Pflicht der
Beamten ist es nach Ansicht des Polizeiministers, gegen die
Socialdemokratie zu agitieren, zumal da immer mehr
und immer fähigere Socialdemokraten in die Gemeindevetretungen
eindringen. Die Fortschritte unsrer Partei in den Kommunen lassen
Herrn v. Rheinbaben nicht schlafen.

Ueber die sonderbaren Anschauungen des Ministers, die nur auf
der Rechten Zustimmung fanden und denen sogar der national-
liberale Abg. Dr. Friedberg teilweise lebhaft widersprach, wird
sich das Haus am Donnerstag weiter unterhalten.

Das teuerste Brot.

Der Brotwucher-Presse ist unsere Feststellung in Nr. 85 des „Vorwärts“, daß Süd- und Westdeutschland bereits heute unter dem Vertragszoll die höchsten Weizen- und Roggenpreise in Europa haben, sehr un bequem, und daß sich an den Biffen der offiziellen Statistik nicht rütteln läßt, verächtlich sie es mit allerhand kleinen Bemerkungen, die selbst wenn sie richtig wären, an dem erbrachten Nachweis nichts ändern würden.

Voran marschieren, wie immer in solchen Fällen, die offiziellen Schweinburgler „Verl. Polit. Nachrichten“, die mit folgenden Einwänden heranzücken:

„Der „Vorwärts“ sucht den socialdemokratischen Vorstoß gegen die Getreidezölle durch eine Reihe von Zahlenangaben über die Großhandelspreise des Getreides in den letzten drei Jahren zu unterstützen. Die tendenziös er dabei verfährt, erhellt aus der Thatsache, daß er, um zu zeigen, daß in Deutschland die Roggenpreise verhältnismäßig hoch sind, sogar die Roggenpreise aus Paris heranzieht, obwohl in Frankreich der Roggen weder als Brotfrucht noch als Erzeugnis der Landwirtschaft eine irgendwie nennenswerte Bedeutung hat. Aber selbst aus diesen Preiszusammenstellungen ergeben sich eine Reihe bemerkenswerter Thatsachen. So ist in Wien, also der Hauptstadt des Landes, dem zu Liebe die Verabfolgung der Getreidezölle im Jahre 1891 in erster Linie erfolgt ist, der Preis des Weizens in der Zeit von 1897—1899 und in den Jahren 1897 und 1898 auch der Preis des Roggens sehr beträchtlich höher gewesen als in Berlin und Breslau. Diese Preisdifferenz betrug in dem Jahre 1897 10, in den Jahren 1898 und 1899 rund 15 M. auf die Tonne. Sodann erhellt aus dieser Zusammenstellung, daß der Weizenpreis in London in keinem Jahre auch nur annähernd um die Höhe des deutschen Getreidezolls niedriger war als in Norddeutschland. Im Jahre 1897 betrug der Preisunterschied zwischen Berlin und London rund 28 Mark, im Jahre 1898 nur 20 M. und im Jahre 1899 nicht voll 10 M. In dem Jahre 1898 war der Weizenpreis in London noch nicht um 3 M. niedriger als in Breslau und im Jahre 1899 überstieg der Londoner Weizenpreis denjenigen von Breslau sogar um mehr als 1 1/2 M. Gerade die socialdemokratische Zusammenstellung liefert daher aufs neue einen Beweis dafür, daß der Getreidepreis in Deutschland keineswegs um den auch nur annähernd vollen Betrag des Zolls sich höher stellt, als der nach dem Londoner Preise zu bemessende Weltmarktpreis und daß die englischen Arbeiter nicht entfernt einen um den Getreidezoll billigeren Preis für ihre Brotfrucht genießen als die deutschen.“

Inwiefern durch die Heranziehung der Pariser Roggenpreise zu unserm statistischen Nachweis dieser einen tendenziösen Charakter erhält, wird schwerlich jemand begreifen, dessen Deutschtüchtigkeit noch nicht unter der Einwirkung agrarischer Unlogik gelitten hat. Unser Zweck war, die Preisnotierungen für Weizen und Roggen auf den wichtigsten ausländischen Getreidemarkten den deutschen Notierungen gegenüber zu stellen, folglich mußten wir auch die Roggenpreise aller jener Plätze heranziehen, wo regelmäßig Notierungen für Roggen gemacht und in die Preisstatistik eingestellt werden. Würden genaue statistische Nachweise über die Roggenpreise in Antwerpen und London vorhanden sein, hätten wir auch diese mit herangezogen. Zudem haben wir, um jede Täuschung auszuschließen, in einem Nachsatz, in dem leider beim Abdruck das Wort „Pariser“ vor den Worten „Weizen- und Roggenpreisen“ fortgefallen ist, noch extra hervorgehoben, daß die auffallend große Differenz zwischen den Pariser Roggen- und Weizenpreisen sich daraus erklärt, daß in Frankreich „nur ausnahmsweise Roggen zum Brot genommen wird“, und daß ferner der französische Roggenzoll nur 3 Frank, der Weizenzoll aber 7 Frank beträgt. Diesen Satz unterschlagen einfach die „Verl. Polit. Nachrichten“, damit sie doch irgend etwas haben, an das sie ihre Bemerkung anknüpfen können.

Daß in Wien die Preise für Weizen und Roggen im Durchschnitt höher stehen, als in Breslau und Berlin, aber niedriger als in Mannheim und München, haben wir selbst angegeben. Die „Verl. Polit. Nachrichten“ unterschlagen aber auch hier wieder unsere Hinzufügung, daß sich die Wiener Weizennotierungen auf guten Tchei-Weizen beziehen, und dieser die Mannheimer und Münchener Mittelforte an Güte übertrifft, also wie die „Verl. Polit. Nachrichten“, die doch sachverständig sein wollen, wohl wissen werden, erst recht die bunte Breslauer und Berliner Mittelqualität.

Was die Hervorhebung des Schwankens zwischen den Berliner, Breslauer und Londoner Weizenpreisen für die Unrichtigkeit unserer Feststellung beweisen soll, bleibt unerfindlich. Die deutlich mitgeteilt worden ist, verstehen sich die Londoner Preisnotierungen für „besseren englischen weißen Weizen“, und daß dieser qualitativ besser ist und höher bezahlt wird, als Berliner und Breslauer Mittelware, weiß fast jeder Laie. Schon zwischen der guten weißen und der guten roten englischen Qualität besteht gewöhnlich auf dem Londoner Markt ein Preisunterschied von 4 bis 5 M. pro Tonne. Solche Qualitätsunterschiede bedingen natürlich auch einen Preisunterschied.

Judem aber beruht die Londoner Preisnotierung unsrer Tabelle für das Jahr 1899, welche den „Verl. Polit. Nachrichten“ zum Beweise dafür dient, daß der Getreidezoll den Getreidepreis nicht um seinen vollen Betrag steigert, — auf einem Druckfehler. Der Durchschnittspreis in 1899 auf dem Londoner Markt war nicht 145,5, sondern 125,5 M. pro Tonne, also 20 M. niedriger.

Der Gerinnsel des offiziellen Organs ist charakteristisch für seine Sachverständigkeit. Mit lorniger Annahme spielt es seit langem auf dem Gebiet des „Getreidehandels und Getreidezolls“ den Sachverständigen, der hoch über die angeblich socialdemokratische und freisinnige Unwissenheit erhaben ist, und nun haut es seine weiße nationalökonomische Beweisführung auf einem Druckfehler auf, den jeder weltliche Sachverständige sofort als solchen erkennen muß. Armer Schweinburgler!

Es bleibt dabei: Süd- und Westdeutschland haben schon heute unter dem Vertragszoll die höchsten Preise für Brotgetreide in Europa und diese Preise werden durch eine weitere Zollverhöhung dermaßen gesteigert, daß gutes Brot thatsächlich für die ärmere Klasse zu einem Luxusartikel wird.

Deutsches Reich.

Der Kavalleriemord.

Der Offiziersmord in Würzburgen inspiriert die Presse zu scharfsinnigen Konjekturen darüber, welchen Ausgang die Verleumdungssache wohl genommen hätte, wenn der Oberleutnant Müller den Hauptmann Adams nicht erschossen hätte. Ein Blatt läßt seiner Phantasie sogar so weit die Fäden schießen, daß es sich folgendes Bild ausmalt: Hauptmann Adams war, wie sein Verhalten bewies, in der Trenntheit zwar zu Exzessen geneigt, aber im Grunde doch „kein schlechter Kerl“. Hätte ihm Oberleutnant Müller Zeit gelassen, seinen Rausch auszuschlafen, so würde er lieber die Satisfaktion verweigert und — das wäre die notwendige Folge gewesen — den Offiziersrod ausgezogen haben, als nach Kavallerierart dem grundlos von ihm beleidigten Kameraden und Familienvater dadurch Genugthuung zu geben, daß er ihm die wohlgezielte erste Kugel zuschießt. Der Oberstabsarzt Müller wäre

somit seiner Familie erhalten geblieben, den Ehehaupteinstand hätte das Hochgefühl, eine menschlich schöne That vollbracht zu haben, über den Verlust seiner Epauletten und seiner Kavallerie-ehren hinweggetröstet. Man sieht, es giebt in unsrer Vera des Naturalismus und der Decadence auch noch Jählingsschreiber! Wer freilich die Dinge nicht durch die rosenfarbene Brille des Poeten im Lichte des nützlichen Sittenschilderers sieht, wird kaum annehmen können, daß der häßliche Ausdruck alkoholischer Gereiztheit anders als durch den obliegenden Kugelwechsel hätte gestillt werden können. Ist doch die „Ehre“ im allgemeinen ein ebenso relativer, wie die Kavallerie-ehren ein unwandelbar starrer Begriff. Ein Wahnbegriff, der so intolerant und blind macht gegen ethische Forderungen höherer Art, wie es nur Kasinobüchel zu thun vermag.

Die Kavallerieehren, die eine unbedachte Thorheit oder je nachdem auch eine Insignis dadurch sühnen zu müssen und sühnen zu können meint, daß sie zu dem Unrecht noch das Verbrechen gegen das Gesetz, die Menschlichkeit und die Vernunft hinzusetzt, beherrscht eben mit tyrantischer Macht den Intellekt und die Moral gewisser Klassen. Das beweist auch eine Mitteilung, die das „Verl. Tageblatt“ sich zu dem Würzburger Fall machen läßt. Dem genannten Blatt wird nämlich geschrieben:

„Es trifft nicht zu, daß die Zweikampfsitten im Offiziercorps von oben her gemildert werden, vielmehr ist ganz fälschlich in einem Kontingente der deutschen Armee durch den Kontingentsherrn der Spruch eines Regiments-Chorates fassiert worden, durch den eine gütliche Beilegung einer in sinnloser Trunkenheit verübten Rinderel als korrekte Erlebigung anerkannt war. Der betreffende ganz unschuldige Oberleutnant ist darauf mit schlichtem Abschied entlassen! Nähere Mitteilungen sind einwilligen überflüssig; die Thatsache, so wie sie hier mitgeteilt wird, spricht ihre Sprache selbst.“

Man muß sich nun einmal der irrigen Vorstellung entschlagen, daß die modernen Kultur- und Moralanfassungen zum Gemeingut der Nation geworden seien. Es bleibt noch ein gehöriges Stück Mittelalter auszurottet.

Das Altkolonialistische Kompromiß zum Zolltarif soll nach dem „Frank. Courier“ mit der Regierung derart abgeschlossen sein, daß der Getreidezoll von 2 auf 3, der Salz Zoll von 2 auf 4, der Roggenzoll von 3,50 auf 5 M. und der Weizenzoll von 3,50 auf 6 M. für den Doppelcentner erhöht werde.

Ein Opfer des Hypothekendarlehn-Krauchs. Ein Landmann aus einem bayerischen Orte am Bodensee schreibt einem unserer Reichstags-Abgeordneten folgendes: Er habe sich 1000 M. mühsam erspart gehabt und habe auf den Rat eines Ulmer Bankiers diese in Obligationen der Deutschen Grundschuldbank angelegt und habe für je 100 M. 101,20 M. bezahlt. Er habe diese Bank für ein solches Unternehmen gehalten, jetzt sehe er aber mit Schrecken, daß ungeachtet der Staatsaufsicht diese Bank so wirtschaften konnte, daß ein Sünden sich 28 Millionen in die Tasche habe schieben können. Und doch habe das Gericht noch nicht einmal die Hand auf dieses Geld gelegt. Das sei ihm unbegreiflich. Nehme man doch jedem Dieb das Geschloß ab, wenn man es bei ihm finde, warum hier nicht. Tausende sparsamer, fleißiger Menschen seien gleich ihm geschädigt worden und jammerten um ihren Verlust. Wenn die Ersparnisse kleiner Leute so respektiert werden, sei es besser, man spare nicht.

Dieser Brief ist ein Stimmungsbild, er zeigt, wie man seitens der geschädigten kleinen Leute die Vorgänge mit den Hypothekendarlehen ansieht.

Liberales aus Baden.

Mannheim, 10. Februar. Die hier erscheinende „Neue badische Zeitung“ brachte vor drei Jahren Aufsehen erregende Enthüllungen über die Zustände, die damals im Lehrerseminar Neersburg herrschten. Es wurde dem Leiter der Anstalt, Direktor Wasmmer, und einem Professor Bender vorgeworfen, daß sie in systematischer Weise die Pädagogen der obersten Stufe (neunzehnen- und zwanzigjährige Leute) prügelten und dadurch das Ehrgefühl in den künftigen Bildnern des Volks erlöschten. Es wurde weiter behauptet, daß von den genannten Herren durch Anwendung roher, laienenthoftlicher Ausdrücke ein sehr fragwürdiges pädagogisches Vorbild gegeben werde, und endlich, daß denjenigen bedürftigen Seminaristen, die Stipendien bezogen, Zwangsabzüge zu Gunsten einer Hausmusik-Kapelle gemacht würden.

Eine Klage wurde gegen das von einem Lehrer geleitete Blatt nicht erhoben, wohl deshalb, weil man (wie sich Genosse Dreesbach im Landtag ausdrückte) fürchtete, es werde bei einer Verhandlung noch mehr herauskommen.

Die badische Regierung muß aber wohl schließlich eingesehen haben, daß ein Mann wie Professor Bender, der derartige Vorwürfe auf sich sitzen ließ, nicht mehr länger auf seinem Posten bleiben könne. Es mußte etwas geschehen, — und es geschah etwas: sie beförderten diesen Professor Bender zum Kreisrat in Laubersheim. Zu allem Ueberflus geht jetzt auch noch die Notiz durch die Blätter, Professor Bender habe vor einigen Jahren zusammen mit Wasmmer verabredet, sie wollten einem jungen Lehrer Hermann Schmid in der Dienstprüfung die schwersten Aufgaben geben und ihn durchfallen lassen, weil er „ein impertinent hochmütiger Schulmeister sei und mit einem Jwider anrücke“. (M) Und also geschah es.

Schließlich schauen die badischen Lehrer zurück in die liberale Vergangenheit und vorwärts in eine geräucherte und freie Zukunft.

Die Verdienste um den Brotwucher suchen die „Verl. Polit. Nachr.“ dem Bund der Landwirte streitig zu machen. Der Bund der Landwirte sei nicht entfernt der einzige Vertreter landwirtschaftlicher Interessen. Denn das Eintreten für landwirtschaftliche Hochschulgelder beschränke sich keineswegs auf den Kreis der landwirtschaftlichen Interessenten. Wohl aber hätten gewisse Kundgebungen der letzten Generalversammlung des Bundes die ohnehin schwierige Aufgabe, einen den berechtigten Wünschen der Landwirtschaft entsprechenden Posttarif unter Dach zu bringen, überflüssigerweise erschwert.

Die „Post“ die ebenfalls die auf den Brotwucher gerichtete Seelenharmonie von Landwirtschaft und Industrie — lies statt Industrie: Zentralverband deutscher Industrieller — hervorhebt, bedauert ebenfalls die betreffenden Kundgebungen, nur daß sie deutlicher Liebermann v. Sonnenberg als den ärgsten Stein des Anstoßes nennt.

Einer brillanten Berichterstattung kann sich der „Bund der Landwirte“ rühmen. Derselbe war in der Lage, dem „Hannoverschen Courier“ bereits am Sonntag einen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen seiner Generalversammlung zu geben, obgleich die Versammlung erst am Montag stattfand. Und zwar enthält der Bericht nicht nur die Reden, die die Bundesorgane — zwar noch nicht gehalten hatten, aber doch nach ihrem Konzept vom Stapel lassen wollten, sondern sogar, und das ist doch Wunderbare, Prophetische dieser blühendsten Berichterstattung. Anmerkungen über die Aufnahme der Reden durch das Auditorium! Nachdem der Bericht von dem „lokalen Andrang“ zu der Versammlung erzählt hatte, konstatierte er, daß Frh. v. Wangenheim bei seinem Erscheinen „lebhaft“, Dr. Köpcke „ebenfalls lebhaft“, Dr. Gabn aber „mit stürmischem Beifall“ begrüßt wurde!

Die Rotfelenden sind den anderen Parteien also nicht nur im Schreien, sondern auch in der Fügigkeit ihrer offiziellen Berichterstattung gewaltig voraus.

Polen-Ausweisungen. Mit Ausweisung ausländischer Polen geht die Polizei im Reichsgebiet jetzt schon vor. Allein aus Mülheim-Ruhr wurden im Monat Januar 23 ausländische Polen ausgewiesen.

Um eine Reform der Theaterzensur petitioniert der „Deutsche Bühnenverein“. Da der Verein die völlige Aufhebung der Censur zur Zeit für unthunlich hält, beschränkt er sich auf die Bitte an das preussische Staatsministerium, die Theaterzensur von der „bloß polizeilichen Beeinflussung und Aufsicht freizumachen“ und die Censurbehörde „durch einen aus literarischen und künstlerischen Persönlichkeiten zusammengesetzten Beirat zu ergänzen, wenn angängig, sogar zu ersetzen.“ Wie man sieht, sind die Herren sehr bescheiden.

Aus Meiningen. In dem am Montag eröffneten Landtag erlangen unsere Abgeordneten insofern einen beachtenswerten Erfolg, als Abg. (Kamerad) Zeit ehrsich-brutal erklärte, daß er, der Rot gehorchend, nicht dem eignen Triebe, vorschläge, von jetzt an auch socialdemokratische Mitglieder in die Kommissionen zu wählen; er betrachte das Ganze als eine Maßfrage und man dürfe zweifellos die Position der Socialdemokratie, wenn man ihr Kommissionszuge einräume. Aber früher habe nur ein Vertreter im Landtag gesessen, dann wurden's 4, jetzt 6 und in 2 Jahren seien es sicher 8 oder 10. Die Arbeitlast sei nun aber für die übrigen Mitglieder zu groß und darum sein Vorschlag; es sei nur ein Frontwechsel, der Kampf bliebe derselbe. Darauf gab Abg. Hofmann (Soe.) eine principielle Erklärung ab, die die Bereitwilligkeit, in den Kommissionen mitzuarbeiten, ausdrückte, aber zugleich feststellte, daß bei strenger Beobachtung aller verfassungsmäßigen Bestimmungen doch auch ferner nur das socialdemokratische Programm die Richtschnur für die socialdemokratischen Abgeordneten im Landtag sein könnte. — Darauf wurde Abg. Wehder (Soe.) mit 22 (von 23) Stimmen in die Wahlprüfungs-Kommission gewählt.

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar.

Freitag, den 15. Februar, tritt der außerordentliche Landtag zur Entgegennahme der Erklärung des Großherzogs, daß derselbe die Verfassung in allen ihren Teilen halten werde, zusammen. Sonntag, den 17. Februar, soll im Großherzoglichen Schloß die Jubilationstfeier stattfinden, und darauf der außerordentliche Landtag gelöst werden. Eine Woche später, am 24. Februar, wird dann der 20. ordentliche Landtag, welcher aus 16 Konservativen, 10 National-liberalen, 4 Freisinnigen, 2 Socialdemokraten und einem Ultramontanen zusammengesetzt ist, zusammentreten.

Ausland.

Die Unruhen in Spanien.

Aus Madrid wird gemeldet: Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß das Land einer Revolution entgegenlieht. Der Ausbruch ist unvermeidlich, falls die jetzige Regierung am Ruder bleibt. Gerüchteleise verlautet, daß das Kabinett bereits seine Demission eingereicht habe. Sagasta, welcher vor kurzem die Regierung an sich ziehen wollte, beabsichtigt jetzt, von der Regentin mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt zu werden. Die Kundgebungen enthalten häufig Drohreden auf die Arme.

Bei den Unruhen in Madrid am 12. Februar auf dem Unabhängigkeitsplatz waren 6 Polizisten und 3 Civilpersonen verwundet worden; dieselben befinden sich heute besser. Von den vorgenannten Verhaftungen sind im Ganzen 85 aufrechterhalten worden.

Dänemark.

Verkauf der Antillen. Aus Kopenhagen wird berichtet: Der Finanzminister nahm gegen eine Stimme den Antrag betreffend den Verkauf der dänischen Antillen an die Vereinigten Staaten an.

Norwegen.

Das Obelisking nahm einen Besichtigungstour an, nach dem jeder, der Fremde beherbergt, diese bei der Polizeibehörde anmelden muß. Ebenfalls soll jeder Ausländer verpflichtet werden, wenn er in Norwegen wohnen will, sich bei der Behörde zu legitimieren. Geschieht dies nicht in genügender Weise, so wird er ausgewiesen. Als Hauptgrund für diese Erneuerung wird angegeben, daß von den Fremden verhältnismäßig viermal so viel Verbrechen begangen werden als von den Einheimischen.

In Christiania herrscht solche Arbeitslosigkeit, daß der Magistrat sich genötigt sah, mehrere Steinbruch- und Erdbearbeitungen, die für den Frühling bestimmt waren, schon jetzt in Angriff nehmen zu lassen. Trotz dem geringen Tagelohn von 1,50 bis 2 Kr. ist der Zubruch ein sehr großer.

In Bergen zogen am Freitag etwa 400 Arbeitslose vor das Rathaus, überreichten eine Adresse und verlangten Arbeit und Brot. Um der Not entgegen zu wirken, werden mehrere städtische Arbeiten in Angriff genommen und außerdem sollen die Speisen in der städtischen Volkstüche für die Hälfte des bisherigen Preises abgegeben werden.

Rußland.

Die Anute. Dem Krasauer „Kaprjod“ wird aus Petersburg eine interessante Angelegenheit gemeldet, welche dort gewaltiges Aufsehen erregt.

Der Fürst Barjatynski, der Syroh eines enorm reichen Adelsgeschlechts, huldigt socialistischen Anschauungen und gründet ein radikales Organ, den „Siemernj Kurjer“. Später heiratet er ein armes Mädchen — und der Bruch mit der Familie ist fertig. Der Vater entsetzt ihn.

Der „Siemernj Kurjer“ bemühte sich, möglichst radikalen Ansichten Ausdruck zu geben und wurde besonders seitens der Studentenschaft mit großer Sympathie aufgenommen.

Dann wurde das Blatt von dem Petersburger Schmarotzerorgan, dem „Kraj“, das in polnischer Sprache erscheint und der russischen Regierung dient, denunziert, daß es seine galizischen Korrespondenzen aus socialistischer Quelle entnehme.

Nun folgten die üblichen „Wornungen“ — die Aufhebung des Blattes für zwei Wochen — und jetzt das völlige Verbot des Erscheinens des „Siemernj Kurjer“ für immer. ... Barjatynski war wirtschaftlich ruiniert und nahm den Revolver zur Hand. ... Glücklichweise ist der Schuh nicht tödtlich. Studentenscharen belagern seine Wohnung. Zahlreiche Studenten sind verhaftet. Die Regierung beabsichtigt große Studentendemonstrationen bei Eröffnung der Vorlesungen, die schon einmal dieserhalb verfochten wurden.

Wieder werden einige Opfer fallen. ...

In den Studentenumruhen. Die „Nossja“ meldet aus Moskau, der Rektor der dortigen Universität habe eine Bekanntmachung erlassen, welche darauf hinweist, daß seit Beginn des Semesters unter der Studentenschaft aufreizende Auftrufe verteilt wurden zum Zweck der Anstiftung von Unruhen und der Einstellung des Besuchs der Vorlesungen. Dies sei ohne Erfolg gewesen, da bis Ende Januar sich 308 Studenten in der Aula der Universität versammelt, die Abhaltung von Vorlesungen verhindert und angeht in Namen aller Studierenden Obstruktion angekündigt hätten. Die Universitäts-Obrigkeit giebt bekannt, daß die Unterjochung gegen die 308 Schulbigen eingeleitet sei und fordert die Studentenschaft auf, Ruhe zu halten und den Besuch der Vorlesungen fortzusetzen.

Von der Hungersnot. Der im Gouvernement Cherson ausgebrochene Hungersnot hat einen epidemischen Charakter angenommen. In einigen Dörfern sind sämtliche Familien erkrankt. Die Sterblichkeit ist erschreckend groß. Die von

Der Regierung und der Gesellschaft gespendeten Verpflegungsmittel genügen nicht. Der Verpflegungsfonds der Regierung ist infolge von aufeinanderfolgenden Wippen erschöpft und sonstige Mittel sind zur Zeit nicht disponibel. —

Amerika.

Zur kubanischen Frage. Die „Frankfurter Bzg.“ meldet aus New York: Kuba ist nunmehr verhandelt worden, daß Amerika drei Kohlenstationen verlangt, nämlich Habana, Cienfuegos und Santiago, ferner, daß die Anerkennung der Monroe Doktrin und andere Bedingungen erfüllt werden, welche mit dem amerikanischen Protektorat gleichbedeutend sind. —

Der Boeren-Krieg.

Gefangennahme eines englischen Kavallerie-Detachements.

Aus Port Elizabeth wird gemeldet: Ein heftiges Gefecht fand am 6. Februar zwischen 24 englischen Kavalleristen und einer Abteilung Boeren acht Meilen von Wallaflet statt. Die Engländer standen unbedeckt den Boeren gegenüber, die sofort einen Hügel besetzten, während die Engländer zwei andre Hügel einnahmen. Ein heftiges Feuer begann sofort. Die Boeren besuchten die Engländer zu umzingeln, wurden aber zurückgeschlagen. Erst als sie Verstärkungen erhalten hatten, gelang es ihnen, bei einer zweiten Umgehung die Engländer zur Uebergabe zu zwingen, die sie, nachdem sie ihnen die Waffen abgenommen hatten, wieder frei ließen, indem sie dieselben aufforderten, ihre Verwundeten mitzunehmen und zu verpflegen.

De Wet

„Daily Mail“ meldet aus Kapstadt: De Wet und Steyn befinden sich im Norden der Kapkolonie. — Diese Nachricht ist bisher amtlich nicht bestätigt.

Die letzte Tagesverlustliste.

die am 12. Februar veröffentlicht wurde, umfaßt 4 Tote, 51 an Straußheiten Verstorbene, 21 Verwundete und 2 Vermißte.

Partei-Nachrichten.

Aus der amerikanischen Parteibewegung.

New York, 29. Januar. Die vor der Präsidentschaftswahl ausgebrochene Hoffnung, daß das Feuer des Wahlkampfes wenigstens die beiden Fraktionen der „Socialdemocratic-Party“ zu einer organisch vereinigten Partei zusammenschließen werde, scheint sich erfüllt zu haben. Wie den Lesern des „Vorwärts“ aus früheren Korrespondenzen bekannt, existieren in den Vereinigten Staaten drei sozialistische Fraktionen: die dem Charakter ihrer Mitgliedschaft nach älteste Organisation der ehemaligen „Socialistischen Arbeiterpartei“, die sich aber von dieser, der Hauptsache nach, wegen deren gewerkschaftsfeindlichen Taktik trennte und, mit der „Socialdemocratic-Party“ verbündet und deren Namen annehmend, die letzte Wahlkämpfe schlug. Ihre Kandidaten waren Debs und Harriman, welche rund 100 000 Stimmen erhielten. Die erstere Fraktion hat ihr Hauptquartier und ihre Exekutive in Springfield im Staate Massachusetts, die letztere in Chicago. Es kommt nun vor allen Dingen darauf an, diese beiden Fraktionen, welche im Prinzip und in der Taktik einig sind, zu einer Partei, mit einem Hauptquartier und einer einheitlichen Leitung zu verschmelzen. Um diesen Zweck zu erreichen, hat die Springfielder Fraktion vor einigen Wochen durch ihre Exekutive eine Urabstimmung angedeutet, welche soeben vor sich geht, und in der das Abhalten einer Vereinigungskonferenz aller sozialistischen Organisationen der Hauptpunkt bildet. Und kurze Zeit darauf hat die Chicagoer Fraktion der „Socialdemocratic-Party“ in Chicago selbst eine Konvention abgehalten, welche das Statuten einer solchen Vereinigungskonferenz, und zwar für den 10. Septbr. d. J. in Indianapolis, mit 1400 Stimmen gegen 4 beschloß. Nebenbei unterliegt auch dieser Antrag erst der Genehmigung der Mitglieder der Chicagoer Fraktion. Das Hinausschieben der Vereinigungskonvention auf den Monat September geschah wohl auch mit Rücksicht auf die Zeit, welcher diese verschiedenen Urabstimmungen bedürfen.

In den Urabstimmungs-Formularen der beiden obengenannten Fraktionen ist die Frage enthalten, ob auch die Ueberbleibsel der alten „Socialistischen Arbeiterpartei“ (welche im letzten Präsidentschaftswahlkampf nur 24 000 Stimmen erhielt) eingeladen werden sollten. Es ist zweifelhaft, ob die Frage seitens der beiden Fraktionen mit Majorität bejaht werden wird.

Aus der Frauenbewegung.

Öffentliche Hygiene-Vorträge der Central-Kommission der Krankenanstalten. Freitag, den 15. d. M., pünktlich 8 1/2 Uhr abends: Frauenkrankheiten (nur für Frauen). Die Behandlung der Frauenkrankheiten hat in den letzten Jahrzehnten ganz ungeahnte Fortschritte gezeigt und doch wird über viele Frauen und mit ihnen über unzählige Familien fortwährend großes Unglück gebracht durch eine mit dem weiblichen Empfinden verbundene, aber durch die Thatfachen nicht berechnete Scheu der Frau, gerade bei den ihr Geschlecht betreffenden Krankheiten zur rechten Zeit den Arzt aufzusuchen. Eine große Zahl der einschlägigen Krankheiten wird nur dadurch so überaus gefährlich, daß sie gar zu spät in Behandlung kommen, wenn eine Heilung nicht mehr möglich und dauerndes Siechtum oder gar der Tod nicht mehr abzuwenden sind. Darum ist dieser Vortrag nur für Frauen allein eingerichtet worden, damit sie ohne jede Scheu ihn besuchen können, und gerade für die Befunden ist der Vortrag von äußerster Wichtigkeit, damit sie für den Fall einer möglichen Erkrankung rechtzeitig aufgestellt sind und die Fehler vermeiden, die sie aus Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse sonst zu ihrem und ihrer Angehörigen Unglück begeben können. Der Vortrag findet statt in den Schullosen Reichstr. 31/32, Bantstr. 8, Brangelstraße 128, Winterfeldstr. 16. Vortragende die Herren Doktoren J. Reichensfeldt, G. Jepsel, C. Freudenberg, W. Seelig. Zutritt unentgeltlich ohne Registration.

Die Bibliothek zur Frauenfrage, Berlin W., Kleiststr. 11, welche außerst wichtiges und wertvolles Material zur Aufklärung über die Frauenfrage und zum Studium derselben enthält, verleiht Bücher auch an auswärtige Abonnenten innerhalb Deutschlands und Oesterreichs. Der jährliche Abonnementspreis beträgt 2 M. Die Portokosten trägt der Abonnent. Der Katalog ist gegen Einsendung von 40 Pf. an die Bibliothekarin Luise Guttmann, Berlin W. 62, Kleiststraße 11, jederzeit zu haben.

Sociales.

Im Bericht des Auskunfts-Bureaus und Arbeitsnachweises der Gewerkschaften Magdeburgs vom Jahre 1900 findet sich folgende, unglücklich erscheinende Stelle:

Am den Landwirten und Gutsherrn Diensthöfen zu verschaffen, scheint sich ein systematischer Stabhandel zwischen Vermittlungs-Agenten und Vermittlerinnen in der Umgegend mit Magdeburg entwickelt zu haben. Junge Mädchen und Mädchen, die kaum der Schule entwachsen sind, werden auf der Straße aufgegriffen und ohne Rücksicht auf die Strafen aufgeführt und ohne Rücksicht auf die Strafen an auswärtige Agenten verschickt. Wiederholt kamen Eltern und erlachten um Verstand, um ihre Kinder ausfindig zu machen. In zwei Fällen gelang es, einen Erfolg zu erzielen. Es stellte sich hierbei heraus, daß diese unersahenen Kinder den auswärtigen Agenten sogar auf Lager geliefert wurden. Die Empfänger, waren aber selbst Amtsvorsteher oder Gutsherrn in ortspolizeilicher Stellung. Durch amtgerichtliche Entscheidung wurden den Eltern ihre Kinder wieder zugesendet. Viele Dienstverpflichteten machten aber noch Ansprüche auf Kost und Verpflegungskosten, die sie an den Agenten oder Händler auf längere Zeit zu entrichten hatten, wurden aber mit dieser Forderung abgewiesen.

Bei Beratung der Abänderung der Gewerbe-Ordnung betreffend die gewerkschaftliche Stellenvermittlung stimmten die Junker laute Klageklagen an ob der Verantwortlichkeit der Gefinvermieter. Galten diese Klagen nur solchen Gefinvermietern, die den „Rotleidenden“ die Arbeitskräfte weg holten?

Die schwarzen Listen sind im Staate Washington gesetzlich verboten. Wer immer wissentlich und in böser Absicht irgend eine schriftliche oder gedruckte Mitteilung verbreitet, welche das Ziel verfolgt, andre Personen an der Erlangung einer Anstellung im Staate selbst oder anderwärts zu verhindern; wer zu diesem Zweck öffentlich kundtut, daß jemand einer geheimen Gesellschaft angehört, oder einen Arbeitgeber durch solche Mitteilungen von der Aufnahme eines Stellensuchenden abzuhalten trachtet, und wer schließlich durch die erwähnten Mittel die Entlassung eines Angestellten oder Arbeiters herbeizuführen strebt, soll mit einer Geldstrafe von 100 bis 1000 Dollar oder mit einer Arreststrafe in der Dauer von 90 Tagen bis zu einem Jahre, oder mit beiden Strafen zusammen belegt werden.

Apothekengesetz im Staate New York. Mit dem 1. Januar 1901 ist im Staate New York das gesamte Apothekenwesen einem einheitlichen Staate board of pharmacy unterstellt. Dasselbe hat die Befugnis, die für die öffentliche Gesundheit erforderlichen Verordnungen zu erlassen und durchzuführen, den Verkauf von Giften zu regulieren und für alle innerhalb des Staates zu verabsprechenden Drogen und Medicinen Standards anzufesteln, die Apotheken zu inspizieren, Bestimmungen über die Arbeitszeit der Gehilfen zu erlassen etc. Nach dem neuen Gesetz ist fortan jeder Flak, von dem Drogen, Medicinen und Gifte verabsichtigt oder ärztliche Rezepte angefertigt werden, als Apotheke oder Drogerie anzusehen, zu deren Führung es einer Konzession bedarf.

Geriichts-Beitrag.

Das Gewerkschaftsgericht für Berlin und Umgegend wurde im November 1899 vom Polizeipräsidenten für einen Verein erklärt, der auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wolle. Der dem Ausschuss des Kartell angehörende Zimmerer Th. Fischer erhielt eine polizeiliche Verfügung, durch die ihm ausgedehnt wurde, gemäß § 2 des Vereinsgesetzes die Sitzungen oder das Regulativ des Kartells sowie ein Mitgliederverzeichnis der Behörde einzureichen. Auf eine Beschwerde Fischers billigte der Oberpräsident das Verlangen des Polizeipräsidenten. Rummel sagte § 7 gegen den Oberpräsidenten beim Ober-Verwaltungsgericht. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, machte geltend: Das Gewerkschafts-Kartell sei überhaupt kein Verein. Ein Verein sei, wie das Kammergericht annehme, eine Vereinigung mehrerer zur Befolgung gemeinschaftlicher Zwecke. Unter „mehreren“ könnten aber stammgemäß nur physische Personen verstanden werden. Die Mitglieder des Gewerkschafts-Kartells seien aber nicht physische Personen, nicht die Delegierten, sondern die Gewerkschaften selber. Einer Vereinigung von Delegierten mehrerer Gewerkschaftsorganisationen fehle vor allem dann die Eigenschaft eines Vereins im Sinne des Gesetzes, wenn die Delegierten lediglich beauftragt seien, die zur Vereinigung gehörenden Gewerkschaften in den einzelnen Versammlungen des Kartells zu vertreten, und wenn die jeweiligen Delegierten jederzeit durch andre Vertreter ersetzt werden könnten. Das wolle hier zu. Es werde ferner bestritten, daß das Kartell eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke, wie dies in der angeführten Verfügung ohne jede nähere tatsächliche und rechtliche Begründung behauptet worden sei. Auch sei nicht einzusehen, weshalb gerade der Kläger zu der Einreichung verpflichtet sein solle. — Der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts unter dem Vorsitz des Präsidenten Verfus gab der Klage statt, hob den ablehnenden Bescheid des Oberpräsidenten auf und setzte die angefochtene Verfügung des Polizeipräsidenten außer Kraft. Gründe wurden nicht verlesen.

In dem Gründerprozeß ist die Erörterung über die Durchführung des Deutschen Bankvereins gestern zu Ende geführt und in die Erledigung des ersten Specialfalls der Anklage, in welchem Untersuchung bezw. Untrene in Frage steht, eingetreten. Da dieser Fall typisch für die Art und Weise ist, wie der Angeklagte bezw. der Deutsche Bankverein Geschäfte machte, so möge er hier kurz geschildert werden. Ein Mann aus der Provinz avisiert am 28. Sept. dem Deutschen Bankverein, daß er ihm 4000 Niederländische Bränner Aktien und 8000 Oberösterreichische Chamotte, zusammen im Werte von 18 000 M. zuwende, sie zu einem bestimmten limitierten Kurse zu verkaufen erinnde und bitte, ihm dafür die Hälfte Rheinische Bergbau und für die andre Eintracht-Kohlen zu kaufen bitte. Der Angeklagte hat den Eingang der Papiere in natura gar nicht erst abgewartet, sondern schon am 29. September auf den bloßen Avis hin beide Papierehinter dem limitierten Kurse verkauft. Trotzdem wurde dem Kommitentem brieflich bestätigt, daß die Papiere zu dem limitierten Kurse verkauft werden würden und für den Erlös die verlangten neuen Papiere beschafft werden sollten. Als ein Monat vergangen war, wurde dem Kommitentem angezeigt, daß sein Auftrag erloschen sei und es wurde fernerhin der Fall um Erneuerung der Order gebeten. Es folgten dann noch verschiedene Aufträge. Erst ein Jahr später, als der Auftraggeber in wiederholten dringenden Briefen um die Zurücksendung seines vermeintlichen Depots ersuchte, erwiderte er, daß ein solches gar nicht mehr vorhanden war. Der Deutsche Bankverein setzte dann, als der Kommitent Schritte gegen ihn unternommen hatte, eine Einigung mit ihm durch. Es wurden Ratenzahlungen von je 1000 M. vereinbart. Die Ratenzahlungen sind auch nur zum Teil innegehalten worden. Der Angeklagte behauptete, daß er ein Risiko-Geschäft gemacht habe, er mußte gegebenen Falls die Papiere in einem gegebenen Moment verkaufen und die neuen Papiere dafür ankaufen und eben die Kursdifferenz selbst tragen, ohne aber eine zu seinen Gunsten sich ergebende Kursdifferenz einzustreichen. Der Börsen-Sachverständige Direktor Weill erklärte es für gänzlich ausgeschlossen, daß der Angeklagte berechtigt gewesen sei, Papiere, deren Verkauf ihm zu einem limitierten Kurse ausgegeben worden, unlimitiert zu verkaufen. Die ganze Korrespondenz zwischen dem deutschen Bankverein und dem Kommitentem sowie die auf das Geschäft bezügliche Nachführung deute darauf hin, daß es dem Angeklagten lediglich darauf angekommen sei, Geld für eigne Geschäftszwecke in die Finger zu bekommen und daß er dolosweise bei dem Kommitentem den Glauben habe erweiden wollen, daß die Papiere noch im Depot des Deutschen Bankvereins sich befinden. Die Erörterung dieses Falls füllte die ganze gestrige Sitzung aus.

Eine des lombischen Beigeschmacks nicht entbehrende Anklage wegen unbefugter Führung des Arzt-Titels führte gestern den bekannten „Hygieist“ Karl Jacob, der jetzt im 76. Lebensjahr steht, vor die 6. Strafkammer des Landgerichts I. Jacobi stand am 28. Oktober 1899 unter der Anschuldigung der Kurpfuscherei vor der Strafkammer; der Staatsanwalt beantragte damals 1 Jahr Gefängnis, der Gerichtshof erkannte jedoch auf Freisprechung. In jener Verhandlung hatte der medizinische Sachverständige auf die Frage, wie er die vom Angeklagten behaupteten wunderbaren Heilerfolge erkläre, eine ironisch angehauchte Antwort erteilt und diese bemutete der Angeklagte, indem er in einer Anmerkung zu seiner Geschäftsanzeige (jährl.: „Vor Landgericht I ward Jacobi als einziger Arzt für „Unheilbare“, seine Heilungen vom gerichtsärztlichen Sachverständigen“ als nur durch Pönderei geschehen erklärt.“ In der Anwendung dieses Satzes „Arzt für Unheilbare“ erklärte der Staatsanwalt einen Verstoß gegen § 147 der Gewerbe-Ordnung und beantragte 300 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof hielt durch die Geschäftsanzeige den § 147 nicht für verletzt und sprach den Angeklagten frei.

Der gefürchtete Admiral. In dem Hause, in welchem der Admiral Diederichs wohnt, wurde Ende verflohenen Jahres die Fassade neu angestrichen. Als eines Vormittags einer der Arbeiter den Collon vor den Fenstern des Admirals bestieg und dort zu hantieren anfing, wurde der an seinem Schreibtisch beschäftigte

Admiral dadurch gestört. Er wies den Arbeiter fort. Dieser pochte darauf, daß er den Befehl seines Auftraggebers auszuführen habe und weigerte sich, der Aufforderung des Admirals Folge zu leisten. Der Arbeiter zog sich dadurch eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs zu. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe, der Gerichtshof war aber der Ansicht, daß der Angeklagte sich im guten Glauben befunden habe und sprach ihn deshalb frei.

Gegen den Brotwucher.

Der Kampf um die Kornzölle ist eröffnet; die Regierung hat sich rückhaltlos auf die Seite der Agrarier geschlagen. Die Verteuerung des Brotes und der übrigen notwendigen Lebensmittel ist beschlossene Sache und das Volk soll wiederum um Millionen geschröpft werden. Fast alle Parteien bis weit nach links herüber haben ihr Einverständnis mit dieser Wucherpolitik zu erkennen gegeben, sobald die Socialdemokratie als die Vertreterin des Proletariats fast allein auf sich angewiesen ist. Es genügt aber nicht, daß unsere Vertreter im Parlament die Sache des Volks führen, die Arbeiterklasse selbst will daher der Regierung und der wucherischen Mehrheit der Parlamente zu erkennen geben, daß sie eine Politik gegen die Masse des Volks betreiben.

Die Berliner Arbeiterklasse hatte, um den Protest gegen die Berliner Brotwucherer einzuleiten, am gestrigen Abend

breitig Versammlungen

für Berlin und die Vororte einberufen. Die Versammlungen gestalteten sich zu einer riesigen Demonstration gegen die geplanten Zölle. Die Lokale waren alle überfüllt, zum Teil schon frühzeitig polizeilich abgesperrt. Den Versammlungen wurde nachstehende Resolution zur Abstimmung vorgelegt, die überall meist einstimmig und unter großem Beifall angenommen ward.

Resolution:

Die Versammlung beschließt:

Die Getreide- und Lebensmittelzölle sind die drückendste und ungerechteste Last, die dem werkschaffenden Volke auferlegt wird. Die Getreide- und Lebensmittelzölle verteuern die Lebenshaltung der Massen im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Einkommen.

Die Getreide- und Lebensmittelzölle bilden ein Hindernis für die industrielle Entwicklung, an der die übergroße Mehrheit der Nation in stets steigendem Maße interessiert ist, insbesondere verhindern dieselben den Abschluß günstiger Handelsverträge mit andern Staaten.

Die Getreide- und Lebensmittelzölle stehen also im Widerspruch mit der Entwicklung unseres Verkehrs und unserer Kultur, die den erleichterten Austausch der Erzeugnisse aller Völker fordern.

Die Versammlung erblickt deshalb in der Begünstigung der geplanten sehr erheblichen Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelzölle durch das Reich einen Akt härtester sozialer Ungerechtigkeit und, soweit die Erhöhung derselben von den Interessenten gefordert werden, einen Akt brutaler Klassenherrschaft und niedriger agrarischer Selbstsucht.

Gegen solche Bestrebungen erhebt die Versammlung den energigsten Protest.

Die Versammlung protestiert aber nicht nur gegen jede Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelzölle, sondern fordert deren gänzliche Beseitigung!

Jeder die einzeln Versammlungen gehen und nachstehende Berichte zu:

Erster Wahlkreis.

In den „Arminshallen“ hatten sich die Genossen des ersten Kreises versammelt. Das Lokal erwies sich nicht ausreichend, um alle Einschließenden zu fassen, es wurde polizeilich abgesperrt, nachdem der Saal mitant den Nebenräumen überfüllt war. Der Referent, Genosse Dr. Gradnauer führte den versammelten Männern und Frauen die Wirkungen des Kornzölles, die nicht nur den Arbeiter, sondern alle Konumenten schädigen, in sachlicher Darlegung vor Augen und forderte zum einstimmigen Protest gegen das Leiben der Agrarier auf. Mit lebhaftem Beifall nahmen die Anwesenden die Ausführungen des Referenten auf. Zur Debatte nahm niemand das Wort. Die Resolution wurde gegen 3 Stimmen — wahrscheinlich von schweigenden Gegnern — angenommen.

Zweiter Wahlkreis.

Der Saal des Friedrichsbadischen Kasinos war von einer Kopf an Kopf gedrängten Volksmenge bis in die äußersten Winkel gefüllt. Mit sichtlichem Interesse und lebhaftem Beifall folgten die Anwesenden dem Referat des Angeordneten des Kreises, Genossen Richard Fischer, der unter eingehender Beleuchtung des Verlangens der Agrarier darlegte, daß die Frage der Kornzölle nicht eine Parteifrage sei, sondern eine Angelegenheit, die, wie kaum eine andre, die große Masse des Volks in ihren nächstliegenden Interessen angeht. Wenn auch bereits eine Mehrheit für die Jollerhöhung gesichert laiene, so könne dieselbe sich doch nicht halten, wenn die Massen des Volks energig gegen Regierung und Reichstagsmehrheit Stellung nehmen. Wenn wir diesen Kampf aufnehmen, werden wir auch siegen. (Stürmischer Beifall.) Die Resolution fand ohne Debatte einstimmige Annahme. Die imposante Versammlung schloß mit einem begeisterten Hoch auf die Socialdemokratie.

In dem wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrten großen Saal des Hellenbrandischen (früher Wilschenschen) Lokals in der Gohrenheidestraße Genosse Segitz, oft von reichem Beifall unterbrochen. Er charakterisierte die Stellung der einzelnen Parteien zur Erhöhung der Getreidezölle, die Verlogenheit des Centrums, die leuchtendste Opposition der Liberalen, Freisinnigen und Demokraten, von denen einige sogar schon für die Kornzölle eingetreten seien. Nur die Socialdemokratie stehe auch hier ihren Mann; vielleicht gelinge es der Protestbewegung der Arbeiterklasse noch, einem Teil der bürgerlichen Opposition den Rücken zu steifen. Nebenbei schloß mit einem zündenden Appell, insbesondere an die zahlreich erschienenen Frauen, sich rege an der Protestbewegung gegen den Brotwucher zu beteiligen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Eine Diskussion fand nicht statt.

Die bei Jähle in der Dennewitzstraße folgende Versammlung war von ca. 800 Personen besucht; Reichstags-Abgeordneter Rokenbuhre referierte unter stürmischem Beifall. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Dritter Wahlkreis.

Im Gewerkschaftshause erfolgte sehr frühzeitig die polizeiliche Absperrung, nachdem der große Saal samt der Galerie, trotz der Entfernung der Tische, bis auf den letzten Platz gefüllt waren. Das Referat hatte hier der Reichstags-Abgeordnete W. H. eine übernommen. Die vorzüglichsten Ausführungen des Redners fanden den lebhaftesten Beifall der Versammelten und wurden wiederholt durch stürmische Zustimmungsrufe und Beifall unterbrochen. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Der Resolution wurde einstimmig zugestimmt. Nachdem der Genosse Hoch zum Anschluß an die Organisation und zur Verbreitung der Arbeiterpresse aufgefordert hatte, wurde die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen.

Im Louisenstädtischen Konzerthaus referierte der Reichstags-Abg. Erhardt-Ludwigshausen. Eine Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag, in dem der

Medner sehr treffend das Gebahren der Brotwucherer und ihrer Hilfs-
truppen kennzeichnete, wurde nicht beliebt. Die Resolution gelangte
einstimmig zur Annahme. Nachdem der Vorsitzende Genosse Frey
aufgefordert, rege im Sinne der Resolution weiter thätig zu sein,
erfolgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Vierter Wahlkreis.

Der Andrang nach dem Etablissement „Sankt-Joseph“ war
derart, daß die Polizei bereits gegen 1/8 Uhr zur Absperrung
schritt. Tausende mußten umkehren. Mit gespanntem Inter-
esse folgte die imposante Versammlung den Ausführungen des Referen-
ten, Reichstags-Abgeordneter Diez-Stuttgart, die nach
reichen wirtschaftspolitischen Erörterungen ausklangen in einen
Kampfruf gegen das Großagrariertum, den die Anwesenden begeistert
aufnahmen. Anhaltender Beifall folgte dem Vortrage.

Der Saal der „Drachenburg“ vor dem Schlesiens Thor
war ebenfalls bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch hier mußten
insolge polizeilicher Absperrung schon vor 8 Uhr große Massen
unberücksichtigter Leute wieder fortgehen. Genosse Rosenow
referierte. In flammenden Worten erörterte er das Thema
des Abends, oft unterbrochen durch lebhaften Beifall der
von bester Kampfesstimmung besetzten Versammlung. Als der
Redner mit Bezeichnung der Protestresolution geschlossen hatte,
brausete ein wahrer Beifallssturm durch den Saal. Unter begeisterten
Hochs auf die Socialdemokratie trennte man sich.

Zu Kellers großem Saale strömten gleich nach 7 Uhr
große Arbeitermassen, so daß schon um 1/8 Uhr der
Saal polizeilich abgesperrt werden mußte. Die Gallerie
wurde nicht freigegeben. Der Referent Genosse Singer
geißelte mit scharfen Worten die agrarischen Parteien und
die Reichsregierung, die im Interesse einer kleinen Minderheit von
Großgrundbesitzern die große Masse des arbeitenden Volks in
eine Hoffrönde hineinpressen wollen. Unter lebhaftem Beifall
der Versammlung setzte der Vortragende auseinander,
welche schädlichen Wirkungen eine Erhöhung der Getreidezölle
in materieller und geistiger Hinsicht haben müsse. Gegen-
über dem Bund der Konservativen, Nationalliberalen, der Anti-
semiten und des Centrums sei die arbeitende Bevölkerung auf sich
allein angewiesen und deshalb müsse sie um so energischer den Ruf
erhöhen lassen: „Wieder mit dem Brotwucherer!“ Die vorgeschlagene
Resolution wurde einstimmig angenommen.

Im Böhmischem Brauhaus war der Andrang so stark,
daß der Saal bereits um 8 1/2 Uhr polizeilich abgesperrt
wurde. Eine zahlreiche Menge fand keinen Einlaß mehr. Mit
größter Aufmerksamkeit lauschten die Anwesenden, unter denen
auch viele Frauen waren, den treffenden Ausführungen des Reichstags-
Abgeordneten Schuppel, der das selbstthätige, volkseindliche Ver-
halten der Junker vom Anfang des vorigen Jahrhunderts bis auf
die Gegenwart schilderte und zahlreich nachwies, wie die Lebens-
haltung des Arbeiters durch die agrarische Völkervergiftung
verleert und in ihren Folgen die Arbeitslosigkeit ver-
mehrt wird. Stürmischer Beifall wurde dem Redner am Schluß
seines Vortrags zu teil. Da sich kein Gegner zum Wort meldete,
wurde von einer Diskussion Abstand genommen und die Resolution
einstimmig angenommen.

Fünfter Wahlkreis.

Der Saal der Böhmischen Brauerei erwies sich für
den großen Andrang zu klein. Obwohl durch die Entfernung der
Tische noch für viele Platz geschaffen war, mußte dennoch das Lokal
abgesperrt werden, da immer neue Scharen hereindrängten. Der
Referent, Reichstags-Abgeordneter Bod, schilderte neben der schäd-
lichen Wirkung der Getreidezölle auch die elende Lage der Landarbeiter
sowie die politisch reaktionäre Haltung der Agrarier. In der Diskussion
versuchte in ziemlich unklarer Weise ein Redner den Redner zu
überzeugen, daß die Getreidezölle das Brot nicht verteuern. Ein National-
socialer, Herr Burg, empfahl uns, die Junker auszulassen. Für
beide Ansichten war in der Versammlung keine Stimmung zu finden,
das heisst der lebhafteste Beifall, den Genosse Davidsohn und
Bod in der Entgegnung ernteten.

Sechster Wahlkreis.

In Peters Gesellschaftshaus (Moabit), dessen großer
Saal polizeilich abgesperrt war, hatten sich über 4000 Personen ver-
sammelt, von denen ein großer Teil die vortrefflichen Ausführungen
des Genossen Dr. Herzfeld stehend anhörte. Eine Diskussion
 fand nicht statt.

Der „Cöllner Hof“ war bereits nach 8 Uhr polizeilich
abgesperrt. Hunderte mußten wieder umkehren. Saal und Gallerie
waren dicht gefüllt, nachdem Tische und Stühle entfernt worden
waren. Der Referent Ledebour wurde mit Hochrufen empfangen;
er kennzeichnete die heutige Regierungspolitik in zündender
Rede. Gegen den Brotwucherer müßte das ganze Volk mit aller
Energie Protest erheben. Die vom Referenten selbst verlesene Re-
solution wurde mit großer Begeisterung einstimmig angenommen.
Diskussion fand nicht statt. Mit einem dreimaligen Hoch auf die
Partei gingen die Versammelten um 10 Uhr auseinander.

Die Versammlung in Weimanns Volksgarten in der
Waldstraße war von etwa 2000 Personen besucht. Genosse Fran-
kusch kennzeichnete in kernigen Worten die Bestrebungen der Agrarier
zur politischen und wirtschaftlichen Anechtung der übergroßen Mehr-
heit des Volks. An der Hand eines reichen statistischen Materials
lieferte der Redner den Nachweis, daß die kommende Wirtschaft-
politik nur körperliches und geistiges Elend und damit auch
eine Steigerung von Verbrechen und Diebstahl erzeugen werde.
Die Behauptung des Herrn Liebermann v. Sonnenberg, daß unsre
Partei vom internationalen Judentum unterstützt werde, be-
zeichnete Redner als eine ebenso dreiste wie gemeine Lüge. Seine
anderrhalbstündige Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.
Nach einstimmiger Annahme der Resolution wurde die Versammlung
mit einem brausenden Hoch auf die völkerverfreiende Socialdemokratie
geschlossen.

Die Vorussiasale in der Ackerstraße waren von etwa
1200 Personen besucht. Kurz vor 8 Uhr wurde das Lokal gesperrt.
Genosse Fischer-Sachsen referierte hier unter großem Beifall der
Anwesenden. Die Resolution gelangte einstimmig zur Annahme,
worauf die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die
Socialdemokratie geschlossen wurde.

Die Versammlung in Miercks Volksgarten, Schönhauser
Allee, war überfüllt und wohl annähernd 2000 Personen, darunter zahl-
reiche weibliche Besucher, waren anwesend. Genosse Wurm referierte
unter lebhaftem Beifall und die Resolution fand einstimmige An-
nahme. Gegner hatten sich nicht zum Wort gemeldet.

Aus den Vororten

gingen uns bis zur späten Nachstunde folgende Berichte zu:

Charlottenburg. Eine Versammlung, wie sie sich noch nie im
Versammlungslokal der Charlottenburger Partei, in der Gambius-
Brauerei zusammen gefunden hat, war die heutige Protest-
versammlung gegen den Brotwucher. Bald nach 8 Uhr
wurde das Lokal wegen Ueberfüllung abgesperrt. Kopf an
Kopf gedrängt lauschte die Menge den zündenden Worten
des Genossen Sidelum, der in großartiger Rede die brot-
wucherischen Pläne der Junker unter dem stürmischen Beifall der
Versammelten verurteilte. Eine Diskussion fand nicht statt. Die
Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Rixdorf. Die Versammlung, welche im Apollo-Theater
stattfand, konnte nicht alle Besucher fassen, so daß nachdem man die
Tische entfernt hatte, wohl 2000 Personen anwesend waren. Der
Referent Reichstags-Abgeordneter Genosse Wilt, Klees küßte in
seinem Referate an die Protestversammlung des Bundes der
Landwirte an, verlas die bekannte Festschrift des Großen Bülow,
erklärte dann die Fülle im allgemeinen und präziserte den Partei-
standpunkt mit dem Hinweis, daß es jetzt darauf ankomme, bei
den nächsten Wahlen unsre Kräfte einzusetzen, um das Junker-
Parlament zu sprengen. Einstimmig wurde die Resolution an-
genommen; die Diskussion fand im Sinne des Referats statt.

Genosse Kreyer beantragte und begründete in Bezug der ört-
lichen Verhältnisse dann folgende Resolution: Die Versammlung
nimmt Kenntnis von dem Verhalten des Herrn Bürgermeisters
Boigt bei den Kommunalwahlen. Sie protestiert energisch hier-
gegen und spricht dem Bürgermeister Boigt das Recht ab, sich in
Wahlangelegenheiten, welche sich auf die Giltigkeitserklärung
beziehen, einzumischen, da dies lediglich nur Sache
der Stadtverordneten-Versammlung ist. Im Wiederholungsfalle wird
daher der Beschwerdeweg beschritten. Dem Vorstände des social-
demokratischen Wahlvereins wird die Sache zur Beobachtung eben-
zum weiteren Vorgehen übertragen. Auch diese Resolution wurde
angenommen.

Schöneberg. Zahlreich, so daß das Lokal schon vor Beginn
überfüllt war, waren die hiesigen Einwohner im Klubhause
vertreten, um Protest einzulegen gegen die Erhöhung der Getreide-
zölle. In 1/2stündiger Rede geißelte Genosse Schwarz die
Wahlmationen der Junker und die eigenartige Stellung der
Regierung. — Die in der Schloßbrauerei tagende Versammlung
war gelaßfalls überfüllt. Etwa 700 Personen mochten anwesend
sein. Unter dem Beifall der Anwesenden beleuchtete Genosse Peus
den wohnwichtigen Zeugzeug der übermühtigen Agrarier. In beiden
Versammlungen wurde die Protestresolution einstimmig angenommen.

Steglitz. Die Versammlung erzeute sich eines derartig starken
Beifalls, wie ihn Steglitz seit langem nicht erlebt hat, daß die Frauen
waren in ständiger Zahl vertreten. Das Referat hatte Reichstagsabgeord-
neter Kunert übernommen. In der sich an das treffliche Referat an-
schließenden Diskussion nahm Frau Kunert das Wort, um die
anwesenden Frauen aufzufordern, die Männer in dem bevorstehenden
Kampf thatkräftig zu unterstützen. Die Resolution wurde ein-
stimmig angenommen.

In Nowawes-Neuendorf bei Potsdam sprach der Genosse
Baudert-Abolde. Die Versammlung war von 350 Personen be-
sucht, die den Vortragenden mit reichem Beifall lauschten.

In Pankow referierte Genosse Albrecht-Halle in einer von
200 Personen besuchten Versammlung unter lebhaftem Beifall. Auch
eine Anzahl von Gegnern waren anwesend, verhielten sich aber sehr
zurückhaltend.

Wetzlar. Hier fand die Protestversammlung gegen den
Brotwucher im überfüllten Häßling'schen Lokal statt. Genosse
Thiele hielt, oftmals von großem Beifall unterbrochen, das Referat.
Die verlesene Resolution wurde gegen die eine Stimme des Volkerei-
besitzers Reutens angenommen. Mit einem begeisterten Hoch auf
die Socialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Stralau-Rummelsburg. In der von 500 Personen besuchten
Versammlung referierte Genosse Zubeil. Nachdem der Referent
unter stürmischem Beifall geendet hatte, wurde die Resolution ein-
stimmig angenommen.

In Adlershof referierte Reichstags-Abgeordneter Tuhauer
vor ca. 400 Anwesenden. Seine scharfen Ausführungen gegen den
Brotwucher wurden oft von stürmischem Beifall unterbrochen. Da
um 10 Uhr Polizeistunde eintrat, so konnte nur eine kurze Diskussion
stattfinden. Die Resolution wurde unter stürmischem Beifall an-
genommen; die Versammlung schloß mit einem Hoch auf die Social-
demokratie.

Köpenick. Die Versammlung war von 500 Personen besucht.
Das Referat Stadthagens wurde mit großem Beifall auf-
genommen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Sociale Rechtspflege.

Um die Auslegung einer Bestimmung des deutschen Buch-
binderartikels drehte sich ein Rechtsstreit, den der Preßbergolder V.
gegen die Inhaber der Großbuchbinderei Wübben u. Comp. an-
gestreift hatte. V. beantragte im ganzen 15,20 M. rückständigen
Accordlohn. Im vorliegenden Rechtsstreit veranlaßte besondere
Schwierigkeiten die Forderung von 10,39 M. Der Kläger
hat eine große Auflage Altbundel in Accord gepreßt
und Herr Wübben hat ihm jene 10,39 M. von dem
Accordverdienst abgezogen, indem er sich auf die Be-
stimmung des Buchbinderartikels bezog, wonach 12 1/2 Proz. vom
Verdienst abgezogen sind, wenn die Auflage mehr als 5000 Stüd
beträgt und die Arbeit hintereinander gemacht wird. V. hat nun
unstreitig die Arbeit oft unterbrechen müssen, um andre Dedel
zu prägen. Er beanspruchte deshalb das Geld. Demgegenüber
machte Herr Wübben geltend, das „hintereinander“ sei nicht ganz
wörtlich zu nehmen. Der Sinn der klaglichen Tarifbestim-
mung sei, daß der Abzug der Prozente auch dann er-
folgen solle, wenn die Fertigstellung der großen Auflage
zweilen durch andre Arbeiten dazwischen unterbrochen werde,
daß kein nennenswerter Zeitverlust entstehe. So sei das aber hier
gewesen. Der Kläger trat dieser Auffassung entgegen und bestritt
auch, daß ihn der Wechsel der Arbeit nicht aufgehalten habe. Der
Ausehalt sei im Gegenteil erheblich gewesen. In einem neuen
Termin wurde der Buchbindermeister Probst, der Vorsitzende des
hiesigen Tarif-Schiedsgerichts der Buchbinder und Buchbindermeister,
als Sachverständiger darüber vernommen, wie die stützige Tarif-
bestimmung auszuliegen sei. Er sprach sich dahin aus: Wenn der
Kläger sage, er habe die Altbundel — etwa 1200 — nicht hinter-
einander gepreßt, dann habe er ja nach dem Wortlaut recht. Es sei aber
Umsatz, daß bei Auflagen von solcher Größe wie hier, andre Arbeiten,
besonders während der flotten Geschäftszeit, zwischendurch gemacht würden.
Manchmal sei es auch gar nicht anders denkbar. So sei denn auch
die Tarifbestimmung sinngemäß auszuliegen. Er (Probst) sei nun
folgender Meinung: Wenn der Kläger in einem Tage 1200 Druck
und im ganzen mehr als 5000 Druck gemacht habe, dann müsse er
sich den Prozentabzug von 12 1/2 Proz. gefallen lassen. Wenn Kläger
hingegen nur, wie er behauptet, 800 Druck pro Tag gemacht habe,
er also die reguläre tägliche Arbeitszeit von neun Stunden
nicht fast ausschließlich mit diesen Drucken ausgefüllt habe,
dann sei ein Prozentabzug nicht zulässig. Bei diesem
seinem Gutachten setze er voraus, daß die 1200 beziehungs-
weise 800 Exemplare an dem einzelnen Tage hintereinander gemacht
worden seien. Werde die Arbeit der 800 bezw. 1200 Exemplare
unterbrochen, dann wäre seiner Meinung nach wenigstens für den
Tag, wo die Unterbrechung stattfindet, ein Abzug nicht zu machen. —
Nach stundenlangem Verhandlung und längerer Beratung riet
Gewerbegericht Dr. Meier Herrn Wübben, die volle Klagesumme zu
zahlen, und führte aus: Unter den beiden sachverständigen Bei-
stehern beständen Meinungsverschiedenheiten. Wäre aber eine Ent-
scheidung notwendig, dann würde das Gericht als solches
dem Kläger principiell recht geben. Nach der Beweis-
erhebung habe V. während des Arbeitstags die Prägnanz
der Altbundel unterbrechen müssen, und sei dies wiederholt auch
nur einmal im Tage und dann und wann zweimal im Tage ge-
wesen, so liege eine Unterbrechung vor, welche dem tarifmäßigen
Hintereinanderarbeiten widerspreche. Eine Majorität sei dafür zu
stunde gekommen, daß der Prozentabzug nur in Frage kommen
könne, wenn an der betreffenden Arbeit während des üblichen neun-
stündigen Arbeitstags ununterbrochen gearbeitet werde. Durch andre
Arbeiten, selbst wenn sie notwendig seien, dürfe sie nicht unter-
brochen werden, oder aber der Abzug der Prozente müsse unter-
bleiben. Herr Wübben zahlte die Klagesumme an V. und dieser
nahm die Klage zurück.

Kein unbefugtes Verlassen der Arbeit. Der Redner G.,
der im Hotelrestaurant „Saxonia“ beschäftigt war, wollte eines Tags
nach der Dinerzeit das Lokal verlassen. Der Oberkellner ermahnte
ihn, dies nicht zu thun, weil nur ein Kellner im Lokal zurückbliebe.
Der Oberkellner war in dem Augenblick der Meinung, G. wolle
„ausgehen“, das heißt auf längere Zeit fernbleiben. G. sagte ihm,
er sei in einer halben Stunde wieder zurück, und entfernte sich,
obwohl der Oberkellner meinte, er möge sich die Sache ernstlich über-
legen. Als G. nach einer halben Stunde zurückkam, wurde er ent-
lassen. Auf seine nunmehr beim Gewerbegericht anhängig ge-
machte Aufschuldigungsanzeige verurteilte die Kammer VI den be-
klagten Hotelinhaber zur Zahlung von 102,60 M. Der Vorsitzende

Dr. Krause führte aus, daß der Gerichtshof in dem Verhalten des
Klägers ein unbefugtes Verlassen der Arbeit nicht habe erblicken
können. Das halbständige Fernsein des G. könne bei der fest-
gestellten Sachlage nicht so schärflich genommen werden. Im übrigen
sei auch die Angabe des Klägers, er habe sich inzwischen rasieren
lassen, unbefristet geblieben.

Unbefugte Arbeitsverweigerung. Der Werkmeister G.
war von dem Metallfabrikanten Kuben vorzeitig entlassen worden,
weil er erst eine Stifmaschine in Ordnung bringen wollte, obwohl
der Unternehmer bestimmt verlangt hatte, er solle diese Maschine
stehen lassen und die Bohrmaschine in Stand setzen. G. verklagte Kuben beim Gewerbegericht auf Lohnentfähigkeit
wegen unbefristeter Entlassung. In der Verhandlung vor
der Kammer V wurde außer dem obigen Sachverhalt
noch festgestellt, daß der Beklagte dem Kläger nach-
träglich anheim gestellt hatte, weiter zu arbeiten. Der
Kläger hielt sich wegen der einmal erfolgten Entlassung dazu nicht
verpflichtet, glaube aber trotzdem eine Entschädigung fordern zu
können. Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Gewerberichters
Dr. Voigt wies die Klage mit folgender Begründung ab: Durch
die Weigerung, die Stifmaschine stehen zu lassen und sich an der
Bohrmaschine zu beschäftigen, habe der Werkmeister einen Grund zur
sofortigen Entlassung gegeben. Im übrigen sei es als ein
Einkverständnis mit der Entlassung anzusehen, wenn
Kläger trotz der nachträglichen Aufforderung zum Weiter-
arbeiten fortging.

China.

Protest des Hofs gegen die Hinrichtungen.
Die Gesandten berieten in einer am 12. stattgehabten Sitzung
über die Antwort des chinesischen Hofs, in welcher dieser
gegen die von den Gesandten verlangten Todesstrafen Ein-
wendungen macht. Die Gesandten beschloßen, bei ihren früheren
Forderungen bezüglich der Befristung der schuldigen
Beamten zu bleiben. Sie sprachen sich ferner dahin aus, daß
es wünschenswert sei, sofort mit der Abgrenzung und Einrichtung
des für die Gesandtschaften bestimmten Stadtviertels zu beginnen. —
Li-Hung-Tschang machte dem russischen Gesandten v. Giers einen
offiziellen Besuch.

Konfiskationspolitik.

Wie der „New York Herald“ in seiner Pariser Ausgabe meldet,
haben die Salzhandler in Tientsin beschloßen, an den Kaiser von
Rußland und an den Präsidenten der französischen Republik eine
Beschwerde zu richten, weil die Konsuln Frankreichs und
Rußlands ihre Salzwerke im Werte von über
15 Millionen mit Beschlag belegt hätten. —

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Deutsch-englische Patrioten.

Berlin, 13. Februar. (W. G.) Wie wir von unterrichteter Seite
erfahren, laufen bei der hiesigen englischen Botschaft ebenso wie bei
den verschiedenen englischen Konsulaten in einer Reihe von deutschen
Städten täglich zahlreiche Angebote seitens deutscher Unterthanen
ein, die im englischen Heere Dienst für Südafrika nehmen wollen.
Weder die englische Botschaft noch die Konsulate können diese An-
gebote annehmen, und werden zu diesem Zweck schon gedruckte
Formulare benutzt, um die Anfragen ablehnend zu beantworten.

Zur italienischen Kabinettskrise.

Rom, 13. Februar. (W. T. U.) Die Verhandlungen wegen
der Kabinettsbildung nehmen einen dauernd günstigen Verlauf.
Janardelli, Giolitti, Pinetti, Raffi, Galimberti, Cocozzi, Pozza di
San Martino und Morin treten bestimmt ins neue Kabinet, mit Vaccelli,
Luzzatti, Morcora, Sacchi, Bollenborg und Busso wird noch verhandelt.
Janardelli übernimmt das Präsidium ohne Vorsteuße, Giolitti über-
nimmt das Innere, Pinetti das Aeußere; im übrigen ist über die
Verteilung der Vorsteuereisen noch nicht Endgültiges bestimmt. Wie die
„Tribuna“ meldet, scheint die äußerste Linke es vorzuziehen, an
der Regierung nicht teilzunehmen, wenigstens sie dieselbe unter-
stützen wird. Auch di Rudini und Luzzatti werden das Kabinet
Janardelli unterstützen.

Unruhen in Spanien.

Madrid, 13. Februar. (W. T. U.) In Barcelona wurden
heute Kundgebungen vor der Zeitungsdruckerei veranstaltet. Die Polizei
zerstreute die Manifestanten. In Vilanova y Geltru bewarf die
Menge das Haus des Barreres mit Steinen, der gegen den kürzlich
verstorbenen Dichter Valquer einen Artikel veröffentlichte.
In Santander warfen Manifestanten gestern Abend Steine
in die Bureaus der katholischen Zeitung „Atalaya“ und
schrien: „Wieder mit den Jesuiten!“ Später gelang es ihnen,
in das Kloster der Carmelitermönche einzudringen, welche
letztere die Flucht ergriffen. Die Manifestanten plünderten
dann noch mehrere Häuser und legten dort Feuer an, das aber von
der Polizei wieder gelöscht wurde. Unterdessen zogen andre Gruppen
nach den übrigen Klöstern und dem bischöflichen Palais und ver-
warfen auch diese Gebäude mit Steinen. Die Gendarmen gingen
gegen die Menge, aus der Schüsse abgefeuert wurden, mit der
blanken Waffe vor. Als die Menge an den Häusern einiger
Karlisten vorbeikom, beschütteten diese die Manifestanten mit Wasser,
worauf letztere die Häuser der Karlisten mit Steinen bewarfen.

Die Pest in Indien.

Bombay, 13. Februar. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.)
Die Pest fordert hier wieder zahlreiche Opfer. In der letzten Woche
sind hier 2000 Todesfälle vor, davon werden 222 der Pest zu-
geschrieben, doch ist die Zahl derer, welche an Pest starben, wahr-
scheinlich noch größer. — Die Eingeborenen sind ruhig. Die Be-
völkerung geht wie gewöhnlich ihren Geschäften nach.

Frankfurt a. M., 13. Februar. (W. G.) Die „Frankfurter
Zeitung“ meldet aus Weimingen: Die Regierung kündigte im Land-
tage die Einbringung eines Wohnungsgesetzes und eines Gesetzes
betreffend einen Kredit von 850 000 M. für Arbeiterwohnungen an.

Budapest, 13. Februar. (W. T. U.) Im koalitions Arbeits-
vermittlungsbureau kam es heute zu Ausbitterungen. Eine
große Anzahl arbeitender bewarfen das Bureau mit Steinen
und zertrümmerten die Fenster und die Einrichtung. Die herbei-
eilende Polizei mußte, da die Arbeiter Widerstand leisteten, von
der blanken Waffe Gebrauch machen und nahm ungefähr 30 Ver-
haftungen vor. Auf dem Wege zur Polizeiwache verurteilten die
Arbeiter die Verhafteten zu befreien. Es entwickelte sich ein förm-
licher Straßenkampf, bis es berittenen Polizeibeamten gelang, die
Demonstranten zu vertreiben. Hierbei wurden wieder fünf Ver-
haftungen vorgenommen.

Brüssel, 13. Februar. (W. T. U.) Im Laufe der Beratung
über das Gesetz betreffend die Spielhäuser lehnte die Repräsentanten-
kammer mit 97 gegen 16 Stimmen den vom Senat angenommenen
Artikel 7 ab, welcher das Privileg der Spielhäuser für Ostende
und Spa aufrecht erhält.

Durban, 13. Februar. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.)
Zwischen Standerton und Greylingstad halten sich einige Boeren
auf, sie richten gelegentlich an der Eisenbahn Schaden an,
lassen sich aber nicht in ein Gesetz ein. General French griff in der
vergangenen Woche ein Boerenlager bei Ermelo mit Erfolg an.
Vierzig Boeren sollen gefangen sein, zweihundert wurden ge-
fangen genommen und eine große Menge Vieh wurde erodet.

Washington, 13. Februar. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.)
Auf dem Staats- und Schatzdepartement laufen unglückliche Tele-
gramme ein, in welchen gegen den auf russische Indentifikations-
gelegten Kompensationszoll Einspruch erhoben wird. Fast in allen
Wird nachdrücklich betont, daß ein solcher Zoll den amerikanischen
Exporthandel nach Rußland, der bereits bedeutend sei und noch zu-
zunehmen verspreche, völlig untergraben würde.

Reichstag.

49. Sitzung vom Mittwoch, den 13. Februar 1901, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Thielens.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Abg. Heine (Soc.):

Der preussische Justizminister, Herr Dr. Schönstedt, hat in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 8. Februar persönliche Angriffe gegen mich gerichtet, in denen er von groben Unwahrheiten und in hypothetischer Form von frechen Lügen spricht. Ich kann diese Angriffe nicht völlig unbeachtet lassen, weil dieser Herr nicht bloß preussischer Justizminister, sondern auch Mitglied des Bundesrats ist. Als Herr Dr. Schönstedt mich so angriff, war ja hier im Hause die Diskussion über das Gehalt des Staatssekretärs des Reichs-Justizamts schon geschlossen, ich habe also vorläufig keine Möglichkeit mehr, eingehend sachlich zu antworten. Ich kann heute nur erklären, daß ich die Angriffe des preussischen Justizministers zurückweise. Sie sind, ganz abgesehen von ihrer Form, sachlich ungerichtet, da Herr Dr. Schönstedt mich Dinge sagen läßt, die ich nie gesagt habe. Ich behalte mir vor, bei der dritten Lesung des Reichs-Justizrats mit diesem Herrn Dr. Schönstedt abzurechnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats für die Verwaltung der Eisenbahnen. Die Beratung scheidet bei den „Einmaligen Ausgaben“ des Extraordinariums.

Abg. Dr. Baasche (natl.):

In der Budgetkommission ist bereits darauf hingewiesen worden, daß weitere Raten gefordert werden, während die ersten Raten noch nicht verbraucht sind. Das ist besonders bedauerlich in einer Zeit, wo es gilt, den Anleihebedarf möglichst herabzudrücken. Während einer Periode, wo wir für China Geld brauchen, sollte nicht auf Vorrat Geld gefordert werden. Die Kommission hat deshalb grundsätzlich die zweiten und dritten Raten gestrichen, wenn die erste Rate noch nicht verbraucht ist.

Minister v. Thielens

bittet, die Dispositionen der Bauverwaltung nicht durch Absetzung der zweiten und dritten Raten zu stören. Es handelt sich um die Möglichkeit, Verträge mit den Unternehmern abzuschließen.

Das Haus beschließt bei den einzelnen Forderungen nach den Vorschlägen der Budgetkommission.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1900. (China-Vorlage.)

Die Kommission beantragt, den Nachtragsetat zu bewilligen und folgende Resolution anzunehmen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß in dem die Wirren in China abschließenden Staatsvertrag die Freiheit der christlichen Religionsübung in China ausgedehnt und unter dem Schutz der bei dem Vertrag beteiligten Staaten gestellt werde.

Ohne Debatte werden die Ausgaben für die China-Expedition in Höhe von 162 770 000 M. genehmigt, darunter die Kosten für eine Rebalise für die Teilnehmer an der Expedition in Höhe von 70 000 M., ebenso die Einnahmen aus der China-Anleihe und das dazu gehörige Staatsgeq.

Es folgt die Beratung über die Resolution.

Abg. Bebel (Soc.) beantragt folgenden Zusatz zu der Resolution:

„Den Missionaren ist die Verpflichtung aufzuerlegen, sich weder in die wirtschaftlichen, noch sozialen oder politischen Angelegenheiten des chinesischen Reichs und seiner Bevölkerung einzumischen, insbesondere auch sich nicht Abzeichen chinesischer Beamten oder Würdenträger beizulegen oder sich beilegen zu lassen.“

Abg. Bebel (Soc.):

Ich habe in der Kommission denselben Standpunkt vertreten, wie bei der Generaldebatte im Plenum, der dahinging, daß allenfalls der Staat bei einem fremden Staat das Recht erwirken könnte, daß religiöse Propaganda gestattet sei, daß aber im übrigen den Missionen selbst überlassen bleiben müßte, für das, was sie täten, die volle Verantwortung zu tragen. In der Resolution der Kommission handelt es sich aber nicht nur darum, daß den Angehörigen der bei der Abschließung des Vertrags beteiligten Staaten freie Ausübung ihrer religiösen Ueberzeugung gestattet wird, sondern die Resolution ermächtigt, daß wenn eine dieser Regierungen zu dem Glauben kommt, daß die Angehörigen des chinesischen Reichs, die Christen geworden sind, irgend wie wegen ihrer religiösen Anschauungen benachteiligt werden, alsdann sofort die fremde Macht das Recht haben soll, einzuschreiten und die chinesische Regierung zur Verantwortung zu ziehen. Ein solcher Standpunkt würde dazu führen, daß wir aus den Konflikten mit China nicht herauskommen. Ich weiß nicht, ob im Hause irgend einer ist, der nach den Erfahrungen der letzten Monate noch Gelüste nach weiteren Konflikten mit dem chinesischen Reich hat. Unweifelhaft ist, daß ein wesentlicher Teil der Christen, die in China ausgebrochen sind, durch das Verhalten der Missionare der verschiedenen christlichen Religionsgemeinschaften provoziert worden ist. Durch das Verhalten der Missionare hat sich ein großer Teil der chinesischen Bevölkerung so schwer verletzt gefühlt, daß der Haß gegen die „fremden Leut“, wie der Ausdruck lautete gegen die Ausländer, gegen die Christen eine solche Höhe erreichte, daß, nachdem noch einige andre Momente hinzugekommen waren, die Konflikte im vorigen Sommer ausbrachen.

Seit Wochen beraten die Gesandten in China über die Friedensbedingungen, ohne zu einem Resultat zu kommen. Es hieße Geld ins Feuer gießen, wenn der Reichstag versuchen wollte, durch solche Resolutionen, wie sie vorge schlagen sind, in die Verhandlungen dort einzugreifen.

Es ist allerdings bestritten worden, daß die Missionare einen gewissen Anteil an der Empörung in China gegen die Fremden haben. Ich habe hier eine Reihe von Belegen, die ich zu Ihrer Kenntnis bringen muß, weil sie von Männern herrühren, die in China in hervorragender Stellung gewirkt haben. Sie alle stimmen darin überein, daß das Verhalten eines Teils der Missionare eine sehr erhebliche Schuld an den China-Wirren trägt.

Dr. Stuhlmann, Professor an der Peking-Universität äußert im Hamb. Korrespondent, viele Beamte seien den Bozern gänzlich gekannt und zwar hauptsächlich aus Abneigung gegen die Missionare, die die Beamten vielfach in ihrer Würde verletzten. Wegen Schälflinge der Missionare wogten sie oft nicht aufzutreten und das schädigte das Ansehen der Beamten.

Ich muß mich dann auf das Zeugnis des deutschen Marineauditeurs Dr. Eichheim berufen; dieser hat über die Urachen der chinesischen Wirren folgendes geäußert: Man mag über die Missionstätigkeit vom religiösen Standpunkt denken wie man will — es ist rein menschlich, daß die Missionare sich derjenigen Einwohner, welche ihrem Glauben beigetreten sind, auch den chinesischen Beamten gegenüber annehmen; und gerade diese gewisse Schwärzherrschaft ist es, welche im Volke einenurchbaren Grimm gegen die sämtlichen Panache erzeugt hat. Dr. Eichheim setzt dann auseinander, daß die Chinesen, die Christen geworden seien, nicht immer die besten Brüder seien. Diese gehen den Schutz der Missionare selbst in Sachen, die mit dem religiösen Gesamtinteresse nichts zu thun haben. Die Missionare gehen für ihre Schälflinge, wenn diese angeklagt sind, sogar vor Gericht

gehört solches zur Thätigkeit des Missionars? Liegt das im Befehl der Mission, daß die Missionare Vergehen und Verbrechen mit ihrer Autorität bestrafen dürfen. Und diese Autorität ist nicht gering; dürfen doch die katholischen Missionare, wie Dr. Eichheim weiter feststellt, Beamtenkleidung tragen und befehlen unter Umständen einen höheren Rang, als der zuständige Richter. Diese Richter lassen daher, um nicht in Verwicklungen zu geraten, chinesische Christen oftmals lieber laufen, wie Dr. Eichheim von einem durchaus zuverlässigen deutschen Herrn aus dem Stabe des chinesischen Gouverneurs von Schantung erfahren hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie sehen so durch unverdächtige Zeugnisse Thatsachen bestätigt, die ich bei der ersten Lesung hier im Hause vorgebracht habe; namentlich erörtern diese Zeugnisse die von mir behauptete Beeinflussung der Rechtspflege seitens der katholischen Missionen zu Gunsten von Subjekten, die oft gar nicht verdienen in Schutz genommen zu werden. Hier haben sie eine der Hauptursachen der Wirren in China. Stellen Sie sich einen Augenblick vor, daß wir ähnliche Zustände hier in Deutschland hätten, daß hier bei uns zu Lande fremde Missionare sich erdreisteten, in der Amtsuniform eines Regierungs- oder gar Oberpräsidenten vor Gericht aufzutreten würden, um irgend welche zu ihrem Glauben bekehrte Schelme zu schützen! Welche Entrüstung würde unter solchen Umständen hier ausbrechen! Nun, die Chinesen sind auch Menschen und sie stehen nicht auf der niedrigen Kulturstufe, wie Sie fortgesetzt behaupten. Jetzt, da die Verhältnisse sich ein wenig geändert haben, jetzt bricht in zahlreichen Berichten, die aus China einlaufen, allmählich die Wahrheit durch; jetzt kommt allgemach zu Tage, daß wir uns arg getäuscht haben, als wir die chinesische Kultur zu niedrig einschätzten; daß die Kultur des chinesischen Volks, seine Wohn- und Lebensweise, selbst seine künstlerischen Anschauungen weit höher stehen, als es bei einem großen Teil der deutschen Bevölkerung leider der Fall ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Um so leichter werden Sie begreifen, daß ein solches altes Kulturvolk auch seine alten Rechts-traditionen hat, daß es in Form ausdrückt, wenn es dieselben gründlich verletzt sieht.

Schon in der ersten Lesung dieser Vorlage verwies ich auf den Artikel eines Centrumsblatts, der Neuen Bahrtschen Zeitung. Ich habe hier einen zweiten Artikel vor mir, der in der Form etwas anders, dem Inhalt nach ganz ebenso lautet. In dem Artikel wird von „chinesischen Christen“ in Anführungszeichen gesprochen, d. h. von Leuten von sehr zweifelhaftem Charakter, die Christen wurden und gegen die sich der allgemeine Unwille richtete: die chinesischen „Christen“, heißt es dort, wurden immer mehr übermäßig und herausfordernd, und es fanden sich eine Menge Anhänger aus den schlechtesten Kreisen ein, die in dem neuen Glauben Strafflosigkeit für ihre Verbrechen und in dem Schutz der Missionare Sicherheit gegen die Staatsgewalt zu finden glaubten. Dieses Zeugnis eines Centrumsblatts sollte Ihnen zu denken geben. Ich habe hier ferner einen Artikel aus der „Dreißigener Zeitung“ vom 2. Oktober, überarbeitet „Aus fernem Osten“. Der Verfasser, der Sohn eines Professors und Hofrats aus Freiburg im Breisgau, sagt in seinem Artikel: „Wer je Zeuge war von der anmaßenden Intoleranz und von der Habgier, mit der die christlichen Missionare aller Schattierungen im Lande der Mitte haften, der wundert sich nicht, daß den langmütigen bezopften Chinesen endlich die Geduld ausging.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ja, hören Sie diese Zeugnisse, meine Herren, sie stammen nicht von Sozialdemokraten, sondern aus gut bürgerlichen Kreisen. In dem Artikel heißt es weiter: „Jeder Chinese, der etwas aus dem Reichholz hat, jeder, der eine sanfte Schuld eintreiben will, wird einfach Christ. Die betreffende Mission nimmt sich seiner Sache an, trägt sie dem betreffenden Konsul oder ganz direkt der Gesandtschaft in Peking vor, und diese sind durch bestimmte Klauseln in den Verträgen gezwungen, alle diese Missionarwünsche zu vertreten.“ Also eine neue Befähigung der Rücksicht meiner Auffassung von der Thätigkeit der Missionare. (Sehr richtig! bei den Soc.)

Und nun, meine Herren, das Urteil eines Manns, der selbst viele Jahre lang deutscher Gesandter in China war, das Urteil des vielgenannten Herrn v. Brandt. Was sagt dieser? „Ein großer, wenn nicht der größte Teil des Fremdenhasses ist auf die Thätigkeit der christlichen Missionen (die deutschen stellt er etwas höher als die andern) zurückzuführen; und wenn nach der Niederwerfung der Bewegung und Bestrafung ihrer Urheber keine Aenderung in der Art und Weise der Missionen eintritt, so werden wir in zehn Jahren wieder vor einer Krise stehen, die die jetzige noch an Umfang und Schrecken überreffen dürfte.“ Hier haben Sie gleich einen Ausblick in die Zukunft, der ganz mit meinem Urteil übereinstimmt. An einer andern Stelle sagt Herr v. Brandt in Uebereinstimmung mit dem Artikel der „Dreißigener Zeitung“: „Zwei Drittel der Arbeiten der Gesandtschaften und Konsulate sind durch Beschwerden und Ansprüche der Missionare veranlaßt worden.“ Die Thätigkeit der Missionare erstreckt sich also auf alle Gebiete des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens in China. Ueberall mischen sie sich ein und glauben ein Recht dazu zu haben. Sie suchen die Gesandtschaften heim mit ihren Wünschen und Beschwerden, und die Gesandtschaften sollen entscheiden. Die Gesandtschaften sind in 99 Proz. nur auf den Bericht des Missionars angewiesen, und daß dabei sehr viele ungerechte Entschiede fallen, ist selbstverständlich.

Ich könnte die Zahl dieser Verläge noch bedeutend vermehren. Auf die Rolle, die der katholische Bischof Anzer in Schantung gespielt hat, habe ich bei der ersten Beratung des Etats hingewiesen. Herr Bader hat meine Andeutungen als falsch hinzustellen gesucht. Ich habe ihm damals schon geantwortet. Mittlerweile ist ihm aber auch von anderer Seite eine Antwort zu teil geworden und zwar in einer Broschüre des Pfarers Rohrbach in Marburg. Der Verfasser dieser Schrift führt Herrn Dr. Bader ganz gründlich ab und schlägt ihn in allen Details gründlich aufs Haupt. Die Schrift beweist, daß Anzer in der That eine bedeutende politische Thätigkeit ausübt hat, und daß er seine hervorragende Stelle als Missionar für politische Agitationen gemißbraucht hat. Infolgedessen ist ein gut Teil der Mißstimmung gegen Deutsche und Christen in der Provinz Schantung entstanden.

Die Resolution, die die Budgetkommission vorschlägt, ist außerordentlich bedenklich. Wenn Sie ihr aber doch zustimmen zu müssen glauben, dann sprechen Sie zu gleicher Zeit auch aus, unter welchen Bedingungen künftighin die Missionare in China thätig sein sollen. Die Missionare wollen die Chinesen für die christliche Religion gewinnen. In dieser Absicht thun irgend ein Hindernis in den Weg zu legen, ist weder meine noch meiner Parteigenossen Absicht. Wir wünschen ihnen viel Glück und glückliche Reise. Aber wir protestieren energisch dagegen, daß die staatliche Autorität mit ihrer Macht eintreten soll, um mit schweren Opfern an Gut und Blut wieder gut zu machen, was die Missionare verbrochen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Missionare sind für ihre Thaten selbst einzustehen, und wenn es eine so schöne, herrliche Sache ist, für seinen Glauben zu sterben, wie Herr Bader behauptet, dann mögen sie Kraft ihres Glaubens als Märtyrer die ewige Seligkeit erwerben. Wir befehlen nur, daß der Staat die Verpflichtung hat, die Missionare durch seine Autorität zu schützen. Von der Christianisierung der Chinesen haben wir zwar gehört, aber wie stellt man es sich eigentlich vor, ein Volk von 300-400 Millionen zu Christen zu machen, ein Kulturvolk, welches, soweit seine Elemente wirklich den Kernen, kulturbildnerisch zu sein, verdienen, auf der vollen Höhe der gebildeten Christen in Europa steht? Ich bitte Sie also, meinen Zusatz anzunehmen, wenn Sie die Resolution der Budgetkommission beschließen sollten. Sie begrenzt die Thätigkeit der

Missionare auf das religiöse Gebiet, auf den Boden ihrer Thätigkeit. Halten wir fest, daß wenigstens ein Teil dieser Missionare in China eine Rolle gespielt, die sich kein sogenannter christlicher Kulturstaat auf die Länge würde gefallen lassen. Missionare stehen in China an der Spitze oppositioneller politischer Zeitungen. Bei uns aber werden Ausländer, die oppositionell oder gar sozialdemokratisch agitieren, über die Grenze speidiert. Wenn die Chinesen die gleiche Maßregel ergriffen, dann wolle ich einmal sehen, welche ein Beschrei in Israel entstehen würde, und doch sagt schon der alte Confucius 500 Jahre vor Christi: „Was Du nicht willst, das man Dir thu“, das sag auch keinem andern zu.“ So sollten Sie auch handeln. Wir können Tausende von Meilen von China entfernt unmöglich prüfen, wenn ein Missionar ermordet oder schwer mißhandelt worden ist, ob nicht vorher schon Dinge geschehen sind, die das Volk zu solcher Brutalität angereizt haben. Im Grunde genommen ist ja der Chinese ein toleranter Mensch, der sich um die religiöse Ueberzeugung anderer wenig kümmert, und ein großer Teil der oberen Klassen der Chinesen besitzt das, was wir in Europa mit „Atheismus“ bezeichnen. Nehmen Sie meinen Antrag an. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Stolberg-Berningerode (l.):

Was mich an der Rede des Herrn Bebel am meisten gewundert oder vielmehr nicht gewundert hat (Rachen links), ist die Art und Weise, wie er die Chinesen und uns als gleichberechtigte Parteien hingestellt hat. Auf diesen internationalen Standpunkt kann ich mich nicht hinaufschwingen. (Rachen bei den Sozialdemokraten.) In Wirklichkeit hält er selber die Chinesen nicht für gleichberechtigt. Was würde er dazu sagen, wenn die gelben Menschenrinder, die Kulis, als Arbeiter zu uns importiert würden? Ja, selber bin durchaus nicht für diesen Import, aber die Sozialdemokraten würden über Lohn-drückerei schreiben. Herr Bebel betrachtet auch die Missionare nicht als gleichberechtigt, denn er will ihnen den Schutz verweigern, der dem Kaufmann und dem einfachen Reisenden gewährt wird. Die Resolution will nur den Zustand wiederherstellen, der vor den Unruhen bestand. Sie ist von christlichen und nationalen Gesichtspunkten aus notwendig: Wenn wir fremden Völker mit unsern Kaufleuten nicht auch unser Christentum bringen, dann ist unsre Kolonialpolitik nicht einen Schuß Pulver wert! (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Wir können nicht von der Regierung fordern: sie solle sich in das Verhältnis der Missionen einmischen und sogar die Kleidung der Missionare kontrollieren. Ich bitte, die Resolution anzunehmen, den Zusatz-Antrag Bebel aber abzulehnen! (Bravo! rechts und im Centrum.)

Abg. Bader (C.)

schließt sich den Ausführungen des Vorredners über die Resolution an. Die Kulturmissionen haben nicht nur die christlichen Missionare zu schützen, sondern auch einzugreifen, wenn die für das Christentum geworbene Bevölkerung massakriert wird. Als die christlichen Missionen von den Türken massakriert wurden, war alle Welt entsetzt. Die Kulturmissionen hätten auch eingreifen müssen, wenn sie es nur gekonnt hätten. Damals hat Herr Bebel, den Mächten sehr energisch den Targ geleistet, weil sie die Greuelthaten in Armenien gebuldet und nicht eingegriffen hätten. Warum soll dieser Geduld nur für Armenien und nicht für China gelten? (Sehr gut!) Ich kann mir die Haltung des Kollegen Bebel nur aus dem Bedürfnis erklären, immer in der Opposition zu sein. Nun zu der Resolution Bebel: Der erste Teil scheint etwas Selbstverständliches auszubilden. Wir stehen alle auf dem Standpunkt, daß es nicht die Sache der Missionare ist, sich in sociale und politische Streitigkeiten einzumischen. Sieht man sich die Sache aber näher an, so findet man, daß darin ein formelles Mißtrauensvotum gegen die Missionare ausgesprochen ist, und so weit gehende Konsequenzen können wir nicht zustimmen. Warum legt er gerade den Missionaren so weitgehende Klauseln auf, nicht aber den Kaufleuten und den Ingenieuren, die Eisenbahnen in China bauen? Es ist eine absolut unabweisbare und grundlose Behauptung, daß die Missionare an dem Ausbruch der Unruhen schuld sind. Was den zweiten Teil der Resolution Bebel anlangt, so ist es eine Thatsache, daß alle Missionare den Rang von Mandarinen in China bekleiden. Dieser Gebrauch, dies Privilegium ist von der französischen Regierung eingeführt worden. Wenn alle Kulturmissionen darauf eingehen wollten, auf dieses seit vierzig Jahren bestehende Privilegium zu verzichten, so hätte ich nichts dagegen, wenn sich auch Deutschland darauf einließe. Wenn aber nur den deutschen Missionaren das Mandarinentkleid ausgezogen würde, so würde darin wieder ein Mißtrauensvotum gegen unsre Missionare liegen und sie würden gerade jetzt den ärgsten Gewaltthatigkeiten ausgesetzt sein. Der Antrag Bebel ist also in allen Teilen unannehmbar. (Bravo! im Centrum.) Bischof Anzer ist nicht in den Tempel des Confucius eingeladen, sondern in einer Einladung des höchsten Mandarinen gefolgt. Herr Bebel hat alles zusammen geputzt, was gegen die Missionare angeführt wird, ist aber an den zahllosen glänzenden Zeugnissen, die ihrem selbstlosen sozialen Wirken für die untere Volkschicht ausgestellt sind, vorbeigefahren. (Sehr richtig! im Centrum.) Daran ist nur seine ausgesprochene Antipathie gegen das Christentum schuld. (Sehr richtig! im Centrum und rechts.) Es ist eine völlig haltlose und unqualifizierbare Behauptung, daß die Missionare jedes verkommene Subjekt aufnehmen und schützen. Es ist absolut unwahr, daß die Missionare bewährte Weise Diebe verteidigt hätten. An den Wirren haben andre Potenzen viel mehr schuld, als die Missionare und Bischof Anzer. Der Broschüre des Pfarers Rohrbach kann ich keine Beweiskraft zuerkennen. Der Artikel der Neuen Bahrtschen Landeszeitg., eines Centrumsblatts, ist gar kein Originalartikel, sondern aus einem andern Blatt übernommen worden. Er ist später auch noch ausdrücklich von dem Blatt desavouiert worden, und man hat festgestellt, daß der Artikel in Unwesenheit des leitenden Redacteurs von einem unerfahrenen jungen Redacteur aufgenommen worden ist. Herr Bebel sollte sein Material sorgfältiger prüfen. Er ist doch schon so oft aufs Eis gegangen und eingebrochen, daß er vorichtiger sein sollte. (Lebhafte Zustimmung im Centrum und rechts.)

Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Frhr. v. Richthofen:

Von einer rechtlichen Wiederherstellung des status quo ante kann deshalb nicht gesprochen werden, weil wir uns de jure ja gar nicht im Kriege mit China befinden und die Verträge nicht aufgehoben sind. Es ist ja möglich, daß die Verhandlungen in China das Ergebnis haben werden, daß sämtliche sämtlichen Verträge wiederhergestellt werden. Dann wäre die Resolution nicht nötig, aber Ueberflüssigkeit schadet ja nichts. Dem Gesandten in Peking ist die Anweisung zugegangen, zu versuchen, ob bei den Vertragsbedingungen ein noch größerer Schutz der Missionare zu erzielen ist. Den Zusatzantrag Bebel muß ich vom Standpunkt des Auswärtigen Amtes als höchst bedenklich erachten. Wie soll diese Zusatzresolution ausgeführt werden? Durch welche Organe? Es würden nur die kaiserlichen Konsulate in Frage kommen, und die haben nur das Recht des Erlasses von Polizeiverordnungen. Auch für ein Verbot, sich den Charakter chinesischer Beamten beizulegen, fehlt jede Handhabe.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Gewiß soll dem Missionar dasselbe Recht werden wie jedem andern. Wir erklären uns aber gegen die Resolution, weil sie Religion und Politik miteinander verquilt. Der Staatssekretär hat bereits Wasser in den Wein der Resolution gefärbt. Das Auswärtige Amt soll offenbar weniger gefügig als geschoben werden. In dem Chinaprogramm des Grafen Bülow war von den Forderungen der Resolution nicht die Rede. Sie verlangen dem Schutz der Freiheit der christlichen Religionsübung von den bei dem Vertrag beteiligten Staaten. Aber zu diesen Staaten gehört doch auch das nichtchristliche Japan. (Rechts links.) Wir sind in die chinesischen Verhältnisse schon viel weiter hineingekommen, als

es die Mehrheit der deutschen Bevölkerung will. (Sehr richtig! links.)

Mit dem ersten Teil des Antrags Bebel sind wir einverstanden, für seinen Schlussatz aber können wir uns nicht erwärmen. Ich wünsche den Missionaren allen die gelbe Tasse, die Kunst der chinesischen Regierung, nur uns dürfen sie keine Schwierigkeiten bereiten. Meine politischen Freunde werden also für den ersten Teil des Bebel'schen Zusatzantrags stimmen und gegen den zweiten Teil, und stellen einen entsprechenden Eventualantrag. Aus unserer Ablehnung der Resolution, zu der wir kommen, um die Schädigung vaterländischer Interessen zu verhindern, darf man nicht folgern, daß wir an der christlichen Religion ein geringeres Interesse hätten, als diejenigen, die die christliche Religion durch das Eingreifen der Staatsgewalt fördern wollen. (Bravo! links.)

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Sp.):

tritt für die Resolution ein und bekämpft das Amendement Bebel. Die christliche Kirche muß Mission treiben, das liegt in ihrem Wesen.

Abg. Schrader (fr. Sp.):

Die Resolution ist überflüssig, da die Freiheit der Religionsübung in China bereits besteht. Bestände dieser Zustand nicht, dann würde ich mich energisch gegen einen solchen Schutz der christlichen Religion in China aussprechen.

Abg. Bebel (Soz.):

In der Kommission ist von dem Herrn Regierungsvertreter ausdrücklich angegeben worden, daß die Resolution nicht nur den status quo bestätige, sondern ihrem Sinne nach über ihn hinausgehe, gerade deshalb habe ich meinen Zusatzantrag gestellt. Ich will noch kurz auf die Einwände eingehen, die gegen diesen Zusatz erhoben worden sind. Man hat gemeint, die Kleiderordnung der Mandarinen gebe uns nichts an. So liegen die Dinge aber nicht. Wenn christliche Missionare in ein fremdes Land gehen, so müssen sie es für eine Ehrensache halten, ihr geistliches Kleid auch dort zu tragen. Sie dürfen sich nicht ein falsches Gewand anlegen und wie der Wolf im Schafpelz einhergehen. (Unruhe im Centrum.) In ihrer Eigenschaft als Europäer und Christen dürfen sie sich nicht in die Uniform chinesischer Mandarinen stecken, denn es handelt sich nicht bloß um das Gewand, sondern um die Würde, die Autorität, die sie dadurch erhalten. Wir wollen nur, daß die Missionare sich nicht um Politik kümmern und vom Staate nicht besonders unterstützt werden. Ganz in demselben Sinne hat sich sogar eine Versammlung von Protestanten ausgesprochen. Dort wurde erklärt, daß die Weltpolitik nicht in das Fahrwasser der Kreuzzüge einlenken dürfe. Das Reich Gottes werde weder durch das Schwert gebaut, noch durch das Schwert geschügt. Genau das ist der Standpunkt meiner Fraktion.

Herr Bachem hat sodann gethan, als seien die Beschuldigungen, die ich hier ausgesprochen habe, rein aus der Luft gegriffen. Ich habe mich ausdrücklich dagegen verwahrt, die Missionare im allgemeinen gemeint zu haben, und habe mich im übrigen bei meinen Ausführungen auf Artikel des Sir Robert Hart berufen, der seit 1862 Verwalter der chinesischen Seezölle ist. Dieser Herr behauptet auf Grund seiner 33jährigen Erfahrung ebenfalls, daß durch das Verhalten eines Teils der Missionare die gegenwärtigen Wirren in China hervorgerufen worden seien. Derselben Ansicht ist auch Herr v. Brandt, der als Gesandter die höchste Vertrauensstellung genossen hat, die ein Deutscher im Auslande einnehmen kann. Ob der Artikel in der katholischen „Bayrischen Landeszeitung“, der sich gegen die Missionare ausdrückt, in Abwesenheit des Hefedirecteurs in die Zeitung gekommen ist, kümmert mich gar nichts, dadurch wird der sachliche Inhalt desselben nicht widerlegt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Bachem wies darauf hin, daß ich mich früher sehr lebhaft für den Schutz armenischer Christen ausgesprochen hätte. In dem Sinne, daß ich für einen europäischen Krieg gesprochen hätte, um den Armeniern zu Hilfe zu kommen, habe ich mich jedenfalls nicht geäußert. Im übrigen handelt es sich aber auch in Armenien um den Schutz einer seit jeher vorhanden gewesenen christlichen Bevölkerung gegen einen fremden heidnischen Eroberer, in China dagegen um chinesische Untertanen, die eben zum Christentum übergetreten sind. Ich habe mich auch nur dagegen gewandt, daß neu zum Christentum übergetretene Chinesen, die sich gemeine Verbrechen haben zu Schulden kommen lassen, über Gebühr geschügt werden. Ich habe mich auch nicht auf allgemeine Angaben beschränkt, sondern Namen genannt. Im übrigen sind wir alle — auch Herr Bachem den Verhältnissen in China gegenüber auf Nachrichten von Leuten angewiesen, die als Autoritäten gelten und denen wir Vertrauen schenken. Herr Bachem fragte, warum nur gegen Missionare so vorgegangen werde und nicht auch gegen Kaufleute. Wenn ein Kaufmann sich Ungehörigkeiten gegen Chinesen erlaubt, so soll er natürlich ebenso wenig vom Reiche geschügt werden. Aber weil zwei Missionare erschlagen wurden, darum sah sich das Deutsche Reich veranlaßt, einzugreifen, darum erfolgte die Westergreifung Kiautschou, der Raub von Kiautschou. Damit hat der Staat anerkannt, daß er die Tätigkeit der Missionare in hohem Grade als politische Thätigkeit einschätzt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Interessant war mir, daß Graf Stolberg es offen ausgesprochen, er halte Chinesen und Europäer nicht für gleichberechtigt. Ich meine allerdings, daß, so lange wir uns nicht daran gewöhnen, die Chinesen als gleichberechtigt zu behandeln, wir uns nicht wundern dürfen, daß die Chinesen über unsere ungerechte Behandlung empört sind und sich dagegen wehren. — Graf Stolberg meinte, unsere ganze Kolonialpolitik lauge nichts, wenn sie nicht auf dem Christentum fuße. Das heißt nichts andres, als die Missionare sind im großen und ganzen nichts andres als politische Agitatoren für das Deutsche Reich. (Widerspruch rechts.) Sie wollen, indem sie möglichst viele Chinesen zu Christen machen, sich gewissermaßen eine Scharwache dort bilden, auf welche Sie rechnen können. Da können Sie sich nicht wundern, wenn der fremde Staat sich gegen solche Versuche der Untergrabung seiner Existenz auf das energischste wehrt. Die Christianisierung Chinas bedeutet für Sie nichts andres, als die politische Eroberung Chinas. Ich freue mich, daß dieser Gedanke heute einmal klar ausgesprochen ist. Um so mehr habe ich Anlaß, gegen den Antrag Bebel zu stimmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem:

Herr Bebel hat einige Worte gesprochen, die mir bei der Unruhe des Hauses und der raschen Sprechweise des Redners entgangen sind; ich bin aus dem Hause darauf aufmerksam gemacht worden. Herr Bebel hat gesagt: „darauf kam die famose Expedition nach Kiautschou, der Einbruch in Kiautschou, der Raub von Kiautschou.“ Eine Westergreifung des Deutschen Reichs im fernsten Lande als Raub zu bezeichnen, verstößt gegen die Ordnung des Hauses. Ich rufe deshalb Herrn Bebel zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Dieber (natl.):

Die Resolution war vielleicht überflüssig, da sie nur den status quo aufrecht erhalten will. Da sie aber einmal eingebracht ist, werden wir für sie stimmen. Alle Protestanten sind der Ansicht, daß die Missionare keine politische Thätigkeit entfalten dürfen. Die Resolution Bebel sieht auf den ersten Blick sehr harmlos aus, macht aber thatsächlich die jegliche Thätigkeit der Missionare zum guten Teile unmöglich, vor allem ihre Liebesthätigkeit, die doch in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Chinesen eindringt. Ich muß meine Verwunderung darüber ausdrücken, daß ein Socialdemokrat die sociale Hilfe unmöglich machen will, die die Missionare gerade den ärmsten Chinesen bringt. (Sehr richtig! bei den National-Liberalen.) Chinesische Christen werden ihres Glaubens wegen zu Tode gemartert, das sollte die socialdemokratische Presse auch veröffentlicht und nicht bloß Sonnenbriefe. (Sehr gut! bei den National-Liberalen.)

Abg. Gröber (L.):

Die Verpflichtung zum Schutz der Missionare für das Reich beruht nicht auf einem Staatsvertrage, sondern auf der Thatsache

der Staatsangehörigkeit dieser Missionare. Nun ist in der Resolution nur die Forderung, daß die Freiheit der christlichen Religionsübung in China unter den Schutz aller an einem künftigen Vertrage mit China beteiligten Staaten gestellt werde. Davon ist auch Japan nicht auszuschließen, denn es hat den Wert der abendländischen Kultur erkannt und diese ist untrennbar mit dem Christentum verbunden. Herr v. Richtigofen ist durchaus nicht Wasser in den Wein der Resolution gegossen. Wertwürdig, daß die Socialdemokraten solches Interesse an der Kleiderfrage der Missionare nehmen. Die französischen Socialdemokraten mögen die Soutane nicht leiden, die deutschen Socialdemokraten wollen den Missionaren in China die Soutane vorschreiben. (Heiterkeit im Centrum.) Herr Bebel will die Missionare in China unter ein schlimmeres Ausnahmengesetz stellen, als es das Socialistengesetz war. (Oh! oh! bei den Socialdemokraten.) Zum Glück ist Herr Bebel niemand auf den Veim getroffen, als er Unfrieden zwischen evangelischen und katholischen Missionaren stiften wollte. In China fallen deutsche und christliche Interessen vollkommen zusammen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Graf Stolberg (L.):

Ich halte das Chinesische Reich nicht für gleichberechtigt mit dem Deutschen Reiche, denn der Gesandtenmord ist wahrscheinlich auf Anstiften der chinesischen Regierung erfolgt. Wenn wir Handel und Civilisation nach fremden Gegenden tragen, so übernehmen wir damit die moralische Verpflichtung, zugleich das Christentum einzuführen. Denn sonst fehlt unsrer Kolonisation das ideale Moment und damit die innere Berechtigung. (Bravo! rechts.)

Damit schließt die Diskussion.

Die Resolution der Budgetkommission wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten, der Freisinnigen und der süddeutschen Volkspartei angenommen.

Für den ersten Satz des Bebel'schen Zusatzantrags stimmen die Socialdemokraten und die freisinnige Volkspartei. Er ist also abgelehnt, und der Antragsteller zieht nunmehr den zweiten Teil zurück.

Damit ist die zweite Lesung der China-Vorlage erledigt.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfs wegen Versorgung der Teilnehmer an der Ostasiatischen Expedition und ihrer Hinterbliebenen.

Die Budgetkommission beantragt: Der Reichstag wolle beschließen: mit Rücksicht auf die vom dem Reichsanwalt in der Sitzung vom 24. Januar 1901 abgegebenen Erklärungen und in Erwägung, daß der Weg einer allgemeinen, einheitlichen Neuregelung des Militärversorgungswesens offen bleiben muß, den vorliegenden Gesetzentwurf in allen seinen Teilen zur Zeit abzulehnen.

Diesem Antrag entsprechend wird das Gesetz in allen seinen Teilen ohne Debatte abgelehnt.

Präsident Graf Ballestrem:

Der Herr Vorsitzende der Budgetkommission hat mir den Wunsch ausgedrückt, ihren ganzen Tag für die Arbeiten der Kommission freizuhaben. Ich halte diesen Wunsch für berechtigt.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Dritte Lesung der China-Vorlage. Postetat. Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 18. Februar 1901, 11 Uhr.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung.

Am Ministertische: Frhr. v. Rheinbaben, Kommissar. Zur Beratung gelangt der Etat des Ministeriums des Innern. Die Beratung beginnt bei den Einnahmen.

Beim Titel „Ministergehalt“ nimmt das Wort Minister Frhr. v. Rheinbaben:

Ich will die erste Gelegenheit benutzen, auf die im Reichstage von dem Abg. Müller-Weinungen erfolgte Angriffe hier an zuständiger Stelle vor diesem hohen Hause zu antworten. Wir haben uns mit voller Absichtlichkeit an den Debatten im Reichstage nicht beteiligt, weil unserer Meinung das Reich in Sachen der Theaterzensur nicht kompetent ist und wir dem Bestreben, die vor die Einzelhandtage gehören, vor das Forum des Reichstages zu ziehen, nicht Vorlauf leisten wollen. Der Abg. Müller hat den Antrag auf Aufhebung der Theaterzensur mit der Gewerbe-Ordnung in Verbindung gebracht, eine Verletzung, die gar nicht zu rechtfertigen ist. Die Art der Ausführung eines Gewerbebetriebs — und darum handelt es sich bei der Theaterzensur — untersteht den Landespolizeibehörden. Daran läßt sich nichts ändern. Herr Müller wollte dann aus dem Umfange, daß im Einführungs-gesetz der Gewerbe-Ordnung in den Reichslanden ausdrücklich das Recht der Theaterzensur vorbehalten ist, folgern, daß sie überall, wo der Vorbehalt nicht gemacht ist, beseitigt ist. Aus den Verhandlungen über die Reichs-Gewerbe-Ordnung geht dies aber keineswegs hervor. Die Theaterzensur ist ein Teil der Ordnungs- und Sittenpolizei, nicht der Gewerbe-Polizei, ihre Zuständigkeit ist im § 10, II 17 des Allgemeinen preussischen Landrechts ausgesprochen. Herr Müller hat dann den Artikel 27 der preussischen Verfassung angezogen. Die ausführliche Erörterung dieses Artikels beweist schon, wie wenig die Censur Sache des Reiches ist. Herr Müller ist den Beweis, daß die Theaterzensur gegen ein Reichsgesetz und die preussische Verfassung verstoße, durchaus schuldig geblieben. Unsere Rechtsauffassung bestätigt auch eine Entscheidung des Kammergerichts und ihr ist wohl größere Bedeutung beizulegen, als der Rechtsauffassung des Abgeordneten Müller. Herr Müller hat dann in einer späteren Sitzung noch einen Eckkurs auf ein Gebiet gemacht, das ebenfalls nicht zur Kompetenz des Reiches gehört, auf das der Kriminalpolizei und hat eine Verfügung von mir kritisiert, die seiner Ansicht mit der Reichs-Strafprozessordnung in Widerspruch stehen soll. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Die Polizei hat die Pflicht, an der Aufklärung von Verbrechen mitzuwirken, etwas andres ist in dem Gesetz nicht gesagt. Herr Müller hat dazu aufgefordert, Front zu machen gegen den Partikularismus und gefordert, der schlimmste ist der preussische Partikularismus. Wir treiben nicht Partikularismus in dem Sinne, daß wir uns etwas vindicieren wollen, wozu wir nicht berechtigt sind. Preußen hat die größten Opfer im Interesse der Allgemeinheit gebracht, aber dem Bestreben im Reichstage de omnibus rebus et quibusdam aliis (von allem und möglichem) zu sprechen, dem widersprechen wir uns. (Sehr gut! rechts.)

Herr Müller hat dann den Regierungsrat Dumrath persönlich angegriffen und auf seine westpreussische Heimat (wörtlich) hingewiesen. Glaubt denn Herr Müller, daß nur in Järich wahre Kultur zu Hause ist, daß nicht auch in Westpreußen Leute von Bildung leben? Was ist denn das für eine Art pflichttörender Beamte bloßzustellen, wo doch gar nicht fest steht, inwieweit er an einem Mißgriff beteiligt ist. Der Chef der Verwaltung, niemand sonst ist verantwortlich für Maßnahmen seines Ressorts. In einem durchaus liberalen Blatte, dem „Berliner Börsen-Courier“ ist übrigens ausdrücklich anerkannt worden, welcher persönlichen Beliebtheit sich Herr Dumrath in allen bei der Theaterzensur beteiligten Kreisen erfreut, mit welcher Favoritensinnlichkeit dieser Beamte seine Geschäfte erledigt. Die Nachricht von einem Disziplinarverfahren gegen diesen Beamten beruht auf ganz freier Erfindung. Herr Müller hat dann Einzelfälle vorgetragen, die teilweise bis 1895 zurückliegen. Es waren also viel alte Kamellen darunter. In der Zeit meiner Amtszeit vom 1. Januar 1900 bis 1. Oktober 1900 sind von 216 eingereichten Stücken nur 16 verboten worden. Seit dem 1. Oktober vorigen Jahres ist überhaupt kein Verbot ausgesprochen worden, es sind vielmehr 2 Verbote aus früherer Zeit aufgehoben worden. Herr Müller hat die Verschiedenheit der Handhabung der Censur hervor-gehoben und damit recht. Aber diese Disparität läßt sich nicht vermeiden. Man kann von Berlin aus auf diesem Gebiet nicht alles reglementieren. Was in Berlin auf einer ersten Bühne von hervorragenden Künstlern ernst dargestellt wird und erlaubt wird, kann auf einer Provinzbühne zweiten Ranges von minderwertigen Darstellern aufreizend gespielt werden und muß da verboten werden. Ich

gebe zu, daß Mißgriffe vorgekommen sind. So haste ich das Verbot der „Bestrengen Herren“ nicht für glücklich. Ein Haupttrumpf des Herrn Müller bildete das angebliche Verbot von „Maria Stuart“ in Dortmund am Totensonntag. Der Fall in Dortmund hat aber mit der Theaterzensur nicht das mindeste zu thun. Dort ist am Totensonntag jede Theaterdarstellung verboten durch die Bestimmungen über die äußere Feiertagshaltung des Sonntags. Die Presse würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie in solchen Fällen etwas kritischer verfahren würde. Wir freuen uns der Offenheit, brauchen für unser Thun das Licht nicht zu scheuen, und wo sich Mißgriffe und wie im Sternberg-Prozess schwere Mißstände zeigen, da sorgen wir für Abhilfe. Aber die Presse soll nicht aus einzelnen Mißgriffen und Mißständen immer gleich auf die Schledchtigkeit des ganzen Systems schließen. Wir haben alle dahin zu wirken, daß Schäden am Gebäude ausgebessert werden, aber nicht, daß das ganze Gebäude dabei in die Gefahr des Zusammenstürzens gebracht wird. Herr Müller hat die polizeiliche Veranlassung des Opernhaus-Konzerts am Ruh-tage erwähnt. Auch dieser Fall hat mit der Censur nichts zu thun. Auch hier handelt es sich um die polizeilichen Vorschriften über die äußere Heiligung des Sonntags. Diese Vorschriften erlauben am Sonntage nur die Aufführung von ganzen Orationen und dagegen verbot das Programm des Opernhaus-Konzerts in zwei Punkten. Da der Polizeipräsident die behördliche Vorarbeit schon gegen Privattheater in Anwendung gebracht hatte, so fühlte er sich verpflichtet, auch das königliche Opernhaus mit gleichem Maß zu messen und beanstandete die beiden Musikstücke, darunter eine Scene aus „Parfital“. Die Frage, ob die Verordnung noch aufrecht zu erhalten, ist eine andre. Ich habe Erwägungen angestellt, ob die betr. Verordnung nicht abzuändern ist und mich bereits mit dem Oberpräsidenten in Potsdam ins Einvernehmen gesetzt und werde noch die beteiligten Kirchenbehörden befragen. (Beifall.)

Herr Müller hat dann den Fall Reuter aus dem „Wintergarten“ vorgetragen und den Mann einen hochanständigen Humoristen genannt. Er hat erzählt, daß diesem hochanständigen Humoristen das Aufreten unterjagt worden sei, weil er verdächtig geschmuggelt habe. Bei polizeilichen Revisionen wurde festgestellt, daß der hochanständige Humorist nicht genehmigte und auch nicht genehmigungsfähige Coupletsproben sang. Er wurde erst zweimal mit Geldstrafen von je 30 M. belegt. Beim drittenmale wurde ihm das weitere Aufreten unterjagt und dem Unternehmer die polizeiliche Schließung des Lokals angedroht, weil er eine Parodie auf Gerhart Hauptmanns „Verunkelte Glocke“, die er gar nicht eingereicht hatte, sang. Der hochanständige Humorist kam nun aufs Polizeipräsidium, verlegte sich aufs Bitten und versprach, sich fürderhin völlig korrekt zu verhalten. Das Verbot wurde daraufhin zurückgenommen. Ich habe die Parodie auf die „Verunkelte Glocke“ hier und lege den Text hier nieder. Jeder wird mir beipflichten, daß es sich hier um eine ganz gemeine Note handelt. Auf der Polizei wird ein wahrer Berg von Schmutz zurückgehalten und es genügen da nicht repressive Maßregeln. Die Polizei kann das Volk nicht noch mehr vergiften, Ordnung und Sitte nicht noch mehr fäulen lassen, sie muß präventiv wirken.

Die Befreiung der Theaterzensur ist aber noch aus praktischen Gründen nicht ausführbar. Die Aufhebung würde zur Strafe für die Theaterdirektoren werden. Das hat der „Berliner Börsen-Courier“ in einem ausgezeichneten Artikel treffend nachgewiesen. Der Theaterdirektor kann sich nicht der Möglichkeit ausheben, daß ihm eine Vorstellung verboten und er selbst noch angeklagt wird. Dieselbe Auffassung hat auch der bekannte Schriftsteller und frühere Bühnenleiter Herr Dr. Oskar Blumenthal in einem satirischen aber sehr wahren Feuilleton im „Berliner Tageblatt“ behandelt. Wie können die Theaterzensur nicht aufheben in einer Zeit, wo sich alle sittlichen Bande zu lockern beginnen. Ich weiß, hier kann die Polizei nicht helfen, hier müssen Staat, Kirche und Gesellschaft eingreifen. Aber es ist doch zehnmal zu überlegen, ob man in solcher Zeit geistliche Schranken hinwegräumen hilft. Wenn Sie wüßten, was alles als aufführungswürdig, als Bühnenfähig eingereicht wird, Sie würden erstarren. Nein, ich meine, wir können das Staats-hoheitsrecht, das wir in der Censur besitzen, nicht aus der Hand geben, denn wir tragen die Verantwortung für Aufrechterhaltung von Sitte und Ordnung. Was mir nützlich erscheint, ist die Heranziehung eines litterarischen Beirats für die Beurteilung der rein litterarischen Seite eines Stücks oder Gedichts. Zu einer solchen Heranziehung würde ich bereit sein. Sie entspricht ja auch einem erst jüngst gefaßten Beschlusse des Deutschen Bühnenvereins. Es ist aber dazu notwendig, daß die berufenen Kreise geeignete Persönlichkeiten in Vorschlag bringen, denn eine von der Polizei ausgelagerte Persönlichkeit würde sofort die notwendige Autorität verlieren. Ich gebe Mißgriffe unumwunden zu. Man ist teils zu weit, teils nicht weit genug in gewissen Fällen gegangen. Ich hoffe, die heutigen Verhandlungen werden dazu beitragen, die Mißgriffe künftig einzuschränken und heimliche Beanstandungen zu vermeiden; ich hoffe aber auch, sie werden dazu beitragen, daß die Beamten nicht müde werden, ihres ersten und verantwortungsvollen Amtes zu walten zum Schutze der sittlichen Interessen der Bevölkerung und der öffentlichen Ordnung. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. v. Kardorff (Sp.):

Ich muß bedauern, daß der Minister dem Abg. Müller nicht im Reichstage geantwortet hat, obwohl ich die Gründe des Herrn Ministers principiell billige. Das Maß von Selbstbewußtsein, was Herr Dr. Müller bereits besitzt, wird durch diese lange Erwiderung des Ministers nur gesteigert werden. (Sehr richtig! rechts.) Der Minister hat Herrn Müller auf ein Biedestel gestellt, auf dem er im Reichstage noch niemand erschienen ist. Redner wünscht weitere Änderungen im Verwaltungsdienst. Es giebt zu viel Ministerialräte; während die Minister kommen und gehen, sind diese der einzig ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Die Minister sind diesen System gegenüber vertraut und verkauft. Das ganze Verwaltungssystem ist zu mechanisch und bureaukratisch. Es sind zu viel Juristen in der Verwaltung, die keine Erfahrung im unteren Verwaltungsdienst haben. Eine gute Verwaltung ist noch viel wichtiger als eine gute Gesetzgebung. (Bravo! rechts.)

Minister v. Rheinbaben:

Die Ministerialräte sind außerordentlich wichtig, gerade sie machen die große Detailarbeit. — Die Frage der Vorbildung der Verwaltungsbeamten ist allerdings sehr wichtig. Ich gebe zu, daß jetzt die praktische Vorbildungszeit etwas kurz bemessen ist. Noch mehr fehlt es aber den Beamten an wissenschaftlicher Ausbildung. Hier wird ein Ausweg gesucht werden müssen. Ich bin dafür, daß die Ausbildung bei der Justiz noch Möglichkeit eingeschränkt werden muß und das Hauptgewicht auf die Thätigkeit bei den administrativen Behörden gelegt wird.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Ueber das Maß dessen, was vor das Reich und was vor die Landesgesetzgebung gehört, kann man ja verschiedener Ansicht sein. Niemand kann aber bestreiten, daß die Theaterzensur recht eigentlich Reichssache sein muß in ihren Grundzügen. Die Schriftsteller schreiben doch ihre Stücke nicht nur für den Herrn Minister des Innern und nicht für einzelne Städte, sondern für ganz Deutschland, und es ist ganz widersinnig, wenn ein Stück in Altona verboten ist, das in Hamburg aufgeführt werden darf. (Sehr richtig! links.) Zum mindesten hätte der Herr Minister die Pflicht gehabt, dort, wo der Angriff erfolgt ist, die Kompetenz der Landesgesetzgebung zu verteidigen. Es waren nur einige Geheimräte da, die haben sich aber nur durch Zwischenrufe bemerkbar gemacht, die so fäulend waren, daß der Präsident eingreifen mußte. (Hört! hört! links.) Uebrigens ist doch dieses Haus sogar für zuständig gehalten worden in der Frage der Posttarif-Gesetzgebung. (Sehr richtig! links.) Gerade um die Notwendigkeit der Reichs-Gesetzgebung zu beweisen, mußte man bei der Beratung der Censur den Reichstag auch auf die Praxis der Einzelstaaten hinweisen. Dazu kommt, daß es ein Reichsgesetz giebt, welches erklärt, für Elbsch-Lothringen sei die Censur nicht aufgehoben. Dann

muss das Reich natürlich auch umgekehrt die Besugnis haben, die Censur aufzuheben. Der Herr Minister meinte, die Theaterzensur gehöre zur Ordnung- und Sittenpolizei und gehöre deshalb nicht vor den Reichstag. Was kann nicht alles unter diesen elastischen Begriff kommen: Die ganze Press- und Vereins-Gesetzgebung! (Sehr richtig! links.)

Dah Herr Müller sein Ziel mit seiner Rede nicht verfehlt hat, zeigen die heutigen Ausführungen des Herrn Ministers. Ich erinnere mich kaum eines ähnlichen Falls, daß ein Minister in dieser Weise sich gegen Äußerungen eines Reichstags-Abgeordneten gewandt hat. Der Minister warf Herrn Müller vor, daß er Herrn Dumraik an einer Stelle angegriffen habe, wo dieser sich nicht verteidigen könne. Ebenso wenig aber kann sich Herr Müller heute gegen den Minister verteidigen. (Sehr richtig! links.) Herr Müller hat die einschlägigen Fragen ganz genau studiert, mag sein, daß er trotzdem in einzelnen Fällen falsch unterrichtet ist, das soll ja sogar Staatsanwälte mitunter bei ihren Anklagen passieren. (Weiterheit und Sehr richtig! links.) Der Minister sprach von ganz gemeinen Stellen aus einer Parodie der „Versunkenen Glocke“, die Herr Müller angeführt hatte. Keulich sind aber auf der Bühne des Neuen königlichen Opern-Theaters bei einer Wohlthätigkeits-Vorstellung aus dieser Parodie Stücke vorgelesen worden. (Hört! hört! links.) Allgemein wird anerkannt, daß die gegenwärtigen Zustände auf dem Gebiete der Theaterzensur unhaltbar sind. Der Minister fragt, was soll werden, wenn die letzten Schranken beseitigt sind? Nun, in Hamburg besteht doch keine Theaterzensur, und man kann doch dort nicht von unhaltbaren Zuständen sprechen. Im übrigen bedeutet die Aufhebung der Theaterzensur gar nicht die Beseitigung der letzten Schranken, es bleibt noch das Straf-Gesetzbuch. (Sehr richtig! links.) Ich bin gerade umgekehrt der Ansicht, die Theaterzensur liegt im Interesse des Einzelangehörigen. Sie giebt solchen Bühnen eine gewisse Sicherheit, indem sie sie davor bewahrt, daß nach der ersten Aufführung die Polizei einzelne Sachen verbieten kann. Ich bin dem Herrn Minister für seine Ausführungen außerordentlich dankbar und werde seiner Zeit im Reichstag noch ausführlich darauf eingehen. Ich empfehle, sich dann doch durch solche Herren vertreten zu lassen, die ihre Anwesenheit nicht nur durch unqualifizierbare Jurufe zu erkennen geben. (Sehr gut! links.) Damit verlässe ich die Theaterzensur.

Die von Herrn v. Kardorff so angegriffenen Ministerialräte bieten doch die Garantie für eine gewisse Kontinuität der Grundzüge in der Gesetzgebung. Das ist um so nötiger bei uns, wo es ja häufiger vorkommt, daß irgend jemand Minister wird, ohne daß man eigentlich weiß warum. (Sehr gut! links.)

Herr v. Kardorff hat von der Vorbildung der Verwaltungsbeamten gesprochen. Ich gebe durchaus zu, daß die Qualifikation unserer Verwaltungsbeamten durchaus nicht den berechtigten Ansprüchen entspricht. Teilweise liegt das aber auch daran, daß man große Klaffen junger Männer von unabhängiger Gesinnung durch die Art der Behandlung höherer Verwaltungsbeamten geradezu vom Verwaltungsdienst abhält. (Sehr richtig! links.) Ich muß auf einige Fälle eingehen, in denen Beamte nur wegen ihrer Jugendlichkeit zur freimüthigen Partei nicht befähigt worden sind. Da ist zunächst der Fall des Bürgermeisters Salomon in Schlichtern. Dieser Herr wurde nicht zum Beigeordneten in Kreuznach befähigt. Die Ursache lag an einem Hunde! (Weiterheit.) Der Hund der Frau des Bürgermeisters hatte auf der Straße einen Krug angegriffen, und dieser hatte daraufhin die Frau angefahren. Am nächsten Tag belom er einen Brief des Bürgermeisters, durch den er sich beleidigt fühlte und woraufhin er den Bürgermeister zum Duell forderte. Da der Bürgermeister, der Referent war, diese Forderung ablehnte, demüthigte ihn der Krug beim Begegnungspunkt. Und hierauf wurde der Bürgermeister aus dem Amt entfernt, und erst später gelang es seinem Vater, zu erreichen, daß er nur mit schlichtem Abschied entlassen wurde. Die Nichtbefähigung zum Beigeordneten von Kreuznach blieb aber bestehen. Man sagt, daß in Kreuznach sich häufig kleine Prinzen aufhalten können, und deshalb sei es nicht angängig, daß ein Mann, der mit schlichtem Abschied aus dem Aemter entlassen sei, dort Beigeordneter sei. Ich weiß nicht, worüber man sich mehr wundern soll, ob über die Widersinnigkeit des Duellwesens oder über die Widersinnigkeit dieser Nichtbefähigung. (Sehr richtig! links.) In Bunsau weiter wurde der freimüthige Stadtrat, Herr nicht zum unbesoldeten Magistratsmitglied befähigt, angeblich aus dem Grunde, weil seine pekuniären Verhältnisse es ihm nicht erlaubten, ein solches Amt anzunehmen. In Weichen a. O. wurde ein Ratsmann deshalb nicht zum Ratsmann befähigt, weil er bei den Stadtverordnetenwahlen für einen Socialdemokraten gestimmt hatte. (Hört! hört! links.) Ebenso wurde der Stadtrat Lautenschlager in Eberwalde wegen seiner politischen Gesinnung nicht zum unbesoldeten Beigeordneten befähigt. Als Grund der Nichtbefähigung gilt, daß er erklärt hat, er würde in einer Stichwahl zwischen einem Brotwucherer und einem Socialdemokraten für den Socialdemokraten stimmen. (Hört! hört! links.) Ich komme nun zu dem Fall der Nichtbefähigung des Direktors des Statistischen Amtes in Königsberg, des Herrn Dullio zum unbesoldeten Magistratsmitgliede. Dieser Herr steht seit 10 Jahren im Dienste der Kommune Königsberg und hat seit dieser Zeit niemals einen Verweis oder eine Disciplinarstrafe erhalten. Er ist mit 85 gegen 50 Stimmen zum unbesoldeten Magistratsmitgliede gewählt worden. Gegen die Nichtbefähigung wurde mit allen gegen fünf Stimmen der Refus an den Minister beschlossen. Der Minister aber antwortete, der Sachverhalt habe ergeben, daß die Verfassung der Befähigung durchaus gerechtfertigt sei. Daraus konnte sich jeder zurecht machen, was er wollte. (Sehr richtig! links.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ lachte damals die Verfügung des Ministers zu verteilen und schrieb, daß der Herr Dullio Jahreslang der Regierung gegenüber sehr scharf aufgetreten sei und wesentlich dazu beigetragen habe, die politischen Gegensätze innerhalb der Bürgerschaft Königsbergs zu verärgern. Wie ganz anders der Minister denkt, wenn es sich um denselben Fall bei einem konservativen handelt, beweist der Fall des Amtsvorstehers Ballombini in Schweidnitz, in demselben Wahlkreise, in dem Herr v. Siemens zur Wahl stand. Dort wurden Flugblätter gegen Herrn v. Siemens verbreitet, in denen von Wucherern, krumm-nasigen Juden usw. die Rede war, denen man zeigen müsse, wo der Zimmermann das Loch gelassen habe. Diese Flugblätter waren von dem Herrn Amtsvorsteher unterzeichnet. Trotzdem wurde kurz darauf der Amtsvorsteher zum Landrat ernannt. Das wichtigste an dem Fall Dullio ist aber das Komplotz, welches er hatte. Herr Dullio und sein Freund, der freimüthige Landtags-Abgeordnete Dr. Crüger, der Direktor der Elektrizitätswerke in Königsberg, wurden von dem Herrn Regierungspräsidenten zu einer Konferenz geladen. Dort wurde mit ihnen einzeln verhandelt, und sie wurden darauf aufmerksam gemacht, ihre politische Haltung stehe mit ihrer Pflicht als mittelbare Staatsbeamten nicht im Einklang. Wenn sie so fortführten, würde disciplinarisch gegen sie vorgegangen werden. Herr Crüger habe seinen Dienst durch sein politisches Verhalten direkt verlegt. Worin sie aber gegen ihre Pflicht gehandelt hätten, wurde ihnen nicht gesagt. Auf ihre Beschwerde brachte der Regierungspräsident dann später vor, Herr Dullio hätte im Jahre 1895, als der Reichstag die Wismar-Ährung ablehnte und der Kaiser daraufhin die bekannte Äußerung gegen den Reichstag that, gesagt: „Wenn der Ausdruck der tiefsten Entrüstung über diesen Beschluß von einer Stelle kommt, die nicht das Recht des Eintrucks hat, so kann der Reichstag ruhig darüber zur Tagesordnung übergehen. Anders wäre es, wenn dieser Ausdruck an den berufenen Bundesrat ginge.“ Herr Dullio behauptete, daß er von den Polizeibeamten falsch verstanden sei. Was soll man dazu sagen, wenn auf Angabe von politischen ganz ungebildeten Ueberwachungsbeamten nach Jahren solche Vorwürfe gegen einen Beamten erhoben werden? (Sehr richtig! links.) Herrn Crüger wurde vorgeworfen, er habe vor Jahren bei einer Stichwahl aufgefordert, für einen Socialdemokraten zu stimmen und er habe einmal erklärt, gegenüber einem Verfassungsbruch von unten. Gerade das Gegenteil hat er gesagt, wie das ja auch den Anschauungen der freimüthigen Volkspartei entspricht. Herr Crüger ist ja nun zugleich Landtags-Abgeordneter, und diese Stellung legt ihm Pflichten auf, die in Kon-

kurrenz treten mit seinen Beamtenpflichten. Hier die Grenze zu ziehen, ist sehr schwierig. Umso mehr hätte sich der Minister hüten müssen, solche allgemeinen Anschuldigungen gegen einen Beamten zu äußern. Der Regierungspräsident hat ihm auch gesagt, sein Verhalten gegen die Agrarier sei mit seiner Pflicht als Staatsbeamter nicht vereinbar. **Jetzt sind also die Agrarier schon eine staatliche Institution, und es gehört zu den Pflichten eines freimüthigen Abgeordneten, ihnen gegenüber mehr Reserve zu zeigen!** (Weiterheit links.) Früher wurden die Landräte von der Regierung ernannt, gegen die Agrarier vorgehen; und gerade in Königsberg ist es vorgekommen, daß die Herren Graf Staniß und Klindowström zu einem Gala-Diner nicht eingeladen werden durften! (Sehr gut! links.) Nachdem man diesen Herrn nun aber Verletzung des Dienstes vorgeworfen hatte, erklärte man ihnen, diese Unterredung stelle keine Disciplinar-Maßregel dar, sondern eine vertrauliche Äußerung, und jede schriftliche Mitteilung darüber wurde ihnen vorenthalten. Sie konnten sich also nicht gegenüber der schweren Verwarnung beim Oberpräsidenten und in letzter Instanz beim Ober-Verwaltungsgericht beschweren. Dies ist aber doch gerade deshalb zulässig, damit die Beamten einen Rechtschutz gegenüber dem Mißbrauch der Disciplinargewalt haben. Die Frage des Rechtschutzes für den gesamten Beamtenstand ist eine politisch grundsätzliche Frage, die weit über die Kreise unsrer Partei hinausgeht. Wenn sich das Verhältniß verallgemeinert, wie es aus der Initiative des jetzigen Ministers heraus zuerst in Königsberg eingeführt ist, dann wird das zu einer politischen Degradation des Beamtenstandes führen, auch in den Augen der Bevölkerung, wie sie selbst in den schlimmsten Zeiten der Reaktion nicht vorhanden gewesen ist. (Weiß! links.)

Minister v. Rheinbaben:

Das Befähigungsrecht ist ein Recht der Krone, und ich lehne die Pflicht ab, hier über jeden einzelnen Fall der Befähigung oder Nicht-Befähigung Gründe anzugeben. Es kommen häufig auch persönliche Momente in Betracht, mit deren öffentlichen Bekanntgabe den Betroffenen selbst wenig gedient ist. Um die Regierung gegen die Angriffe in Schutz zu nehmen, will ich mich aber doch zu den angeführten Fällen äußern. Im allgemeinen erkläre ich, daß die Angehörigkeit zu keiner Partei mit Ausnahme der socialdemokratischen Partei für mich von vornherein eine Person als nicht fähig für den Kommunaldienst macht. Daran muß ich allerdings festhalten, daß jeder, der zur Socialdemokratie neigt, nicht würdig ist, Diener des Staats zu werden. Im übrigen will ich darauf hinweisen, daß im Jahre 1900 von 100 Fällen, die zur Befähigung vorlagen, nur in zweien die Nicht-Befähigung erfolgte. Daraus fällt die Behauptung, daß einseitig, in ungerechter Weise vom Nichtbefähigungsrecht Gebrauch gemacht werde, weg. Was die einzelnen Fälle anlangt, so liegt der Fall des Bürgermeisters von Schlichtern doch anders! Nach dem Tage nach dem Vorfall mit dem Hunde hat der Bürgermeister an den Krug folgenden Brief geschrieben: „Sie haben gestern nachmittag in frecher und unverschämter Weise meine Frau beleidigt, nur ein elender Feigling hat den traurigen Mut, eine schmutzige Dornie anzugreifen.“ (Hört, hört! rechts.) Unter solchen Umständen ist er allerdings nicht geeignet, einer Stadt wie Kreuznach als Polizeichef und Bodekommissar zu fungieren, wozu er bestimmt war. Zu dieser Stellung gehört ein besonderer Takt, den er eben hier hatte vermissen lassen. Die Nichtbefähigung des Ratsmanns in Bunsau hat mit der politischen Ueberzeugung deselben nichts zu thun, sondern ist lediglich mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des betreffenden erfolgt. Was die Fälle in Weichen und Eberwalde betrifft, so ist hier die Befähigung nicht erfolgt, weil die betreffenden notorisch für Socialdemokraten gestimmt haben. Da kann man doch billigerweise nicht verlangen, daß ihnen ein Amt anvertraut wird, wo sie Staatshoheitsrechte wahrzunehmen haben. Was die Wahl des Amtsvorstehers Ballombini zum Landrat betrifft, so mißbillige ich die Flugblätter genau so wie Herr Abg. Richter. Aber Herr Ballombini hatte diese Flugblätter nicht selbst unterzeichnet und im übrigen wurde er vom Kreisrat mit 28 von 28 Stimmen, also fast einstimmig zum Landrat gewählt. Einmal wundern sich die Herren, daß ich in Königsberg die Befähigung verweigere und hier verlangen Sie von mir, daß ich den Landrat nicht befähige! Was nun den Fall Dullio anlangt, so ist Herr Dullio wegen seines agitatorischen Auftretens gegen die Regierung nicht befähigt worden. Uebrigens ist Herr Dullio gegen eine erhebliche Minorität zum Stadtrat gewählt worden, und der Bezirksausschuß hat ihm einstimmig die Befähigung verweigert. Auch materiell ist seine Nichtbefähigung durchaus begründet. Er hat als Mitglied des Vereins „Walde“ eine sehr gehässige Sprache gegen die Grundlagen der Staatsordnung geführt. Dieser Verein bemüht sich nach der Äußerung seines Vorsitzenden, die auf der Grenzstraße zwischen freimüthiger Volkspartei und Socialdemokratie stehenden jüngeren Kräfte zu sich herüber zu ziehen, und steht in seinem Programm der süddeutschen Volkspartei sehr nahe. Als Parole wurde von ihm einmal ausgegeben: Kampf gegen die Regierung bis auf Messer! Herr Dullio hat nun z. B. die Artikel des „Vorwärts“ aus Anlaß der 25-jährigen Wiederkehr des Sedanlages gelobt, er hat weiter gesagt, daß die Lage der Arbeiter sehr viel zu wünschen übrig lasse, mit ihrem politischen Recht sei es nicht weit her. In Bezug auf die Umsturzvorlage hat er dann ausgeführt: der Woywode läßt sich nicht befähigen, daß die Regierung die Vorlage nur demüthig, um nach der Auflösung des Reichstags ihre Steuerpläne zur Wirkung zu bringen. Diesen Satz hat Herr Dullio selbst zugegeben. Auch gegen den Kaiser hat er leidenschaftliche Äußerungen gethan. So sprach er davon, daß er in der Centenariesfeier nur ein Feind des Systems Bismarck erliden könne, an der der Walde-Verein nicht teilnehmen könne. Ueber die Äußerung des Kaisers bei der Reichs-Ährung Bismarcks sagte er: Wenn der Ausdruck der tiefsten Entrüstung über diesen Beschluß von einer Stelle kommt, die nicht das Recht des Eintrucks hat, dann kann der Reichstag ruhig darüber zur Tagesordnung übergehen. Anders wäre es, wenn dieser Ausdruck an den berufenen Bundesrat ginge. Auch diesen Ausdruck hat Herr Dullio, bis auf den letzten Passus, der falsch verstanden sein soll, zugegeben. Was soll man dazu sagen, wenn ein Diener des Staats über eine That unfres Kaisers und Herrn sagt, daß man über sie zur Tagesordnung übergehen könne; dann hat er sich doch des Rechts begeben, in ein solches Amt berufen zu werden. (Sehr richtig! rechts.)

Nun zu dem Fall Crüger. Der Wahlaustritt, den er mitunterzeichnet hat, richtet sich gegen die Kartellparteien und fordert zum Eintritt für den Socialdemokraten in der Stichwahl auf. Im Jahre 1899 hat dann eine weitere Annäherung des Herrn Crüger an die Socialdemokratie stattgefunden. Er hat da in einer Versammlung, deren Leitung von anwesenden Socialdemokraten angeführt wurde, gesagt, er hoffe, das Verhältnis zwischen freimüthiger Volkspartei und Socialdemokratie werde immer besser werden (Lachen rechts), gestützt auf gegenseitiges Vertrauen. Auf Anfrage hat Herr Crüger erklärt, es wäre ihm durch diese Äußerung in der Hauptfrage darum zu thun gewesen, eine Störung der freimüthigen Versammlung durch die Socialdemokraten zu vermeiden und ich zweifle auch nicht daran, daß Herr Crüger diesen Zweck im Auge gehabt hat. Er hat sich aber dann doch etwas unvorsichtig geäußert und ist so weit gegangen, wie es ein mittelbarer Staatsbeamter nicht darf. Herr Crüger hat dann weiter im Jahre 1898 eine Äußerung gethan, dahin: es sei immer konsequent, wenn dem Verfassungsbruch von oben der Verfassungsbruch von unten (also die Revolution) entgegengesetzt würde. Die Äußerung ist sofort von dem überwachenden Beamten, einem älteren zuverlässigen Mann aufgeschrieben worden und dieser hat sich bereit erklärt, die Richtigkeit der Wiedergabe (der Äußerung) zu bezeugen. Trotzdem habe ich in meiner Verlesung nur gesagt, Herr Crüger würde sich eines Disciplinarvergehens schuldig gemacht haben, wenn die berüchtelte Äußerung auf Wahrheit beruhte. (Abg. Crüger ruft: Das Gegenteil habe ich gesagt! Abg. Richter ruft: Indemitätsgesuche der Regierung.) Herr Crüger hat bei seiner Vernehmung eine Erklärung abgegeben, die im wesentlichen darauf hinausläuft, daß er die Worte „Verfassungsbruch von oben“ zugegeben hat (Lachen links, Rufe: Das Gegenteil ist wahr!), und dann hat er fortgesetzt, konsequenterweise ist dem Verfassungsbruch von

oben der Verfassungsbruch von unten entgegen zu setzen. (Rufe links: Nein! nein! Das Gegenteil hat er gesagt. Abg. Kopsch ruft: Der Polkist hat immer recht. (Große Heiterkeit links. Unruhe rechts. Präsident v. Kröcher bittet die Zwischenrufe zu unterlassen.) Ich habe den milden Weg der mündlichen Klage gewählt. Ich muß aber sagen, wenn ich das Schreiben der Presse und die Ausschlichtung dieses Falls durch die Presse vorausgehen hätte, ich wäre nicht so milde vorgegangen. (Lachen links.) Das den Beteiligten durch die mündliche Eröffnung der Klage abgegriffen worden ist, befreite ich ganz entschieden. Ich wiederhole, die beiden Herren haben die Grenzen überschritten, die ihnen als mittelbare Staatsbeamte gezogen sind. Die mittelbaren Beamten haben aber heute die Pflicht, diese ihnen gelegten Grenzen einzuhalten, heute wo man überall die festen Grundlagen des Staats zu lockern versucht, wo die Socialdemokratie immer mehr in die Verwaltung der Kommunen eindringt, nicht nur numerisch, sondern auch qualitativ. Wer die Ehre hat, mittelbarer Staatsbeamter zu heißen, muß sich Beschränkungen in der Agitation gegen die Regierung auferlegen; wer das nicht will, der geht des Rechts verlustig, mittelbarer Beamter zu sein. (Lachhafter Beifall rechts. Lebhaftes Zischen links. Wiederholter lebhafter Beifall rechts, wiederholtes lebhaftes Zischen links.)

Abg. v. Jagow (l.):

Der Fall aus Bunsau wird dem Abg. Richter gezeigt haben, daß man nicht immer politische Gründe hinter einer Nichtbefähigung zu wittern braucht. Auf die Fälle Dullio und Crüger will ich nicht eingehen, dagegen wollen wir hier ausdrücklich erklären, daß wir mit den Grundzügen des Ministers Angehörigen der Socialdemokratie gegenüber völlig einverstanden sind. Der Minister hatte auch recht, wenn er sagte, der Antrag auf Befähigung der Theaterzensur gehörte nicht vor den Reichstag. Solchen Verfügungen des Reichstags, in die Verwaltung der Einzelstaaten hineinzureden, müssen wir entgegenstellen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Die Frage der Zuständigkeit des Reichs über die Theaterzensur ist zweifelhaft. Nach Lage der Sache war das Reichs-Parlament nicht das richtige Forum. Wir können die Theaterzensur nicht ganz entbehren. Theateraufführungen können nicht wie Volksversammlungen behandelt werden, wo ja erst im Verlaufe der Versammlung eingeschritten wird. Mein Freund Wasserbaum hat im Reichstag unsern Standpunkt treffend skizziert. Mit der Hinzuziehung literarischer Sachverständiger ist der Minister auf dem richtigen Wege. Die Währungsfrage ist erfolgt bei Stücken mit anderer Weltanschauung. Hierher rechne ich die Verbote der „Weber“ und von Björnsons „Ueber unsre Kraft.“ Hier wäre eine Anweisung an die Behörden, solche Verbote nicht auszusprechen, am Platze. Befähigt werden muß auch die Ungleichheit, daß hier ein Stück erlaubt ist und dort eine Stunde davon daselbe Stück verboten ist, weil zwei benachbarte Regierungspräsidenten verschiedene Ansichten haben. (Sehr richtig! links.) Die Frage der Vorbildung der höheren Verwaltungsbeamten sollte schon vor Jahren von einer Kommission geprüft werden. Vielleicht erfährt man über die Thätigkeit der Kommission etwas Näheres. Sie scheint nicht vorwärts gekommen zu sein. In der Frage der Befähigung ist es dem Minister gelungen, in einer Anzahl von Fällen die Nichtbefähigung zu rechtfertigen. Aber in den Königsberger Fällen ist ihm das nicht gelungen. Ich habe bei ihm die Objektivität vermisst, die ich ihm zugetraut hätte. Ich verziehe nicht die milde Beurteilung des Falls Ballombini. Es stehen ganz skandalöse Dinge in dem Akten und es kann doch da nicht darauf ankommen, ob der Betreffende den Akten selbst verfaßt hat oder ihn nur unterzeichnet hat. Auf die Unterschrift kommt es doch im wesentlichen an. Ich meine, der Minister hat hier eine recht ausführliche Sympathie für die Parteien der Rechten an den Tag gelegt und hat im Fall Dullio viel zu scharf geurteilt. Die Äußerungen des Herrn Dullio geben für die Nichtbefähigung keinen Anlaß. Die Unterlegung eines andern Motives bei politischen Maßnahmen, sei es der Regierung, sei es der Parteien, kommt doch fortwährend im politischen Leben vor und hat gar nicht die Bedeutung, die der Minister ihr beilegt. Auch die Äußerungen des Herrn Kollegen Krüger geben zu dem beobachteten Verfahren keinen Anlaß. (Weiß! links.)

Abg. Kirck (C.)

wünscht eine zeitigere Bekanntgabe des Termins für die Einberufung des Landtags. Er fordert eine Erleichterung der Bedingungen für die Vermung der vom Staate eingerichteten Arbeiterwohnungen. Er beschwört ferner eine Reform des Kommunalabgaben-Gesetzes, durch welche die Grundsteuer ihres jetzigen Charakters als einer Finanzsteuer erleidet werde.

Darauf verlegt das Haus die weitere Beratung auf Donnerstag tag 11 Uhr.
Schluß 4¼ Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budget-Kommission

legte in ihrer Mittwoch-Sitzung die gestern abgebrochene Diskussion wegen Einstellung eines Dispositionsfonds für die Reichs-Postverwaltung zum Anlauf von Grundstücken fort. Von verschiedenen Seiten wurde auf die budgetären Bedenken hingewiesen, welche mit der Schaffung von Dispositionsfonds verbunden seien. Allseitig herrschte Einverständnis darüber, daß ein Weg gefunden werden müsse, um zu verhindern, daß die Privatpekulation sich der Terrains bemächtigt, die zu Res- und Erweiterungsbauten für die Postverwaltung notwendig sind. Der jetzige Zustand, indem die Privatpekulation die Grundstücke vorweg aufkaufe, um sie später an die Postverwaltung zu viel höheren Preisen abzutreten, sei unhaltbar und koste dem Reiche Millionen. Man könne die Post als Betriebsverwaltung in Bezug auf notwendige Erweiterungsbauten nicht in eine Reihe mit den übrigen Verwaltungen stellen. Es erscheine unbedingt notwendig, entweder auf dem Wege der Errichtung eines Grundstücksverwertungs-Fonds oder durch erhebliche Vermehrung der Betriebsmittel die Postverwaltung in die Lage zu bringen, unabhängig von der Privatpekulation und ohne Zwischenkäufe in Anspruch nehmen zu müssen, die für ihre Verwaltung notwendigen Terrainerwerbungen zu machen. — Die vorgeschlagene Resolution wurde zurückgezogen, weil durch die vorangegangene Erröterung die Sache genügend besprochen und der Postverwaltung die nötige Anregung gegeben sei, die Angelegenheit in den nächsten Sitzungen weiter zu verfolgen.

Die Beratung wandte sich nunmehr zum „Etat der Reichsdruckerei“. Hierbei wurde der Staatssekretär unter Anführung eines Special-Falles gefragt, wie die Reichsdruckerei sich zur Uebernahme von Privatarbeiten stelle. Es wurde behauptet, daß die Reichsdruckerei ihre Arbeiten zu einem Preise angeboten habe, welcher so niedrig ist, daß die Privatindustrie unmöglich dafür liefern könne. Der Staatssekretär erklärte, daß im allgemeinen die Reichsdruckerei nur reichs- und staatliche Aufträge ausführe. Nicht ausgeschlossen sei, daß sie in Ausnahmefällen auch Aufträge für Private (Alltagsgeschäften, zur Herstellung von Aktien) übernehme. Von einer Unterbietung der Privatdruckereien könne nicht die Rede sein, da die Erträge der Reichsdruckerei eine durchaus befriedigende Vergütung des Anlagekapitals ergeben. An Submissionen beteilige sich die Reichsdruckerei grundsätzlich nicht, sondern gebe in Bezug auf Preise nur Auskunft auf vorherige direkte Aufträge. Von einer Seite wurde angeregt, die Reichsdruckerei auch zur Herstellung für den „Reichs-Anzeiger“, die stenographischen Berichte des Reichstags usw. einzurichten. Der Staatssekretär meinte, daß der Ausführung dieser Arbeiten durch die Reichsdruckerei zwar nichts im Wege stünde, aber nicht unbedeutende materielle Kosten für die hierzu notwendigen Einrichtungen entständen. Von socialdemokratischer Seite wurde energisch betont, daß es zwar wünschenswert sei, die Reichsdruckerei für Reichs- und Staatsarbeiten zu benutzen, daß der Umfang der Druckerei aber in diesem Rahmen begrenzt werden müsse, weil man nicht zugeben könne, daß die Reichsdruckerei ihren

Betrieb zur Befriedigung privater Aufträge ausdehnen und dabei möglicherweise die eigenen Bedürfnisse des Reichs zu bedenken nicht mehr imstande sei.

Der Etat der Reichsdruckerei wurde genehmigt. Zum Postetat lag eine Petition der Stadt Offenbach a. M. vor, welche unter Beibringung reichlichen statistischen Materials den Bau eines neuen Postgebäudes nach in diesem Etat zu bewilligen verlangt. Nach kurzer Debatte, in der aufseits die Petition befürwortet wurde, wurde ein Antrag Singer (Soz.) die Petition dem Herrn Reichsfinanzminister mit der Maßgabe zur Berücksichtigung zu überweisen, daß der erforderliche Betrag in den Etat für 1902 eingelegt werde, einstimmig angenommen.

Damit ist die Beratung des Postetats und der Reichsdruckerei erledigt.

In der nächsten Sitzung am Donnerstag soll die Beratung des Militäretats in Angriff genommen werden.

Aus der Petitionskommission. Eine wohlverdiente Abfuhr hatte sich gestern ein Untersuchungsrichter aus Kostod mit seinem Verlangen, ihm eine an den Reichstag gelangte Petition auszuliefern, damit dieselbe als Material zu einer gegen den Einsender schwebenden Verleumdungsklage dienen könne. Im Einverständnis aller Parteien wurde beschlossen, den Reichstags-Präsidenten, dem die Entscheidung vorbehalten bleibt, zu ersuchen, das Verlangen abzulehnen, da Eingaben an den Reichstag unter keinen Umständen eine derartige Verwendung finden dürfen. — Der Bund deutscher Gastwirte einschließlich des bairischen Gastwirtebundes ersucht um Änderung des § 385 des Strafgesetzbuchs, das von der Polizeistunde handelt. Es soll reichs-gesetzlich bestimmt werden, daß nach Eintritt der Polizeistunde den Gästen noch eine halbe Stunde Zeit bleiben solle bis zum Verlassen des Schanklokals. Genosse Hoch beantragte als Referent, die Petition zur Verächtlichmachung zu überweisen, da die gegenwärtige Praxis den polizeilichen Schikanierungen der Wirte Thür und Thor öffne. Der Reg.-Kommissar Dr. v. Zischendorf empfahl den Schank-wirten, sie möchten doch eine halbe Stunde vor Eintritt der Polizeistunde aufhören, Speisen und Getränke um 30 Minuten hinauszu-schieben. Der Antrag auf Verächtlichmachung wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen, denen sich ein Freisinniger angeschlossen, abgelehnt und die Ueberweisung als Material beschlossen. — Die Humanität der Postverwaltung wurde recht bezeichnend beleuchtet bei der Verhandlung einer Petition, in welcher die 70jährige Mutter eines verstorbenen Ober-Postassistenten um Gewährung des Gnaden-quartals bat, da der Verstorbene ihr Ernährer gewesen und somit § 8 des Pensionsgesetzes für Postbeamte anwendbar sei. Obwohl Petentin ein Zeugnis der Ortspolizei beigelegt hatte, das ihre hohe Bedürftigkeit bestätigte, verhielt sich die Reichspostverwaltung durch ihren Kommissar, Ober-Postrat Dr. Schilling, streng ab-lehnend. Dabei entschlüpfte ihm die famose Redewendung nach ihren Erfahrungen gebe die Postverwaltung auf solche polizeiliche Atteste wenig. Nach längerer Debatte, in welcher der Standpunkt des Regierungskommissars von allen Seiten als unhaltbar charakte-risiert war, wurde gleichwohl der vom Genossen Ziele geachtete Antrag auf Verächtlichmachung gegen die Stimmen der Sozialdemo-kraten, eines Freisinnigen und eines Antisemiten abgelehnt und der Antrag auf Ueberweisung zur Erwägung angenommen.

Moriz Lewy wegen Reineids vor den Geschwornen.

(Telegraphischer Bericht.)

König, den 13. Februar 1901.

Der Prozeß gegen den Fleischergehilfen Moriz Lewy, der sich heute vor dem Schwurgericht des Igl. Landgerichts wegen wissen-schaftlichen Reineids zu verantworten hat, weil er unter seinem Eide im Verbreitungsgebiet des ermordeten Gymnasialisten Ernst Winter persönlich gekannt zu haben, bildet in hiesiger Stadt ein großes Ereignis. Schon lange vor Beginn der Verhandlungen drängt eine nach vielen Hunderten zählende Menschenmenge nach dem Hörsaal-raum des Schwurgerichtssaals. Eine große Anzahl Gendarmen sind in und vor dem Gerichtsgebäude zwecks Aufrechterhaltung der Ordnung postiert. Sehr zahlreich ist wiederum die Presse vertreten.

Den Gerichtshof bilden: Landgerichtsdirektor Schwedowitsch (Präsident), Landrichter Rißlow und Gerichtsassessor Rüttau (Beisitzer). Die königliche Staatsanwaltschaft vertritt der Erste Staatsanwalt Dr. Schweigger, die Verteidigung führen Rechts-anwalt Hugo Sonnenfeld (Berlin) und Rechtsanwalt Appel-baum (König).

Vor Eröffnung der Sitzung wird der Angeklagte aus dem Unter-suchungsgewahrsam vorgeführt. Er sieht auffallend blaß aus. Zu dem überfüllten Hörsaalraum haben sich sehr viele Damen ein-gefunden. Am Pflast steht der Verleger der „Staatsbürger-zeitung“, Wilhelm Bruhn aus Berlin. Der Präsident, Land-gerichtsdirektor Schwedowitsch, bezeichnet als vorlesende Zeugen den Präparanden Pelsinger und die Angeklagten des Mahlof-Prozesses. Bei der Auslosung der Geschwornen werden drei der-selben, Israeliten, vom Ersten Staatsanwalt Dr. Schweigger abgelehnt.

Auch der Oekonomierat Sorrmann aus Groß-Poglaw, der als liberal bekannt ist und als landwirtschaftlicher Sachverständiger im Prozeß gegen den Grafen v. Arnim-Schlagentin in Stettin häufig genannt wurde, wurde vom Ersten Staatsanwalt Dr. Schweigger als Geschwornener abgelehnt. Nach Bildung der Geschwornenbank werden die Zeugen aufgerufen und der Anklage-beschluß vorgelesen. Alsdann bemerkt der Präsident Landgerichtsdirektor Schwedowitsch, daß der Angeklagte zunächst am 22. Juni 1900 in Sachen Mahlof vom Untersuchungsrichter als Zeuge vernommen worden sei. Es sei ihm vorher ausdrücklich gesagt worden, daß er das Recht habe, sein Zeugnis verweigern zu können, wenn er straf-rechtliche Verfolgung befürchte. Der Angeklagte habe auf Verlangen gesagt, daß er den ermordeten Gymnasialisten Ernst Winter nicht gekannt habe. Auch nachdem ihm die Photographie gezeigt worden sei, habe er gesagt, er erinnere sich nicht, Winter gekannt zu haben.

Angeklagter Moriz Lewy:

Ich muß dabei bleiben, daß ich Winter nicht gekannt habe. — Präsident Landgerichtsdirektor Schwedowitsch: Angeklagter, Sie haben im Pflast-Prozeß, nachdem Ihnen eine Anzahl Zeugen gegenübergestellt worden waren, gesagt: Es sei möglich, daß Sie mit Winter gesprochen, zusammengekommen und sich auch begrüßt hätten. Sie hätten ihres Wissens Winter aber nicht gekannt. Dieselbe Aussage haben Sie im Mahlof-Prozeß gemacht. — Angekl.: Ich muß auch heute dabei bleiben, daß ich ihn nicht gekannt habe. Hätte ich Winter gekannt, so würde ich heute der Wahrheit die Ehre geben und es sagen. — Präsi.: Ich habe Ihnen schon im Pflast-Prozeß gesagt: Es ist kaum möglich, daß man in König mit Menschen spricht, zusammensteht, geht und sich begrüßt, ohne sich zu kennen. — Angeklagter: Ich kann mir wiederholen, daß ich Winter persönlich nicht gekannt habe. — Präsident: Angeklagter, Sie haben mit Winter doch mehrfach vor der Haustüre Ihrer Eltern zusammengestanden, mit ihm ge-sprochen. Sie sollen sogar noch am 11. März, des Nachmittags 2 Uhr mit Winter vor der Haustüre gestanden haben. Zeugen haben Sie in der Danziger- und Schloßauerstraße häufig gesprochen gesehen und mit Winter. Eine Zeugin hat bekundet: Sie hätten eines Abends mit Winter vor Ihrem elterlichen Hause gesagt: „Bleiben Sie doch noch einen Augenblick“. Winter soll darauf geantwortet haben: „Ich muß erst meine Schularbeiten machen; dann komme ich wieder.“ — Angeklagter: Das ist unklar. Die Zeugen können sich doch auch in meiner Person geirrt haben. Daß ich mit Winter zusammengekommen, mit ihm gesprochen und ihn begrüßt habe, das ist ja möglich. Aber meines Wissens habe ich ihn persönlich nicht gekannt. — Präsi.: Ihr Bruder Hugo Lewy steht Ihnen wenig ähnlich. Er trägt auch kein Wägenhaar? — Angekl.: Allerdings, sie können sich aber doch vielleicht irren. Die Zeugen haben auch verschiedenes ausgesagt. — Erster Staats-

anw. Dr. Schweigger: Was verstehen Sie darunter, Angekl., wenn Sie sagen: Sie hätten Winter gekannt und mit ihm gesprochen? — Angekl. Moriz Lewy: Ich kenne viele Gymnasialisten vom An-sehen, aber nicht persönlich. Trotzdem spreche ich mit diesen und grüße sie. Vielleicht bin ich auch mit Winter im Turnverein zu-sammen gekommen, da wir beide gute Turner waren. — Präsident Landgerichtsdirektor Schwedowitsch: Dann ist doch wohl an-zunehmen, daß Sie Winter gekannt haben? — Angekl.: Ich kann nur nochmals versichern, daß es mir nicht einfallen würde, Winter gekannt zu haben. — Danach ist die Vernehmung des Angeklagten beendet und es wird zur

Zeugenvernehmung

gegriffen. Eine große Zahl von Zeugen sagen gleichmäßig aus, daß sie den Angeklagten im Verkehr mit Winter gesehen haben. Dem-gegenüber bleibt der Angeklagte bei der Gegenüberzeugung, daß er Winter nicht gekannt habe, ein stichtiger Verkehr sei nicht aus-geschlossen. Wir geben deshalb nur einige besonders hervorzuheben-de Behauptungen nieder. Als erster Zeuge wird der Obersekundaner Mikulski aufgerufen. Derselbe bekundet: Ich habe Moriz Lewy mit Ernst Winter eines Abends zusammen gehen gesehen. Ich kann mich in den Persönlichkeiten gar nicht geirrt haben. Von Winter selbst habe ich nicht gehört, daß derselbe mit dem Angeklagten verkehrte. Winter war wenig mittelstark. — Präsi.: Deshalb haben Sie sich ein solch gleichgültiges Vor-sprechen gemacht, wie es der gemeinschaftliche Spaziergang Moriz Lewys mit Ernst Winter doch immerhin war, so genau gemerkt? — Zeuge: Weil mir auffiel, daß der Angeklagte mit einem Gym-nasialisten spazieren ging, den er nicht einmal in der Verhörtischen Pension, die sich im Lewyschen Hause befindet, kennen ge-lernt haben konnte. Ich glaube, daß ich Winter noch einmal vor dem Lewyschen Hause mit dem Angeklagten habe stehen sehen. Genau weiß ich das aber nicht mehr. — Zeuge Klempnergehilfe Schlichter: Ich habe Moriz Lewy mit Winter zusammen gehen und sprechen sehen. Auf weiteres Ver-fragen erklärt der Zeuge: Ich habe im Dezember 1900 in der Fischerischen Cigarrenhandlung in der Danzigerstraße einen Mann getroffen, den ich für einen Journalisten der „Staatsbürger-zeitung“ gehalten habe, da er die „Staatsbürgerzeitung“ sichtbar in der Tasche trug. Der Mann nannte sich Wienede. Er sagte, er müsse mich kennen und fragte, ob ich mich in meiner Aussage nicht irre. Der Cigarrenhändler Fischer winkte mir zu, daß ich nichts sagen solle. Wienede sagte, er sei Journalist und Antisemit. Er wohne in der „Antillenbude“ Rähm. Er forderte mich und meinen Freund, den Malergehilfen Löser, auf, mit zu Rähm zu kommen. Er wollte eine Lage Bier geben. Anfanglich haben wir uns geweigert, sind dann aber doch mitgegangen. Wienede hat zwei Lagen Bier gegeben und mich nochmals ge-fragt, ob ich mich nicht irren könne, Lewy mit Winter zusammen gesehen zu haben. Ich antwortete, daß ich mich nicht irren könne. Hat Tage später war Wienede wieder in der Fischerischen Laden Wienede sagte, wie ich dazu läme, zu behaupten, daß er mich habe zum Reineid verleiten wollen. Ich antwortete ihm, daß ich das nicht gesagt hätte. Wienede forderte mich auf, mit ihm eine Flasche Wein zu trinken. Ich sagte ihm: „Wie kommen Sie dazu, mit mir eine Flasche Wein trinken zu wollen. Wenn ich Journalist wäre und Sie ein Klempnergehilfe, dann würde ich Sie nicht dazu auffordern.“ Auf Wienedes wiederholte Einladung bin ich später mit ihm im Restaurant Malewski gewesen. Wienede hat hier wieder Bier ausgegeben; dann haben wir Billard gespielt. Ich habe verloren, aber Wienede hat trotzdem bezahlt.

Zeuge Hilfs-Gefangenenaufseher Ragorra: Ich bin früher Bodemeister gewesen. Winter fiel mir auf, weil er außer-gewöhnlich groß und kräftig war. Moriz Lewy kannte ich, weil ich früher Polizeibeamter in König war. Ich habe Winter mit Lewy mehrfach zusammen gehen, stehen und sich grüßen sehen. — Auf Verlangen des Verteidigers Rechtsanwalt Sonnensfeld giebt der Zeuge zu, daß infolge einer Vernehmung des alten Lewy wegen falscher Beurteilung einer Zustellung des Disziplinär-verfahrens gegen ihn eingeleitet worden sei und mit seiner Bestrafung endete. Es sei richtig, daß er angezeigt habe, Moriz Lewy habe sich an einer Schlägerei beteiligt. Er habe den Einbruch gehabt, daß, als sich Hugo Lewy mit dem Fleischer Davidsohn wegen eines Kalbs auf dem Warte prügeln, Moriz hinzugelassen sei und sich an der Prügelei beteiligen wollte. Es sei auch richtig, daß er wegen seiner schwachen Augen aus dem Bediensteten entlassen worden sei. Er brauche aber nur zum Lesen eine Brille. Sonst sehe er sehr gut und weit.

Frau Fräulein Gertrud Rügner bekundet: Ich lernte Winter in der Langsunde kennen und habe Winter mit Moriz Lewy bestimmt zweimal vor der Haustüre des Lewyschen Hauses stehen sehen. — Zeugin Dienstmädchen Hoppe: Ich habe 1899 bei dem Fleischer Hoffmann gedient. Winter ist oftmals dort gewesen. Lewy war auch einmal bei Hoffmann. Lewy ist mit Winter einmal durch die Danzigerstraße gegangen und hat mit ihm gesprochen. — Dienstmädchen Tuschel bekundet: Ich kannte Winter ganz genau, ebenso Moriz Lewy. Ich habe beide einmal zusammen gehen sehen. Wann das war, kann ich aber nicht sagen. — Zeugin Fräulein Meta Caspar: Selma Tuschel hat mir im Januar 1900 Winter vorgeführt. Ich war als-dann oftmals mit Winter auf der Eisbahn zusammen. — Präsident: Sie sollen Winter in Gegenwart Moriz Lewys in der Danzigerstraße auf die Schulter geklopft haben. Dabei soll Lewy gesagt haben zu Winter: „Nun können Sie das Fräulein wegen thätlicher Verleumdung verklagen. Ich bin Zeuge.“ — Zeugin Caspar: Das war meine Schwester Rosa. Diese klopfte aber nicht Winter, sondern dem Kaufmann Hugo Hartsof auf die Schulter. Ich selbst habe das nicht gesehen, aber Fräulein Lichtenberg erzählte mirs. Hartsof nannte meine Schwester „Lotte“, deshalb nannte sie ihn ebenfalls „Lotte“. Meine Schwester soll Hartsof auf die Schulter geklopft haben und gesagt haben: „Lotte, wo bleibst meine Eschokolade?“ Darauf soll Moriz Lewy gesagt haben: „Sie könnten das Fräulein wegen Körperverletzung verklagen. Ich bin Zeuge.“ — Präsi.: Angeklagter, es ist Ihnen bekannt, daß Lichte die diese Verleumdung machte. Deshalb haben Sie nicht gesagt: das war nicht Winter, sondern Hartsof? — Angekl. Moriz Lewy: Ich konnte mich nicht sofort erinnern. Der Gerichtshof beschließt hierauf: Rosa Caspar und Fräulein Lichtenberg als Zeuginen zu laden. Zeuge Gymnasialist Rahmel: Ich bin mit Winter sehr befreundet gewesen. Winter war sehr mittelstark. Ich habe aber weder einen Verkehr zwischen Lewy und Winter wahrgenommen, noch hat mir Winter von einem solchen erzählt. — Eine weitere Anzahl von Gymnasialisten sagen ähnlich aus. Alsdann wird die Verhandlung auf Donnerstagvormittag 9 Uhr vertagt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Protestkundgebung der Bäckergehilfen gegen die ge-plante Abänderung der Bäckerordnung fand am gestrigen Dienstag in nichts Festliches in der Weberstraße statt. In dem Referate wurde betont, daß die Gefahr, die Erwerbschancen der Bundesrats-Verordnung zu verlieren, infolge der Agitation der Bäckermeister und der Nachgiebigkeit der Regierung immer drohender werde. Mit dem Maximal-Arbeitstag würde auch bald der gesamte Bäcker-Arbeiterschutz fallen, für den die angekündigte Sanitätsverordnung für Bäckerorden keineswegs als Ersatz gelten könne. Nach lebhafter Debatte wurde von der Ver-sammlung folgende Resolution, die dem Bundesrat zugesandt werden soll, einstimmig angenommen: „Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen eine Umwandlung des zwölf-stündigen Maximalarbeitstags in eine zehnstündige Normalarbeits-zeit. Eine solche Maßnahme würde für die Bäcker-Arbeiter schwere Nach-teile mit sich bringen und die Ausbildung der Lehrlinge schädigen.“

Die Versammlung fordert von der Reichsregierung eine bessere Ueberwachung der Bäckerbetriebe und die Hinzunahme von Bäckergehilfen zu der Kontrolle. In Bezug auf die hygienischen Bestimmungen über die Beschaffenheit der Bäckereien, welche die Regierung erlassen will, ersucht die Versamm-lung den Bundesrat, die für den Umbau der den neuen An-forderungen nicht entsprechenden Bäckereien gewährte Frist von zehn auf fünf Jahre zu verkürzen. — Die Bäckermeister sind demgegenüber nicht müde. Sie wollen diese hygienischen Be-stimmungen wesentlich eingeschränkt wissen und werden demnachst eine Audienz beim Reichsstaatsrat v. Salow nachsuchen.

Achtung, Holzarbeiter! Zu der morgen stattfindenden Arbeitslosen-Vählung ersuchen wir diejenigen Mitglieder des Verbands, welche noch keine Vahlkarte haben, solche auf dem Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, in Empfang zu nehmen. Den oberen Teil des Vahlkarte füllen die Arbeitslosen aus, den unteren die in Arbeit stehenden Kollegen. Die ausgefüllten Vahl-karte werden von den Arbeitslosen auf dem Verbandsbureau ent-gegengenommen; in den Verstellen sammeln die Vertrauensleute dieselben ein und geben sie in der am 20. Februar stattfindenden Vertrauensmänner-Versammlung ab. Jedes Mitglied muß sich ver-pflichtet fühlen, einen Vahlkarte auszufüllen, nur dann ist es mög-lich, durch die aufzunehmende Arbeitslosen-Statistik ein wahrheits-getrautes Bild über die Existenzverhältnisse der Kollegen zu ge-winnen. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Unternehmerverband und Stadtverwaltung. Im Laufe des vergangenen Jahres haben die Unternehmer des Baugewerbes be-kanntlich den Versuch gemacht, alle staatlichen und kommunalen Ver-fahren für die Einführung der Streikklausel zu gewinnen. Bei den meisten hat ihr Versuch formell eine Abweisung erfahren, im ganzen konnten die Herren Baumeister mit den Antworten jedoch zufrieden sein, die Behörden werden zartere Rücksichtnahme üben. Der Stettiner Magistrat ist aber soweit gegangen, die Anerkennung der Streikklausel zu beschließen. Interessant ist es nun, zu erfahren, wie die Unternehmer gearbeitet haben, um ihr Ziel zu erreichen. Der „Stettiner Volksbote“ veröffentlicht einen Brief des Arbeit-geber-Verbands für das Baugewerbe zu Stettin an einen Bau-meister, der zu den Submittenten für städtische Arbeiter ge-hörte zu einer Zeit, als die Frage der Anerkennung der Streikklausel noch in der Schwebe war. In dem Submissionsvertrag, um den es sich damals handelte, war zum Ausdruck gebracht, daß aus dem Eintreten von Arbeiterstreiks ein Anspruch auf Entschädigung oder auf Ver-längerung der festgestellten Arbeitsfristen nicht hergeleitet werden dürfe. Mit Beziehung auf diesen Passus hieß es nun in dem Schreiben des genannten Unternehmer-Verbands:

„Die Anerkennung dieser Bedingung würde gleichbedeutend sein mit der Unterordnung des Arbeitgebers unter den Willen seiner Arbeiter. Um um unsrer Autorität dem Arbeitnehmer gegenüber nicht ganz aus den Händen zu geben, ist der Vorstand des Arbeitgeber-Verbands für das Baugewerbe zu Stettin bei dem Vorstand der Tiefbau-Deputation persönlich dahin vorstellig geworden, diesen Passus aus den Bedingungen zu streichen. In entgegenkommender Weise hat nun der Herr Bau-rat erklärt, daß, falls die sämtlichen Submittenten den Satz, betreffend den Ausbruch von Arbeiterstreiks, in der Bedingung streichen, und dafür die Streikklausel, d. h. daß bei Eintreten von Arbeiterstreiks der Fertigkeitstermin um die Dauer der Streiks hinausgeschoben werden muß, setzen, er dafür eintreten würde, daß infolge dieser Ab-änderung der Bedingungen die Angebote nicht für ungültig erklärt werden.“

Wir bitten Sie daher, im Namen untrer sämtlichen hiesigen Kollegen, zur Unterstüzung der Bestrebungen der Arbeitgeber-verbände in Ihrem Angebot den § 4 der Bedingungen in obigem Sinne abzuändern.

Dies Schreiben ist den sämtlichen Submittenten übermittelt worden.“

Untergriff.

Aus diesem Schreiben erhebt man wieder, welche trauere freud-schaftliches Verhältnis zwischen den Unternehmern und den Beamten der Kommune und des Staats vielfach besteht. Die Beamten nicht ihre gesellschaftliche Stellung zu den Unternehmern hin. Die Unternehmer haben keine großen Aktionen nötig, um ihren Wünschen Geltung zu verschaffen, wie etwa die Arbeiter. Es genügt, daß sie mit den betreffenden Herrn Rücksprache nehmen; ihre Anliegen finden in der entgegenkommendsten Weise Gehör. Auf die Stellungnahme gegen die Arbeiter, die darin liegt, daß den Unternehmern die Streikklausel gewährt wird, haben wir bereits hingewiesen. Das muß wohl auch der städtischen Ver-waltung eingeleuchtet haben, sonst hätte sie den § 4 in den Vertrag nicht aufgenommen. Die Einwirkungen, die sich hinter den Couffissen geltend gemacht haben, müssen sehr starke gewesen sein.

Ein Industrie-Verband der Nahrungsmittel-Arbeiter, in den der Bäcker-, Konditor-, Brauer- und Müllerverband aufgehen sollen, wird von den Rünberger Zahlstellen dieser Verbände an-gestrebt. Dieselben fahlen in einer gemeinsamen, ausgezeichnet be-suchten Versammlung die folgende Resolution:

„Die in den Centralstädten tagende allgemeine Versammlung der Brauer, Bäcker, Konditoren, Lebküchener und Müller erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden.“

Dieselbe erkennt an, daß die heutige Entwicklung der wirtschaf-tlichen Verhältnisse in einer Weise fortgeschritten, daß der Zusammen-schluß aller, innerhalb einer bestimmten Industrie-Gruppe vorhandener, Berufsorganisationen eine dringende Notwendigkeit ist.

Ferner erklärt dieselbe, daß in den jetzt bestehenden einzelnen Berufsorganisationen die Kräfte zerplittert und nicht in der Weise ausgenutzt werden können, wie dies im Interesse der Arbeiter, dem sich immer mehr konzentrierenden Kapitalismus gegenüber, not-wendig ist.

Die Versammlung ist ferner der Meinung, daß durch die Centralisation der Organisationen der Brauer, Bäcker, Konditoren und Lebküchener, sowie der Müller zu einem Industrie-Verband die Verwaltungskosten, sowie die für die Jagdzeitung vermindert und letztere an Umfang und Inhalt erweitert werden könnte.

Die Versammlung beauftragt daher eine aus neun Personen bestehende Kommission, welche aus den vier zunächst beteiligten Be-zirken bestehen soll, diese Resolution den beteiligten Central-Vorständen zuzustellen. So weit in nächster Zeit Verbandstage stattfinden, soll von denselben der Punkt: „Gründung eines Industrie-Verbands“ mit einem Referenten und Korreferenten auf die Tagesordnung gesetzt werden.“

Die Schneider Rünbergs treten im Frühjahr in eine Be-wegung ein, wie in einer stark besuchten Versammlung in gehemmer Abstimmung beschlossen wurde. Es soll die Einführung der Betriebswerksstätten und Aufstellung eines Lokalarbeits-dienstes. Auf die eingereichten Forderungen haben nur 13 Firmen von 77 eine teils direkt ablehnende, teils ausweichende Antwort ge-gaben.

In den Schufteri-Verken in Rünberg sind diese Woche zahlreiche Arbeiter entlassen worden, andern wurde die bevor-stehende Entlassung angekündigt. Auch wurden die Löhne bedeutend reduziert.

Ausland.

Die Schlächtergehilfen in Kopenhagen organisieren sich. Nachdem der große Schlächterstreik im Jahre 1899 teilweise verloren ging, weil die Schlächtergehilfen zu wenig Verständnis für die Be-deutung der Organisation hatten, war inzwischen ein Stillstand in den Organisationsbestrebungen eingetreten. In letzter Zeit haben aber mehrere erfolgreiche Versammlungen der Darmreinerer statt-gefunden und ein „Fachverein der Darmreinerer Kopenhagens“ ist entstanden, dem bereits alle Arbeiter dieser Branche beigetreten sind. Dieser Tage finden auch eine Reihe Versammlungen für Schlächter und Wurstmacher statt.

Ein Kampf um die Geseßlichkeit.

Der Streik in Calais ist beendet, die Arbeiter haben die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen — so berichtet vor einigen Tagen in lalonischer Kürze der Telegraph. Sein Wort weiter über den Kampf, seine Ursachen oder über die Folgen der Niederlage für die Arbeiter. Die Meldungen des Telegraphen haben sich bestätigt. Die Epigonen mühten sich, nachdem sie drei Monate gekämpft und kämpfend gefangen hatten, den Unternehmern auf Gnade und Ungnade ergeben.

Wenn je in einem Streik, so ist in diesem in wahrhaft heldenmütiger Weise gekämpft worden. Ihre ganze wirtschaftliche Existenz haben die Arbeiter bei diesem Kampfe eingesetzt. Mit welcher Ausdauer und Fähigkeit hier die Arbeiter ihr Recht verteidigt haben, dafür nur ein Beispiel: Als das Streikkomitee in den letzten Wochen die Beendigung des Streiks vorschlug, weil es sich außer Stande sah, den Hungernden zu helfen, sprach ein Weber auf und erklärte: „Bei Beginn des Streiks hatten wir zu Hause, wie Ihr wohl alle, keinen Pfennig Geldersparnisse. Vier Wochen später wurde meine Frau von einem Rinde entbunden, und ich mußte von Freunden einige Franken zusammenborgen, um das Nötigste zu beschaffen. Jetzt haben wir weder Kohlen noch Petroleum zu Hause — aber, Freunde, wir müssen weiter kämpfen, denn wir kämpfen für die Geseßlichkeit.“

Und in der That, es war ein Kampf um die Geseßlichkeit. Es handelte sich bei diesem Streik nicht um Lohnhöhen, sondern die Arbeiter forderten die Durchführung des Gesetzes betreffend die Frauen- und Kinderarbeit in gemischten Betrieben vom 31. März 1900. Bis dahin hatten die Arbeiter der Calais' Epigonenindustrie in 4 Schichten gearbeitet, die in die Zeit von morgens 4 bis abends 10 Uhr fielen. Die eine Kolonne arbeitete von 4 bis 9 Uhr morgens und von 1 Uhr mittags bis 5 Uhr abends, die andre von 9 bis 1 Uhr und sodann von 5 bis 10 Uhr abends. Man kann sich leicht vorstellen, daß die freien Stunden, die für die eine Kolonne auf die frühen Morgenstunden, für die andre auf die frühen Nachmittagsstunden entfielen, so gut wie gar keinen Wert für die Arbeiter hatten, namentlich sind die wenigen Stunden für eine ordentliche Ruhe ungenügend. Das bekannte Gesetz Millierand läßt für Betriebe, wo Frauen und jugendliche Arbeiter neben erwachsenen männlichen Arbeitern beschäftigt werden, für alle Arbeiter nur noch eine elfstündige Arbeitszeit zu. Außerdem aber verbietet es auch die Unterbrechung der einzelnen Schichten (équipes discontinues) d. h. der einzelne Arbeiter kann innerhalb 24 Stunden nur einmal zur Arbeit herangezogen werden und zwar bis zu höchstens 11 Stunden.

Die Fabrikanten waren nun auf den Vorschlag der Arbeiter eingegangen und hatten vom 1. Oktober ab zwei Schichten zu je acht Stunden eingeführt. Sie hielten das Abkommen aber nur wenige Wochen und veruchten, die alte Methode wieder einzuführen. Sie behaupteten, das Gesetz Millierand sei auf ihre Betriebe gar nicht anwendbar, da in denselben erwachsene und jugendliche Arbeiter und Frauen wohl nebeneinander arbeiten, die letzteren Kategorien aber eine von den Erwachsenen ganz verschiedene Beschäftigung hätten. Nun ist aber das Gesetz Millierand deswegen erlassen, um die Kontrolle über die Arbeitszeit der Frauen und Jugendlichen zu ermöglichen. So lange es erlaubt war, die erwachsenen männlichen Arbeiter länger zu beschäftigen, als jene, war jede Kontrolle unmöglich; nach den Bestimmungen des Gesetzes muß Beginn und Ende in gemischten Betrieben für das ganze Personal gleich sein. Die Calais' Fabrikanten sind denn auch, wie wir schon mitgeteilt, vom Kassationshof verurteilt worden; der höchste Gerichtshof entschied, daß ihre Betriebe den Bestimmungen des Gesetzes unterliegen.

Das letztere ist erst vor wenigen Wochen geschehen, der Streik brach aus, als die Fabrikanten ihre Abmachungen bezüglich des Achtstundentags durchbrachen. Drei Monate haben die Arbeiter gekämpft. Das Vermögen der Gewerkschaft war bald aufgebraucht, denn es waren etwa 2000 Arbeiter zu unterstützen. Die Epigonenbauer von Kottlingham (England) und die englischen Maschinenbauer haben eine einmalige Unterstützung geleistet. In den letzten Wochen aber waren die Mittel soweit erschöpft, daß die Streikenden nur noch 3 Fr., zuletzt gar nur noch 3 Kr. erhalten konnten. Trotzdem wurde noch vor kaum 10 Tagen die Fortsetzung des Streiks in geheimen Abstimmung mit 1700 Stimmen gegen 131 Stimmen von neuem beschloffen. Schließlich hat der Hunger die Ergeben müde gemacht, sie haben sich bedingungslos den Unternehmern ergeben müssen.

Dieser Zustand hat noch eine andre trübe Seite. War es auch am letzten Ende die vollständige Entblößung aller Subsistenzmittel, welche die Arbeiter zwang, die Waffen zu strecken, so steht doch auf der andern Seite fest, daß die Fabrikanten längst hätten nachgeben müssen, wenn sie nicht Streikbrecher gefunden hätten. Die Werkzeuge und sonstigen Werkzeuge, sowie das Material, die angefangenen Gewebe, sind in dieser Industrie sehr teuer und können leicht verderben, wenn sie nicht wenigstens in Ordnung gehalten werden. Vor allem aber mußten die Unternehmer ihren Kunden neue Muster vorlegen können, wenn sie nicht ganz verlieren wollten. Diese Liebedienste leisteten den Unternehmern die Streikbrecher, aber nicht Indifferente, nein, es waren organisierte Arbeiter. „L'Emancipation“, so nennt sich diese Gewerkschaft, hatte sich im Gegensatz zu der „Union“ gebildet; die letztere war es, die den Streik durchführte, die erstere ließ ihre Mitglieder in die Fabriken gehen, wo sie für 20 Frank pro Woche so viel Arbeit leisteten, daß die Unternehmer den Streik — wenn auch unter großen Verlusten — so lange aushalten konnten. Das schlimmste dabei ist, daß diese Gewerkschaft Anspruch darauf erhebt, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung zu stehen — ein großer Teil ihrer Mitglieder sind zugleich Mitglieder der französischen Arbeiterpartei (Guesdisten). Die Zeitung dieser Partei entbande den Genossen Delory, Bürgermeister von Lille, nach Calais, um die Dinge zu untersuchen. Delory mußte in seinem Bericht zugeben, daß die Behauptungen der Streikenden leider richtig seien. Auch die „Courbe du Travail“ von Paris entsandte einen Delegierten nach Calais, dessen Ermittlungen daselbe Ergebnis hatten. Die „Federation du Nord der französischen Arbeiterpartei“ (Eig. Lille) verurteilte das Verhalten der betreffenden auf das Schärfste und drohte ihnen mit Ausschluß aus der Partei, die „Emancipierten“ haben trotzdem noch wie vor den Streik geübt. Ihre Mitgliederlisten für das Jahr 1901 sind nun von der „Federation du Nord“ nicht mehr aufgestellt worden d. h. also, sie werden als Mitglieder nicht mehr betrachtet.

Als Entschädigung geben die Arbeitswilligen an, daß der Vertrag seiner Zeit nur zwischen der „Union“ und den Fabrikanten, nicht auch mit ihrer Vereinigung abgeschlossen worden sei, ferner, daß sie bezw. ihre Organisation wegen der zu ergreifenden Maßnahmen, namentlich bei Ausbruch des Streiks nicht befragt worden seien. Es mag noch hinzugesagt sein, daß in Calais die Arbeiterpartei seit Jahren gespalten ist und in erbitterter Feindschaft miteinander liegt; die verschiedenen sozialistischen Fraktionen haben dort ihre Anhänger; dieser Umstand dürfte die letzte Ursache der bedauerlichen Erscheinung sein, daß sich Klasse an Klasse Arbeiter dazu hergaben, ihren Arbeitsbrüdern in den Rücken zu fallen.

Das kann natürlich nur eine Erklärung, niemals eine Entschädigung solcher Handlungsweise sein. Dieses Vorkommnis zeigt wieder, daß unsere französischen Parteifreunde alles daran zu setzen haben, eine Einigung herbeizuführen, damit das Schauspiel gegenseitiger Verflechtung der Arbeiter nicht der Welt noch ein zweites Mal geboten werde.

Die neuesten Nachrichten gehen dahin, daß die Unternehmer 1200 Arbeiter zurückgewiesen haben, trotzdem Arbeit genug vorhanden ist. Der Grund ist durchsichtig. Die Fabrikanten wollen durch Ausbesserung der Arbeiter die Regierung zwingen, die alte Arbeitsmethode wieder zuzulassen. Sie hoffen, daß die zur Verweisung getriebenen Arbeiter die ehemalige Schichtarbeit selbst wieder verlangen werden.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Freie Volkshöhle. Sitzung, Mitglieder der II. Abteilung! Die zum 10. angekündigte „Meister Delze“-Ausführung, welche ausfallen mußte, wird voraussichtlich in der nächsten Woche für die Mitglieder der II. Abteilung in einer Abendvorstellung (Anfang 8 Uhr) stattfinden. (Siehe Sonntags-Inserat). — III. Abteilung: Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 2½ Uhr im Karl Weich-Theater: „Meister Delze“. (Gustav Kober a. G.)

Friedrichshagen. Die nächste Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet am Sonnabend, 16. Februar, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal C. Conrad, Friedrichstr. 137, statt. Reichstags-Abgeordneter Genosse H. Wollensbuh spricht über: „Beiträge zur Geschichte des preussischen Proletariats in den letzten zwei Jahrhunderten.“ Den Mitgliedern wird hiermit der Beschluß der letzten Generalversammlung, daß von jetzt ab die Vereinsversammlungen wieder regelmäßig am Sonnabend nach oder auf dem 15. jeden Monats stattfinden, in Erinnerung gebracht. Der Vorstand.

Kommunales.

Als Leiter des höheren städtischen Schulwesens ist Professor Dr. Schwabe, der Direktor des Dorotheenstädtischen Realgymnasiums, am Dienstagabend von dem mit der Vorbereitung der Wahl betrauten Ausschuss in Vorschlag gebracht worden. Schwabe ist seit dem Jahre 1879 Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung und gehört der alten Fraktion der Linken an.

lokales.

Grabdenkmal für Liebscht. In der „Rheinischen Zeitung“ regt ein Bildhauer an, zur Beschaffung eines würdigen Liebscht-Denkmal ein Wettbewerben unter den organisierten Bildhauern zu veranstalten. Er schreibt: Als dem verstorbenen Genossen Gröbenberger ein Denkmal errichtet wurde, ist es in den Kreisen der Kollegen aufgefallen, daß man sich mit der Ausführung nicht an die Arbeiter, an die organisierten Bildhauer gewandt hat. Es giebt unter diesen künstlerische Kräfte, die der Aufgabe, für einen proletarischen Vorkämpfer ein würdiges Denkmal zu gestalten, wohl gerecht werden können, ja vielleicht eher als ein Großer der Kunst, dem bei dem Werk, was proletarischen Geist atmen soll, die rechte Begeisterung und Hingabe fehlt. Ich möchte nun bei dem Denkmal, das Liebscht, dem großen Freund und Vorkämpfer der Arbeitersache gesetzt werden soll, anregen, daß ein Wettbewerb unter den organisierten Bildhauern veranstaltet wird; ich bin überzeugt, daß daraus ein würdiges Werk hervorgeht, und die Arbeiterpartei nicht nötig hat, zur Ehrung ihrer toten Führer bürgerliche Kräfte in Anspruch zu nehmen.

Die Arbeiter des städtischen Gasrohrsystems befinden sich zur Zeit in einer mißlichen Lage. Als ein Teil derselben, in der Meinung, daß es beim Rohrlegen wohl doch keine Winterarbeit gebe, sich schon vor Weihnachten nach anderer Arbeit umsehen wollten, wurde ihnen gesagt, sie könnten den ganzen Winter bei der städtischen Verwaltung arbeiten. Als aber dann im Januar der scharfe Frost einsetzte, wurden an einem Tage etwa siebzig Mann entlassen und einige Tage später bedeutete man auch den übrigen, daß des Frostes wegen nicht weiter gearbeitet würde und diejenigen, welche während des letzten Jahres erst eingestellt worden sind, sollten sich nur andre Arbeit suchen. Seitdem ruht der Betrieb in dem genannten städtischen Arbeitszweig fast gänzlich, und da es den betroffenen Arbeitern natürlich um diese Zeit trotz eifrigen Suchens nicht gelingt, andre Beschäftigung zu finden, da sie auch bei dem verdienten Stundenlohn von 35 Pf. keine Ersparnisse machen konnten, so kann man sich denken, wie traurig die Lage dieser Arbeitslosen ist, die, obgleich schon seit einiger Zeit milderer Witterung eingetreten ist, immer noch vergebens bei der Verwaltung des Rohrsystems um ihre Wiedereinstellung nachsuchen. Die Arbeiter sind der Meinung, daß der scharfe Frost, welcher zur Zeit noch herrscht, kein so großes Arbeitshindernis ist, als daß man nicht wenigstens die älteren Arbeiter beschäftigen könnte. Sie weisen darauf hin, daß die Verwaltung der Wasserwerke ihre Rohrleger-Arbeiter nicht eingestellt und die Arbeiter ohne Unterbrechung weiter beschäftigt hat. — Im Interesse der beschäftigungslosen Arbeiter des Gasrohrsystems wollen wir wünschen, daß die Verwaltung den Betrieb bald wieder aufnimmt und somit der traurigen Lage der Arbeitslosen ein Ende macht.

Wie man wohlthut! André Chenier, rühmlichst bekannt aus der Zeit der französischen Revolution durch seine reizenden Gedichte, schrieb auch eine lehrreiche kleine Geschichte über die damalige Not, welche man durch Festlichkeiten zu beilegen suchte. Wenn man derartige Veranstaltungen bereits vor mehr als 100 Jahren ins Lächerliche zog, so ist wirklich zu bedauern, daß noch heute bei uns diese sogenannten „Wohltätigkeitsfeste“ mehr denn je grassieren. Unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit veranstalten lustige Persönlichkeiten Feste und Vergnügungen und fällen sich erhaben in dem unerklärlichen Bewußtsein, das Übrige zum Wohle der Armen beizutragen zu haben. Hinter dem äußeren Schimmer dieses Wohlthuns verbirgt sich aber ein höchst eigenartiges Arrangement solcher Feste.

Rachdem die Herrschaften das Geld zur Bestreitung der Unkosten durch Sammlungen ausdringlicher Art zusammengebracht und dem gutmütigen Besitzer die kostlose Ueberlassung seines Saals abgenötigt haben, müssen die großen Konstante herhalten und unzählige Wertgegenstände für die beliebte „Tombola“ spenden. Es wird oft auf diese Weise von wirklich wohlthätigen Leuten ein Wert beispielsweise von 22—24 000 M. in das Fest hineingesteckt, damit das verehrliche Komitee im glücklichsten Fall einen Erlös von circa 8000 M. für die Armen veröffentlichen kann. Die Differenz aber von 14—16 000 M. wird lediglich für das Amusement ausgegeben!

Es wäre in der That besser, diese Mittel direkt zu verwenden, damit sie der ärmeren Bevölkerungsklasse wirklich zu gute kämen.

Die Wahrheit unfer Behauptungen wird durch folgende Zeitschrift aus meinem Besitze bekräftigt:

„Jüngst besuchte ich das Winterfest zum Besten der schulentlassenen Jungen, weniger des Vergnügens halber, als zu dem Zwecke, dort Studien zu machen. Ich informierte mich genau über die Kosten für Herstellung und Ausstattung der verschiedenen „Buden“ und gewann die Ueberzeugung, daß die hierfür zu erzielenden Einnahmen die Ausgaben nicht im entferntesten erreichen würden. Da war z. B. ein photographisches Kunstwerk-Atelier. Von einem Eingeweihten erfuhr ich, daß dasselbe von dem großen Geschäftsbaukostenlos errichtet wurde. Letzteres mußte aber circa 350—400 M. allein für die Ausstellung des Ateliers und die Herstellung der Bilder bezahlen.“

Gegen Schluß des Festes erkundigte ich mich bei dem Atelier, ob die Einnahme, welche laut Festprogramm „der Klasse des Unterstützungsfonds überwiesen wird“, befriedigend gewesen ist. Man antwortet mir: „O ja, ca. 250 M.“ Damit also 250 M. zusammengebracht werden, muß ein Geschäftsmann bare 400 M. opfern! Mit andern Worten: der Geschäftsmann zahlt 400 M. Davon erhalten

die Armen 250 M. und die Reichen amüsieren sich für die ganzen 400 M. Er zahlt also, ohne es zu wollen, nur einen geringen Teil für die Armen, das Ganze aber für die Wohlthäter, damit dieselben sich vor allen Dingen amüsieren und ihrer großen Wohlthätigkeit rühmen können.

Berliner Strafkammer-Vorsitzende. Herr Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht schreibt uns: „Zu der in Nr. 31 des „Vorwärts“ enthaltenen Notiz über den Landgerichts-Direktor Oppermann möchte ich eine kleine Ergänzung liefern.“

Stellvertreter Oppermann ist Landgerichtsrat Braun, unter dessen Vorsitz erregte Zusammenkünfte mit der Verteidigung gleichfalls schon mehrfach vorgekommen sind. Da mir seine Eigentümlichkeiten bekannt waren, kam ich am 7. d. M. mit dem festen Vorsatz zu einem Termin, durch eifrige Ruhe jeden Konflikt von vornherein unmöglich zu machen.

Als ich zuerst um mich über die Geschäftslage zu orientieren, das Zimmer gegen 10¼ betrat, fand ich den Vorsitzenden in großer Aufregung.

Ein Zuschauer hatte den Zuschauertraum verlassen, ein anderer war eingetreten. Das gab Anlaß zu gereizten Bemerkungen und Zurechtweisungen von Seiten Brauns, die etwa dahin lauteten: Die Leute schienen sich einzubilden, sie könnten hier spazieren gehen und beschimpfen. Der Gerichtsdienner blieb natürlich auch nicht ruhig, lief in den Zuschauertraum und bedeutete dem Publikum getreu der angelegenen Tonart: „es sei doch hier kein Laubengang!“

Das Verhör des Angeklagten bestand im Wesentlichen aus einem Bericht des Vorsitzenden über den Anklagevorfall. Als der Angeklagte seine Entschuldigungsgründe vorbrachte, wurden sie als „Ausreden“ und „Wärgebänder“ bezeichnet. Braun äußerte u. a.: Er begreife nicht, warum sich der Angeklagte bei dieser einfachen und klaren Sache wie ein Löwe wehre.

Als ein Zeuge einige vielleicht nicht mehr ganz zur Sache gehörige Sätze von sich gab, fielen Bemerkungen wie „Vorträge halten“. Das war noch alles „friedlich“. Aber es sollte anders kommen.

Ein Zeuge hatte einen Satz ausgesprochen, dessen Sinn ich näher feststellen wollte. Ich begann die dahin zielende Frage mit den Worten: „Herr Zeuge, Sie haben vorherin gesagt“. Schon fiel der Vorsitzende erregt ein: „Das ist keine Frage, das ist keine Frage!“ Ich erinnerte mich meines Vorleses und konstatierte einfach um: „Wie haben Sie das gemeint, wenn Sie vorherin gesagt haben...“ Der vorgelegene Satz war gefallen, ich hatte mir ihn sogleich notiert, der Vorsitzende hatte ihn zum Ausgangspunkt einer längeren Reihe von Fragen gemacht, es bestand kein Zweifel. Braun wandte sich indes, noch ehe der Zeuge geantwortet hatte, in äußerst erregtem Tone an mich: „Das hat der Zeuge nicht gesagt, das hat er nicht gesagt. Ich verbitte mir, daß Sie dem Zeugen Forderungen unterstellen (oder „unterschieben“), die er nicht gemacht hat.“ Nun ließ mir die Wille über; ich wies solche Vorhaltungen und Vorwürfe nachdrücklich zurück und sah mich schließlich, da der Vorsitzende nicht einlenken wollte, zu der Erklärung veranlaßt: Die Verhandlung, die Sie hier der Verteidigung zu teil werden lassen, ist in höchsten Grade unangemessen. Wenn das Interesse meines Mandanten mich nicht zurückhielte, würde ich nicht eine Sekunde länger in diesem Saale bleiben. Ich habe mir fest vorgenommen, jedem Konflikt aus dem Wege zu gehen. Das scheint aber bei Ihnen nicht möglich zu sein.“ Die Antwort Brauns war etwa: „Wollen Sie uns noch länger Vorträge halten?“, worauf ich die Erörterung mit dem Bemerkten schloß, daß ich mich an andre Instanzen wenden würde.

Wie es um die Braunsche Prozessleitung bestellt ist, zeigt ein Fall, in dem ein Zeuge eine bestimmte Behauptung gemacht hatte. Braun hielt ihm als angeblich positiv feststehend etwas Abweichendes vor, worauf der Zeuge bedenklich und schwankend wurde. Die Behauptung des Zeugen wurde zum Glück durch andre Zeugen bestätigt, die die Braunsche „Feststellung“ vollends entkräfteten.

Ich möchte noch erwähnen, daß der frühere Staatsanwalt, jetzige Landgerichts-Direktor Diez am Landgericht II Berlin vor nicht langer Zeit auf eine Frage des Verteidigers an einen Zeugen (Gendarm) dem Zeugen zurief: „Antworten Sie doch! Sie können sich lebhaft vorstellen, daß das Gericht die Frage für unerheblich hält; aber antworten Sie doch!“

Zum Glück sind Vorsitzende solcher Art in Berlin eine Ausnahme; und damit ist zugleich erwiesen, daß für ihr Verhalten nicht etwa eine Ueberlastung verantwortlich zu machen ist.“

Achtuhr-Ladenschluß. Der Centralausschuß hiesiger kaufmännischer Verbände zur Herbeiführung des Achtuhr-Ladenschlusses hat es sich zunächst zur Aufgabe gesetzt, auf das Publikum einzutwirken, daß es seine Einkäufe möglichst vor 8 Uhr abends besorge. Zu diejenigen Geschäftsinhaber, die bereits um 8 Uhr schließen oder einen allgemeinen Schlußschluss wünschen, sollen zum Ausbuhung in den Geschäftsräumen zwei Plakate zur Verteilung gelangen, die folgende Aufschrift tragen: 1. Dem verehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß 8 Uhr abends Geschäftsstillstand ist. 2. Das verehrte Publikum wird höflich gebeten, die Einkäufe vor 8 Uhr abends zu besorgen. Es darf wohl angenommen werden, daß sowohl die Mitglieder der dem Centralausschuß angehörenden Verbände, wie auch ein großer Teil der Käufer diese Behauptungen in entsprechender Weise unterstützen werden.

Bei der Volkszählung ist jetzt die Aufzählung der Berliner Zahlarten durchgeführt. Dabei sind 1884 151 Einwohner ermittelt worden. Es wurden am 1. Dezember 1900 901 805 männliche und 982 348 weibliche Personen gezählt. Der Ueberfluß der weiblichen über die männlichen Personen beträgt also 80 541. Auf 9 Räume kommen demnach ungefähr 10 Frauen in Berlin.

Für den Neubau der städtischen Gasanstalt an der Müllerstraße, deren Verlegung nach außerhalb bevorsteht, ist auf Tegeler Gebiet an der nach Spandau führenden Straße bereits ein großes Waldgebiet abgeholzt und plantiert worden. Das Terrain erhebt sich von der Schwarzen Brücke bis zu den am Tegeler See gelegenen Anlagen der städtischen Wasserwerke.

Frostschäden. Aus allen Teilen der weiteren Umgegend von Berlin kommen Klagen, daß der Weizen erfroren ist. Aus der Uckermark wird berichtet, daß englischer Weizen total erfroren und aus dem Uckermarkter und Franckensteiner Weizen wenig zu hoffen ist. Ähnlich trübe lauten die Nachrichten aus dem Templiner Kreise. Aber auch aus Sommer, aus Westenburg usw. mehrten sich die Klagen über die verlorene Weizenernte.

Nach dem Tauwetter voriger Woche hat sich eine harte Eiskrinde gebildet, die die jungen Sprößlinge vernichtet.

Aufgehoben hat das Provinzial-Schulkollegium die von ihm kürzlich erlassene Verfügung, nach welcher in den hiesigen Schulen mit Draht gebundene Schulhefte nicht mehr zur Verwendung kommen dürfen. Die Veranlassung zu der Verordnung hatte ein eigenartiger schwerer Unfallsfall gegeben. Ein Schüler hatte sich an dem Draht eines Sarcobests eine leichte Verletzung zugezogen. Es entstand eine Blutvergiftung, die den Tod des Schülers zur Folge hatte.

Die Fabrikanten von Schulheften wurden durch die neue Verfügung empfindlich geschädigt und waren wiederholentlich bei der Behörde wegen Aufhebung der Verfügung vorstellig geworden. Nachdem sie sich nunmehr verpflichtet haben, zum Festen der Bücher nur Drahtarten zu verwenden, welche nicht leicht rosten und den Bestand der mit altem Draht gebundenen Bücher zu vernichten, ist das Verbot, wie eingangs erwähnt, aufgehoben worden.

Großer Mangel an Trostentwischern soll nach einer Mitteilung in einigen Berliner Zeitungen gegenwärtig vorhanden sein.

nus dem Grunde habe die Personen-Lohnführerwerk-Jungung eine Fahrschule eingerichtet, die geeignete Kräfte auszubilden will. Es wäre sehr sonderbar, wenn bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit, die auch unter den Berliner Ausländern nicht gering ist, Mangel an Droßkufen-Lüschern sich bemerkbar machen sollte. Wohl aber ist bekannt, daß der Verdienst der Droßkufenführer fortgesetzt herabgedrückt wird, da ihnen die Straßenbahn eine immer empfindlichere Konkurrenz macht. Nicht selten passiert es, daß heute der biedere Koffelkater den ganzen Tag vergebens auf einen Fahrgast wartet und nach 12 Stunden Dienst hungrig und frierend ohne Verdienst heimkehrt. Solcher sehr unsicheren Erwerbshätigkeit mag wohl mancher den Mühen leben, und man sucht die Jungung neue Kräfte für die jammervolle Stellung heranzuführen. Die Enttäuschung für die Schüler der Fahrschule wird nicht ausbleiben.

Wo bleibt die Schutzvorrichtung? Von einem elektrischen Straßenbahnwagen überfahren und tödlich verletzt wurde vorgestern nachmittags in der Köpnickstraße, Ecke Michalekstraße, die dreizehnjährige Schülerin Martha Reich aus Schöneberg. Das Mädchen hatte an der Haltestelle der genannten Straßenbahn einen Motorwagen verlassen und wartete einen Augenblick, um einen aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Accumulatorenwagen vorbeifahren zu lassen. Die Kleine hatte aber nicht bemerkt, daß jenen ein zweiter Wagen der Linie Schlesiendes Thor-Schöneberg folgte und lief gegen die Vorderplattform desselben. Das Kind wurde zu Boden gerissen und eine Strecke fortgeschleift. Als der Wagen endlich zum Stehen gebracht wurde, hatte das Kind bereits schwere innere Verletzungen erlitten. In fast hoffnungslosem Zustande wurde die Kleine in dem Krankenhaus Verhanien zugeführt.

Ein Zusammenstoß eines Eisenbahnwagens mit einem Straßenbahnwagen der „Großen Berliner“ fand vorgestern nachts um 1/2 Uhr in der Köpnickstraße statt. Zwischen dem schlesiendes Güterbahnhof und der städtischen Gasanstalt in der Gitschinerstraße verkehren noch allnächtlich Kohlenzüge. Diese fahren langsam durch die Eisenbahn, Stalinger- und Gitschinerstraße, während ein Eisenbahnbeamter vor der Maschine hergeht und durch Klingeln an den Straßenübergängen etwa herankommende Fußwege warnt. Ebenfalls verkehrt nachts in der Köpnickstraße ein Dienst-Motorwagen über die Köpnickstraße nach der Köpnickstraße zu herangefahren, als der Kohlenzug vom schlesiendes Bahnhof herandampfte. Der Führer des Motorwagens wollte wohl je nach dem Vorzeichen des Eisenbahnzuges das Gesele kreuzen, hatte jedoch die Entfernung von dem letzteren falsch bemessen; der Wagen stieß mit voller Gewalt auf die langsam fahrende Lokomotive. Der Anprall erfolgte mit solcher Heftigkeit, daß die Maschine des Kohlenzuges stark beschädigt wurde. Der Führer derselben wurde eingedrückt und die Kolbenstange verbogen. Auch der Straßenbahnwagen wurde nicht unerheblich beschädigt, während Personen glücklicherweise nicht verletzt wurden. Der Kohlenzug mußte so lange auf dem Gesele stehen bleiben, bis vom schlesiendes Bahnhof eine Ersatzmaschine zur Stelle kam.

Von den neuen Gasglühlicht-Laternen werden jetzt drei in der Friedrichstraße zwischen der Kreuziger- und Kronenstraße probeweise aufgestellt. Es handelt sich um Versuche, die mit einem neuen Licht gemacht werden, das an Helligkeit alle bisherigen Lichtarten übertrifft und sich für die Straßenbeleuchtung besser als elektrisches Licht bewähren soll. Die Laternen werden an Krägermasten befestigt, die mit Auslegern versehen und etwas niedriger sind als diejenigen, an denen die elektrischen Vogenlampen hängen.

Zu einem unerwarteten Ergebnis haben die Nachforschungen bezüglich der seiner Zeit gemeldeten Damannschen Einbrüche geführt. Die Damannsche Eheleute, die von ihrem Wohnort Pichtenau aus ihre Streifzüge durch Berlin unternahmen, haben entgegen der anfänglichen Annahme schon etwa ein Jahrzehnt hindurch die Reichshauptstadt unsicher gemacht und mit der aus drei Köpfen bestehenden gewerbetreibenden Epithetenbande Schälze und Genossen gemeinsam gearbeitet. Die letzteren konnten gleichfalls eingesperrt werden. Eine Hausdurchsuchung bei ihnen förderte Sachen zu Tage, die Damann eingebracht hatte; umgekehrt wurden in Gegenständen, die bei Damann beschlagnahmt waren, Deutsche aus Schälzchen Einbrüche erlitten. Auf das Konto der Banden entfallen insgesamt 40 Einbrüche, aus denen die Bestohlenen ihr Eigentum erlitten haben und die Diebe als überführt gelten können. Die Gehehner, bei denen die beiderseitige Beute Absatz fand, sind in den Nachbarorten Charlottenburg, Spandau, Kirdorf, in Kistrin, ja auch in Pichtenau ermittelt. Verschiedene Gehehler sind Inhaber von Wirtschaften mit Mädchenbedienung. Andre wurden auch in Leipzig und in mehreren Orten der Provinz Schleswig-Holstein durch Photographien bekannt, die sich in Damanns Besitz befanden. Im ganzen wurden acht Gehehler erbeutet. Je nach der Gefahr, die der Absatz der Diebesware mit sich bringen konnte, wurden die erbeuteten Stücke an näher oder fernere wohnende Gehehler befördert.

Durch einen Pfennig verraten wurde der Gehehle Groß von der 3. Schwadron des 1. Garde-Dräger-Regiments, der einen Studentenwagen eine Geldtasche mit 23 M. entwendet hatte. Er hatte sich, um die Geldtasche zu vernichten, auf die Wastube begeben und die Tasche dort in den Ofen geworfen. Das war später aufgefallen und der Ofen wurde durchsucht. Während die Geldtasche verbrannt war, fand sich ein neuer Pfennig vor, den der Bestohlene besessen hatte. Er wurde nun in Haft genommen.

Zu erschienen versuchte sich auf dem hiesigen Anhalter Bahnhof bald nach seinem Eintreffen am Dienstagabend um 11 Uhr der 21 Jahre alte stellunglose Kaufmann Fritz Schälze aus dem

Boigklande. Dort hatte er im Januar seine Stellung verlassen, um sich anderswo zu versuchen, konnte aber nicht finden, was er suchte. In Wrielen an die Eltern und den früheren Prinzipal schiedert er, wie er keine Stellung habe finden können, daß ihm das großstädtische Leben nicht zugehe, es ihm daher schlecht ergangen sei und er in steter Angst geschwebt habe, sein letztes Geld ausgeben zu müssen. In dieser Zwangslage habe er sich entschlossen, bei einem Bauern Dienste zu nehmen und allerlei ihm nicht geläufige Arbeiten zu verrichten. Das Leben habe er endlich auch satt gehabt und nun (trotz des Geldes: das noch 87 M. betrug) den Ausweg des Selbstmordes gewählt. — Der junge Mann hat nun zwar seine Absicht nicht erreicht, sich aber schwer verletzt. Er brachte sich an einem Revolver zwei Schüsse in den Kopf bei und wurde in ein Krankenhaus übergeführt.

An Alkoholvergiftung gestorben ist der 47 Jahre alte Kellner Otto Jahn, der vom 19. Polizeirevier dem Gewohrsam am Alexanderplatz eingeliefert worden war. Als ein Beamter am Dienstagmorgen seine Zelle betrat, war er tot.

Im 200. Sirenkonzert des Organisten Bernh. Jergang, heute, Donnerstag, 7-8 Uhr in der Heilig-Kreuz-Kirche (Hallesches Thor) haben ihre Mitwirkung angelagt Frau Adelina Sandow-Herms (Alt), Frl. Marie Bluhm (Soprano) und der königl. Kammermusiker Herr Eugen Sandow (Cello). Der Eintritt ist frei.

Internationale Ringkämpfe im Circus Schumann. Der vorgestrige Abend brachte wieder aufregende Kämpfe. Als erstes Paar traten sich entgegen die beiden Pariser Sabes II und Kozel. Nach einem an interessanten Momenten reichen Kampf konnte Sabes II seinen Gegner in 16 Minuten auf beide Seiten drücken. Start-Hamburg besiegte den Belgier Victorius Selde in 3 Minuten. Arr-Hamburg mußte große Anstrengungen machen, um den kleineren aber äußerst zähnen Pariser Vorange regelrecht zu werfen. Es gelang ihm dies in 15 Minuten.

Ein neuer Verkehrsplan für Charlottenburg ist im Verlage von Nechling erschienen. Der Preis in färsfärdiger Ausführung beträgt 1 M., in dreifärdiger Ausführung 50 Pf. Der sehr übersichtliche Plan berücksichtigt die neuen Straßenprojekte und umfaßt die Gebiete von Kolonie Grunewald, Schmaragdort, Wilmersdorf, Schöneberg und Berlin bis zur Universitäts- Die Ausführung ist eine gute.

Aus den Nachbarorten.

Einen überwältigenden Sieg haben unsere Parteigenossen in Lichtenberg bei den gestrigen Wahlen zur Gemeindevertretung errungen. Unsere sämtlichen Kandidaten sind mit erdrückender Mehrheit gewählt worden. Es erhielten im 1. Bezirk Brauer 356, Weißflud 354 Stimmen, der Gegner 91 Stimmen; im 2. Bezirk Kette und Wedemeyer je 400, der Gegner 40 Stimmen; im 3. Bezirk Treue und Zimmermann je 587, der Gegner 23 Stimmen; im 4. Bezirk Weid und Franke je 403, der Gegner 31 Stimmen.

Dieser bedeutende Sieg läßt die Hoffnung nicht ansichtslos erscheinen, daß unsere Genossen auch in der zweiten Wählerklasse Erfolge erringen werden.

Es kann keine treffendere Antwort auf das Mißtrauen geben, mit der sich die preussischen Minister im Reichsparlament über das Vordringen der Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen äußern, als wenn die Bevölkerung sich selbst unter der Klassenwahl zur Schaffung sozialdemokratischer Mehrheiten in den Ortsparlamenten aufrafft.

Gemeindevahlen in Lichtenberg. Die zweite Wählerklasse soll heute, Donnerstag, den 14. Februar, in der Zeit von 3-6 Uhr nachmittags acht Gemeindevorwähler wählen. Laut Beschluß der öffentlichen Wählerversammlung sind von unserer Partei, da die leidige Hausbesitzerfrage gelöst, 8 Kandidaten aufgestellt.

Für den ersten Bezirk sind
Vorwähler Bernhard Weißflud,
Schriftföher Karl Weid,
Kirchenrat Franz Wedemeyer,
Maurermeister Herrn Zimmermann,
Eigentümer Ferd. Franke;

für den zweiten Bezirk:
Schauführer Oswald Brauer,
Kartonnfabrikant Otto Krauß,
Sargfabrikant Adolf Schälze,

als Kandidaten normiert.

Abne jeder Wähler seine Pflicht, damit es uns gelingt, ein gleich gültiges Resultat, wie in der dritten Klasse, auch in der zweiten zu erzielen.

Der Niddorfer Gewerbedeputation ist jetzt auf Anregung eines sozialistischen Mitglieds ein Jahresbericht des städtischen Arbeitsnachweises vorgelegt worden. Die Zahlen für das Jahr 1900 sind folgende: 1482 Arbeiterverlangten zur Beschäftigung 2185 Personen, darunter 1716 männliche, 375 weibliche und 94 unter 16 Jahren. Gesucht wurden 472 gelehrte Arbeiter, 71 Fabrikarbeiter, 1173 ungelernete Arbeiter für die verschiedenartigen handwerklichen Betriebe, 155 Dienstmädchen, 92 Arbeiterinnen für Fabriken, 128 Arbeiterinnen für andre Betriebe, 8 Lehrlinge, 83 jugendliche Arbeiter für Fabriken und 48 jugendliche Arbeiter für sonstige Betriebe. — Der Nachfrage nach 2185 fand ein Angebot von 3503 Arbeitskräften gegenüber. Es boten sich an 2942 männliche, 323 weibliche und 238 jugendliche Personen unter 16 Jahren. Davon waren 552 gelehrte Arbeiter, 167 Fabrikarbeiter, 2123 andre ungelernete Arbeiter, 48 Dienstmädchen, 115 Fabrikarbeiterinnen, 124 andre Arbeiterinnen, 3 Lehrlinge, 60 jugendliche Fabrikarbeiter und 175 jugendliche Arbeiter der verschiedensten Art. — Arbeit nachgewiesen erhielten von den 3503 Arbeitssuchenden nur 1813, die sich wie folgt verteilten: 379 gelehrte Arbeiter, 72 Fabrikarbeiter, 1056 andre ungelernete Arbeiter, 83 Dienstmädchen, 56 Fabrikarbeiterinnen,

76 andre Arbeiterinnen, 1 Lehrling und 74 jugendliche Arbeiter, wovon 35 in Fabriken untergebracht wurden. — Telephonische Gespräche wurden 1073 geführt.

Ein großes Fischsterben in den Gewässern der Spree und Havel unterhalb Charlottenburgs macht sich schon seit längerer Zeit in gewissen Zwischenräumen bemerkbar. Dadurch hat sich die Fischerei-Genossenschaft von Tiefwerder-Pläse 16 Dorf, welche dieses Wasser auf den Umfang, daß mit schädlichen Stoffen vermischte Abfluswasser von den chemischen Fabriken in die beiden Flüsse geleitet werden, zurückführt, veranlaßt gesehen, eine De-Lohnung von 100 M. für denjenigen auszusuchen, welcher die Urheber der den Fischen so schädlichen Verunreinigung des Fluswassers so namhaft macht, daß ihre Bestrafung veranlaßt werden kann.

Marktpreise von Berlin am 12. Februar 1901
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen, gut D. Gr.	15,50	15,48	Rastlosein, neue, D. Gr.	7,-	5,-
mittel	15,46	15,44	Kindfleisch, Rente 1 kg	1,00	1,20
gering	15,42	15,40	do. Bauch	1,70	1,-
*) Roggen, gut	14,30	14,29	Schweinefleisch	1,00	1,10
mittel	14,28	14,27	Rathfleisch	1,80	1,-
gering	14,22	14,25	Hammelfleisch	1,60	1,-
†) Gerste, gut	15,40	14,70	Butter	2,60	2,-
mittel	14,60	13,90	Eier 60 Stk.	5,20	5,-
gering	13,80	13,20	Karpfen 1 kg	2,20	1,-
†) Hafer, gut	15,90	15,30	Kote	2,80	1,40
mittel	15,20	14,60	Gaude	2,50	1,20
gering	14,50	13,90	Heute	2,20	1,-
Rüchstroch	7,-	6,50	Barische	1,80	0,80
Heu	7,-	6,20	Schiete	3,-	1,20
Grün	40,-	35,-	Stete	1,40	0,80
Erbsenbohnen	45,-	25,-	Roebe	per Scho	12,- 3,-
Wen	70,-	30,-			

*) ab Bahn.
†) frei Wogen und ab Bahn.

Produktionsmarkt vom 13. Februar. Auf dem Getreidemarkt entwickelte sich feste Haltung infolge des strengen Frostes, der die Ausfuhr förderte. Der Verkehr war indes still. Die Mehlpreise für Weizen zogen um 0,75 M., für Roggen um 0,50 M. an. Später trat ein Rückschlag ein auf die Weiden, daß Weizen- und Roggenabfälle mit dem Ausland geträhtet seien. Hafer zog an. Rüböl stieg um 0,20 M. nach. Spiritus. Der Socospiritus war mit 44,20 M. unverändert.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 13. Februar 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf kamen: 674 Küder, 2367 Küder, 861 Schweine, 10 625 Scheweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): a) vollschlächte, angemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00-00, b) junge Schlächte, nicht angemästete und ältere angemästete 00-00; c) mäßig genährte Junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte jeden Alters 00-00. — Bullen: a) vollschlächte höchsten Schlachtwertes 00-00; b) mäßig genährte Junge und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 47-50. — Färsen und Kälber: a) vollschlächte, angemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 00-00; b) vollschlächte, angemästete Kälber höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere angemästete Kälber und wenig gut entwickelte jüngere Kälber und Färsen 00-00; d) mäßig genährte Kälber und Färsen 44-46; e) gering genährte Kälber und Färsen 40-43. — Kälber: a) fettsche Mastkälber (Schlächtwert) und beste Saugkälber 69-71, b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 54-55, c) geringe Saugkälber 46-50, d) ältere, gering genährte (Fischer) 34-42. — Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 57-60, b) ältere Mastlamm 46-53, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Mastschafe) 41-44, d) Holtlamm Niedrigschlächte (Lebendgewicht) 00-00. — Schweine: a) vollschlächte der feinsten Rasse und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 220-280 Pfund (amer. 56-60); b) fettsche, 200 Pfund und darüber (Amer.) 00-00; c) fettsche 55-55; d) gering entwickelte 49-52; e) Sauen 52-54. Für 100 Pfund mit 30 Pf. Tara.

Verkauf und Tendenz. Vom Rindermarkte blieben ungefähr 200 Stück unverkauft. Der Rindermarkt gestaltete sich langsam. Bei den Schweinen war schnelle Nachfrage, so daß nur etwa die Hälfte des Auftrages Absatz fand. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird voraussichtlich geräumt.

Witterungsbericht vom 13. Februar 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter
Emmerke	765,5	SW	2	h. bed.	Bayern	764,5	SW	2	h. bed.
Danzig	767,5	SW	2	wolfl.	Petersburg	762,5	SW	1	Dunst
Berlin	764,5	SW	2	bedekt	Hart	772,5	SW	2	bedekt
Königsbr.	765,5	SW	2	wolfl.	Aberdeen	769,5	SW	2	h. bed.
Wien	762,5	SW	2	wolfl.	Paris	768,5	SW	2	bedekt

Weiterprognose für Donnerstag, den 14. Februar 1901.
Zunächst neblig, später aufklarendes Frostwetter mit schwachen nördlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

G. Seidenberg. 1. Es genügt ein handschriftliches, eigenhändig ge- und unterschriebenes Testament. Das Nähere ist wiederholt, zuletzt im Artikel vom 30. Januar unter G. B. C. dargelegt. Die Willkürerben müssen bedacht werden, in ihrem Falle also, wie es scheint, die Eltern. Beispiele für Testamenten finden Sie in dem dem „Arbeiterrecht“ angehängten „Hüter durch das Bürgerliche Gesetzbuch“ S. 228, 229. Das „Arbeiterrecht“ können Sie in der Bibliothek, Alexanderstr. 26, einsehen. 2. Sie leben außer Gütergemeinschaft. — 3. 2. 7. 1. Falls keine entgegenstehende Vereinbarungen beim Abschluß des Vertrags getroffen sind, ist der Witt im Recht. 2. Sie leben außer Gütergemeinschaft. Ein Testament ist erforderlich, die Eltern müssen bedacht werden; im übrigen sehen Sie unter G. Seidenberg. 3. Das geht nicht, wenn Sie nicht das Gutachten auf den bestimmten Dritten, für den Sie es reservieren wollen, bei Lebzeiten, zum Beispiel durch Schenkung, übertragen. — R. D. J. Rein

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).
Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“,
Engelufer 15.

Sitzung der Ortsverwaltung.

Donnerstag, den 14. d. M., abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung der Stellmacher
bei Schiller, Rosenhakerstraße 57.
Wir bitten, daß jede Werkstatt vertreten ist, da dort die Listen zur Arbeitslosen-Zählung aufgegeben werden.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engelufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Donnerstag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im „Gewerkschaftshaus“, Engelufer Nr. 15.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Provinzial-Schulrats Dr. Vogel über:
„Kollisionsfragen und Christentum“. Referent Herr Dr. R. Steiner.
2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten. 111/17

Sitzung der Ortsverwaltung

mit den Bezirksleitungen und Agitationskommissionen.
Die Ortsverwaltung.

Buchbinder!

Central-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder etc.
(E. H.), Verwaltungsstelle Berlin.
Sonnabend, den 16. Februar 1901, im Gewerkschaftshaus,
(gr. Saal), Engel-Ufer 15.

Gr. Wiener Maskenball.

Da der Ueberschuss zum Besten kranker, ausgestoener Mitglieder obiger Kasse bestimmt ist, so ist ein zahlreiches Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen in Anbetracht des guten Zwecks erwünscht.

Anfang 8 Uhr. Demaskierung 12 Uhr. Ende ??

Einlasskarten a 50 Pf. sind im Gewerkschaftshaus, Zimmer 22 und 24 zu haben.
Das Comitee. I. A.: Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66.

Die Zahlstellen der Kasse bleiben an diesem Abend geschlossen.

Möbelstoffe!!

alle Qualit. selten billig!
auch Reste Gelegenheitskauf:
Mocquet-Plüsch 5, 35 M.
per Meter (130 Centimeter breit).
Winter bei näher. Nagode franco.
Emil Lefevre, Berlin S.,
Cranienstr. 158.

Masken-Garderobe

von 5642
Carl Ernst,
Köpnickerstr. 1261.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Borselger dieser Annonce
etw. 10 Proz. Preisermäßigung.

Riesen-Stofflager

Das [7342*]
Krausensir. 14 I. Etage,
fertigt nach Mass unter
garantiertem Sitz:
Hochlegante Winterpaletots für 36 M.
Hochlegante Anzüge für 30 M.
Hochlegante Bekleidungsstücke für 10-12 M.

Künstliche Zähne.

Garantiert
schmerzlos
Zahn- u. Wurzel-
operationen,
Flomben etc.
Sätze Ia von
3,00 an. Prima
Flomben v. 2,00
an. Ganz Garantie.
Vollständige Zahn-
ärztliche Behandlungen.
Brano Steffens, Reanderstr. 21 (Königspl.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 14. Februar.
Cyrenhand. Carmen. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Compagnon. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Krohn). Die Schönen.
Schiller. Die Maschinenbauer. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Der junge Goldner. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Die Zwillingsschwester. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die beiden Leonoren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Die Wiederprobe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wesken. Das Model. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Receptionsbühne. Buntes Theater: Lieberbreitl. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Amor von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Enlifen. Pyry. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelm-Bühne. Der Damen Schneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Selle. Alliance. Der Selbsth. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Lumpaciabagabundus. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Eine tolle Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Spezialitäten. Vorstellung. Spätzli Mädchen und sein Mann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten. Vorstellung. Hummerische. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichsballe. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vasage. Panoptikum. Spezialitäten. Vorstellung. Die zwölf unerschwingbaren Jahre. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Irania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: „Aus dem Tagebuch der Erde“. Im Hörsaal: Eisen und Stahl. Von Dr. Nass. Anfang 8 Uhr.
Jubiläumstraße 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Walner-Theater).
Donnerstag abends 8 Uhr:
Die Maschinenbauer.
 Vorse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern von H. Weirauch. Musik von H. Lang.
Freitag abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Sonabend abends 8 Uhr:
 Zum erstenmale: **Rosmersholm.**

Central-Theater.

Donnerstag und folgende Tage 7 1/2 Uhr.
 Zum 572. male:
Die Geisha.

Mimese: **Mia Werber.**
 Morgen u. folgende Tage: Die Geisha.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: **Die Fledermaus.**
 In Vorbereitung: San Toy. Chinesische Operette von Sidney Jones.
 Schauspiel **Mrs. Mary Dalton.**

Thalia-Theater

Tredenerstr. 72.
 Heute und folgende Tage:
Amor von heute.
 Gr. Ausstattungsposte u. Ges. u. Tanz.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.

Debut! Debut! Debut!

Pepi Glöckner

in ihrem brillanten Repertoire.

Valentine Petit

in ihrer Traumphantasie.
 Les Minstrels parisiens und die übrigen trefflichen **Specialitäten.**
20 Mädchen u. kein Mann.
 Operette von Franz v. Suppé.
 Kassenöffnung 7, Anfang 8 Uhr.

IRANIA * *
 Taubenstr. 48/49.
 Im Theater
 Donnerstag abds. 8 Uhr:
Aus dem Tagebuch der Erde.
 Im Hörsaal:
Dr. Nass: „Eisen und Stahl“.
 Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

CASTANS PANOPTICUM
 Friedrichstr. 165.
 Neue aktuelle Serie
lebender Photographien.
 Die sensationellen Gruppen
der alten Germanen.
 Der schlesische Zecher und
 der Teufel. Die Bernauer
 Bierprobe. — Der Rothen-
 burger Meistertunke.
 Im Restaurant: Konzert
 einer russ. Damenkapelle.

Passage-Theater
 Unter den Linden 22.
D-Vorstellung * *
 Anfang: Sonntags 12 Uhr
 Wochentags 3 Uhr, Ende 11 Uhr
 Unbedingt das beste und Inter-
 essanteste Programm Berlins!
Die 4 Schwestern Tui
 in ihrer Neuheit
Ringelreia-Übertanz
 und die unvergleichliche
Tyrolienne-Excentrique
Hanny Luxa.
 17 erstklassige Spezialitäten 17
Rosendienstag.
 Feldwebeltragödie in 1 Akt
 v. Otto Nebich Weichleben

Metropol-Theater.
 Behrenstr. 55/57.
 Heute
Donnerstag, 14. Februar:
 10. Schauspiel
Yvette Guilbert.
 Um 7 Uhr 30:
Eine tolle Nacht
 Berliner Ausstattungsposte.
 Um 10 Uhr:
 Auftreten der Madame
Yvette Guilbert.
 Anf. 1/3 Uhr. Stänchen überall
 gestattet.
 Morgen Freitag, 15. Febr.
 u. Sonnabend, 16. Februar
Gastsp. Yvette Guilbert.
 Sonntag, 17. Februar:
 Einziges
Sonntags-Gastspiel
Yvette Guilbert.
 Montag, 18. vorletztes,
 Dienstag, den 19. letztes
Gastspiel
Yvette Guilbert.

Passage-Panopticum
 und Theater.
 Die 12 unverbrennb. Fakire
 Neu! General Baum,
 der keusche Mann der Welt.
 Eintritt einschließl. Theater 50 Pf.
 Empfehle allen Freunden u. Bekannten
 mein **Weiss-, Bayrischbier-**
 und **gr. Speisegeschäft.** Reichs-
 holtiges Frühstück von 30 Pf. Mittag-
 mit Bier 50 Pf. sowie Abendisch à la
 carte von 30 Pf. an. 2 Bereindstimmer
 mit Klavier für 20-50 Personen.
H. Stramm, Rep. Ritterstr. 123.

Palast-Theater
 früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
 Durchweg neues Programm.
 Preise 8 1/2 Uhr:
Bummelfreie.
 Vollen Gesang in 3 Akten von Wilken.
 Rohmann, Tischlerstr., Dr. Winkler.
 12 neue Attraktions-Nummern.
 Anfang: Wochent. 7 1/2, Sonnt. 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
 Sonnabend, den 16. Februar:
Grosser Masken-Ball.
 Extra-Vorstellung.
 Große Waids-Preisverteilung.
 Besucher der Boff. haben Frei-Tanz.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Tanz 10 1/2 Uhr.
 Entree 50 Pf.

Carl Weiss-Theater
 Gr. Frankfurterstr. 132.
Lumpaciabagabundus.
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen: Dieleide Vorstellung.
 Sonnabend: Zum 1. male: **Mein**
Kumpen. Kalliforn. Volkschauspiel
 von E. v. Zupffer und D. Carlotta.
 Sonnabendnachm. 4 Uhr: **Kinders**
Borstellung. Al. Preis. Max u. Moriz.

W. Noacks Theater.
 Brunnenstraße 16.
Der Goldneffe.
 Vorse mit Gesang in 3 Akten (6 Bilder)
 v. E. Lindner. Musik v. Dr. Schmidt.
 Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
 Freitag:
Der Rattenfänger von Hameln.
Sanssouci
 Donnerstag, Sonntag
 und Montag:
Hoffmanns
Nordd. Sänger.
 Nach jeder Soire:
Tanzkränzchen.
Luftige
Bagabonden.

Deutsche
Konzerthallen
 An der Spandauer Brücke 3.
 Täglich: **Internationale**
Künstler-Konzerte.
 4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
 Täglich grosse Spezialitäten-
 Vorstellung.

Cirkus Schumann.
 Heute Donnerstag, den 14. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend. Besonders hervorragendes Programm.
Internationale Ringkämpfe.
 1. Paar: Vervet, Belgien gegen Franken, Holland. 2. Paar: Jaurisson,
 Brüssel gegen Streng, Berlin. 3. Paar: Polré, Südfrankreich gegen
 Röpke, Danzig.
 Ehren-Schiedsrichter Professor Reinhold Bogad. Alles Nähere: Jede
 Tageszeit. Ferner Auftreten der neuentwickelten Spezialitäten. Direktor
 Albert Schumann mit seinen Original-Vorstellungen. Zum Schluss: **CHINA,**
 größtes Manegen- und Wasserchauspiel. 900 Teilnehmer.

Wo amüsiert man sich grossartig?
 Hasenheide 21 und Jahnstr. 8 in Schnogelsbergs
 Festsäle. Anf.: Max Schindler. — Telefonat Amt IV
 Nr. 8002. — Heute: **Grosser Hall.**
 10 **Specialitäten: 8 Cigarren- und**
Apfelsinen-Rogen & verbunden mit
 Schlangen- u. Bomben-Rogen u. diversen Überraschungen.
 Täglich: **Specialitäten-Vorstellung.** Entree frei.
 Wer große Saal nebst Nebenräumen ist Palmsonntag und
 1. Pünktlichkeit an Vereinen zu vergeben.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erklaffige. Direction:
 Sonntag 5 Uhr. **Specialitäten.** **J. M. Mütt.**
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Max Kliems Festsäle
 Hasenheide 13-15.
 Jeden Donnerstag im neuen Festsaal:
Große Soire der „Norddeutschen Sänger“
 (Zimmermann, Steinhardt, Stangenberg etc.)
 Anfang 7 Uhr. Nach der Soire: **Tanzkränzchen.**
 Jeden Sonntag: **Gr. Militär-Streich-Konzert.** Anfang 8 Uhr.
 Empfehle meine 3 Säle, 1200, 1000 und 500 Personen fassend, Vereinen
 und Gesellschaften. (593L*) **Max Kliem.**

Cirkus Busch
 Donnerstag, 14. Februar 1901.
 abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Abend.
 Auftreten des berühmten
Pferdebändigers
 america- nischen
 Professor Norton S. Smith.
 Außerdem vorzüglichste Programm-
 nummern.
 Zum Schluss: Zum 78. Male:
Die eiserne Maske.
 Gr. historisches Manegen-Schauspiel
 in 4 Akten und 3 Hauptbildern.
Original-Pantomime des Cirkus
Busch. — Besonders hervorzuheben:
Der braunkäseige Einzug König
Ludwig XIV. in Strassburg.
 Sonntag, 17. Februar, nachmittags
 4 Uhr: **„Berliner Landpartien“**,
 wozu jeder Erwachsene auf allen Sit-
 plätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder
 die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: **Die**
eiserne Maske.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
 Heute:
Cavalleria
schufficiana.
 Freitag:
Cavall. schufficiana.

Wer wagt, gewinnt!
Ziehung 1. März.
 Jährlich 12 Gewinn-
 Ziehungen mit abwech-
Hauptpreisen in Mk.
 300 000, 178 500, 135 000,
 120 000, 90 000, 45 000 etc.
 „Jedes Los ein Treffer“
 bietet die aus hundert Mittel,
 best. Serienlos-Gewinn.
Monatl. Beitrag M. 5,50
 Halbe Beteiligung M. 3.—
L. Lüders, Lübeck 13.

Freide-Portrait.
 In den besten Monaten Februar
 bis April liefert ich für 3,50 Mk.,
 35x45 cm, ohne Rahmenzwang,
 Nebstlichter garantiert. Porträte
 Photographie. 2574b*
G. Jensch, Metzler,
 Köpenickerstr. 112.

Freie Volksbühne.
III. Abteilung.
 Sonntag, den 17. Februar, 2 1/2 Uhr, im Carl Weiss-Theater:
Meister Oelze.
 (Gustav Kober als Gast)
Achtung, II. Abteilung! Die am Sonntag, den
 10. Februar, ausgefallene Aufführung von **Meister Oelze**
 wird für die Mitglieder der II. Abteilung voraussichtlich in
 der kommenden Woche, **abends 8 Uhr**, stattfinden. Die
 Mitglieder werden gebeten, das diesbezügliche Sonntags-
 Inserat zu beachten.
 Die 7. Serie im **Lessing-Theater** am 3. März:
„Robe rouge“.
Märzfest. Sonnabend, 16. März, Brauerei Friedrichshain.
 Festmarken à 50 Pf. vom 15. Februar ab in allen Zahlstellen.
2 Opern-Extravorstellungen: Der Barbier von Sevilla
 im „Theater des Westens“. Sonntag, den 10. März und
 Sonntag, den 24. März, nachmittags 2 1/2 Uhr. Opernmarken
 à 50 Pf. erhalten die Mitglieder (soweit der Raum aus-
 reicht) vom 15. Februar ab in den Zahlstellen und zwar
 am 10. März nur die 1., 3., 4., 5., 7. Abteilung und am
 24. März nur die 1., 2., 3., 5., 6., 7. Abteilung.
 228/13) **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Gewerkschaftshaus
 Engel-Ufer 15. 24045*
Sonabend, den 9. Februar: Bock-Anstich!
 Gleichzeitig empfehle: **Mittagstisch** (Couvert 80 Pf.)
 und à la carte zu solchen Preisen. Reichhaltige Kadwafl.
3 Regelbahnen an verschiedenen Tagen
 zu vergeben.
Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten von 50-1000 Pers.
Anker-Briketts Hoffmanns Salon,
 anerkannt vorzügliche Qualität, Köpenickerstr. 8.
 Besondere Umstände halber ist der
 Hofstg für Weinchen frei. (7568)*
Friedr. Daniel & Co.,
 Berlin W., Leipzigerstr. 29.

Versuchen Sie einmal
 während 3 Tagen eine Büchse
 des nahrhaften und wohlschmeckenden
van Houtens
Cacao
 als erstes Frühstück
 an Stelle von Kaffee oder Thee.

Anker
 Brikets
 Anerkannt vorzüglichste Qualität!
 Zu haben in allen besseren Kohlenhandlungen!
 Zu haben in allen besseren Kohlenhandlungen!

Das Glück einer Familie
 beruht auf dem Wohlbefinden der einzelnen Mitglieder. Zur Erhaltung der Gesundheit trägt Rathreiners Malz-
 Kaffee viel bei. Für die Kinder ist er ein gesunder Kaffee-Ersatz, für die Erwachsenen ein ausgezeichnetes Kaffee-Zusatz.

Grosser Schuhwaaren-Räumungs-Verkauf!

Nur noch bis Sonnabend!

Die Verkaufspreise vieler Artikel sind ganz bedeutend herabgesetzt, trotzdem wird auf sämtl. während der Dauer des Räumungs-Verkaufs gemachten Einkäufe ein **Extra-Rabatt von 5%** gewährt!

Höchst beachtenswerte und vorteilhafte **Einkaufs-Gelegenheit**

wirklich guter und feiner Schuhwaaren.

Ganz besonders zu beachten!

Jerusalemmer Strasse 40 werden einige grössere Posten zurückgesetzter Damen-, Herren- und Kinder-Schuhwaaren zu aussergewöhnlich billigen Preisen als wirkliche Gelegenheitskäufe zum gänzlichen Ausverkauf gestellt. — Im Interesse einer prompten, sorgfältigen Bedienung wird höfl. gebeten, zum Einkauf, wenn irgend möglich, **Vormittagsstunden** zu benutzen, da Nachmittags der Andrang ein zu grosser ist.

Die schon im Preise herabgesetzten **Winter-Schuhwaaren** werden mit **10% Extra-Rabatt** ausverkauft.

Vorjährige farbige Sommer-Schuhwaaren extra billig.

Stiller's Schuhwaarenhaus

Jerusalemmer Strasse 40, am Dönhoffplatz.

Potsdamer Strasse 2, am Potsdamer Platz.

So glücklich wie ich

wirst auch du sein, wenn du mit **Karol Weiss Seifen-extrakt** wäschst, es spart dir Geld und Arbeit, schont dir die Wäsche und macht dieselbe blendend weiss. Überall käuflich.

Herren-Vortrag

Karl Bruckhoff, Friedrichs-Strasse 10, über: „Sogenannte unheilbare Männerleiden“ am Freitag, den 15. Februar cr., abends 7/8 Uhr, im Gesellschaftshaus, Zwingerstrasse 42. Nur Herren! Eintritt frei! Keine Teilerfassung. [26433]

Berufs-Bekleidung

— aller Arten. —
D. Wurzel & Co.,
Wrangel-Strasse 17, Ecke Mantuffel-Strasse.
6140*)
Mecklenburg, Schwarz- u. Brandenburg, Landbrode
empf. Preisfabrik Wittler, Müllerstr. 34. Niederlag. d. Plafate erkennlich.

Jedes **5 Pfennig**.
Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben sollen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 3 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Poststr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restoration, 860 Riete, billig zu verkaufen Dredowstr. 40. [182]
Wollhändler, Kattung! Zur Einrichtung von Nähgeschäften empfehle alle nötigen Gegenstände zu billigen Preisen. Hermann Jordan, Kleine Markstr. 28. [495K]
Wardienhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. [140]
Vorjährige elegante Herren-Winterpellets und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufhaus Germania, Unter den Linden 21 II.
Betten, Steppdecken, Gardinen (spottbillig) Verkaufhaus Reanderstr. 6.
Teppiche, Remontiruhren, Regalantene, spottbillig Verkaufhaus Reanderstr. 6.
Möbel auf Teilzahlung Prinzenstr. 62. [52/12]
Nähmaschinen, Singer, Adler, Bobbin, Ringschiffchen, die berühmten Dürkopp, ohne Anzahlung, Woche 1.00. Diele's Nähmaschinen-Geschäft, Stummstr. 119. [456C]
Nähmaschinen, am besten direkt im Geschäft, ohne Anzahlung, höchstens 1,00. Sängers Nähmaschinen-Geschäft, Ringschiffchen, Bobbin, Adler, Schneidnäh. Schnelle Lieferung auch durch Postkarte. Frige, Turmstr. 39; II. Gesch. Bernauerstr. 49. [481K]
Nähmaschinen, Adler, Arana, Schneidnäh, Ringschiffchen, sowie Tisch- und Ringmaschinen auf Teilzahlung Freitag, Freitagstr. 136. [223B]
Nähmaschinen aller Systeme verkauft Gustav Schmidt, Alexanderstr. 7, Hof 2 Treppen. [1438]
Nähmaschinen-Geschäft Bismarckstr. 29. Ohne Anzahlung, höchstens 1,00. Vager sämtlicher Systeme, dauerhafte Fabrikate, fünfjährige Garantie. Beschäftigung ohne Anzahlung. Sofortige Lieferung, auch durch Postkarte. [182]
Kanarienhähne verkauft Brandt, Holzmarktstr. 9.

Nähmaschinen: Adler, Arana, Ringschiff, Bobbin, Tisch- und Ringmaschinen auf Teilzahlung, Holzweg Wrangelstr. 118. [456B]
Teppiche mit Farbenbildern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. [140]
Waschkocher: Sparsysteme! 1.50, Zwillingskocher 6, Dreilochkocher 10, — Bügelapparate billig! Wohlfahrer, Wallmertheaterstr. 32. [26015]
Papagelen, Kanarienhähne, Suchtwildchen, Waldvögel, Vogelbauer, Buchstaben, Vogelkutter, Fischkutter (Daphnien), Dämn, Stummstr. 101, Bahnhof Gesundbrunnen. [192]
Kanarienvögel, Suchtwildchen, Hechbauer, Waldvögel, billig. Große Frankfurterstr. 13. [23975]
Steppdecken am billigsten Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre.
Kanarienvögel, Hechbauer, Stille, liche verkauft Walter, Friedrichs-Str. 10, vorn II. [26145]
Nähmaschine mit Zubehör verkaufe für 10 Mark. Lehmann, Ritterstr. 104. [26105]
Restaurations-Einrichtung, komplett, Umstände halber auf Teilzahlung abgegeben. Eigarren-Geschäft An der Stadtbahn 42. [26095]
Betten, schöner Stand, Umstände halber, 23 Mark. Adalbertstr. 78, I rechts. [26075]
Landbau: Gebrauchte und neue Säen, Weizen, Roggen, Breiten, Hähnen, Fenster, Dachpappe, Zerr, billig. Rothländer Damm 22. [26065]
Fahrräder, verfallene, neue und alte, ungewöhnlich billige Preise, bei großer Auswahl. Verkaufhaus, Neue Schönhauserstr. 11. [91/3]
Rußbaum-Wirtschaft spottbillig, Michaelstr. 1, Preisangebot, Sprengzeit 3 Uhr. [53/4]

Vermischte Anzeigen.

François Leçons 0,75. Professeur Parisien Pommeroi, Breitestr. 19.

50 Prozent Verdienst für leicht verkäuflichen Artikel als Haupt- oder Nebenwerb. Prospekt gegen 10 Pf. Marke franko. R. Winger, Dörfelstr. Kirchfeldstr. 71. [23905]
Patentanwalt Danmann, Oranienstr. 57, Moritzplatz. Größtenteils kostenfrei abends bis neun
Rechtsbureau, Rechtshilfe, Raterteilung, Eingaben, Gesuche, Anträge, Anträge dreimal wöchentlich. [25735]
Weyerlegions-Brodhaus, Bredem, Geschichtswerte und alle anderen Bücher leicht und lauff. Antiquariat Kochstr. 56, Amt 4a 6944. [489K]
Kugelfabrik, Köpenickerstr. 60. Hader jeder Art für sämtliche Kranen-lösen. [471K]
Wäskentostume verkauft, spottbillig Regierstr. 31. [156]
Wäskentostume verkauft, spottbillig Regierstr. 31. [156]
Wäskentostume verkauft, spottbillig Regierstr. 31. [156]
Kunsthoferei von Frau Kolodny, Steinwegstr. 48.
Buchbinderei Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Köllnstr. 66, 2. Hof parterre. [23875]
Soal und **Bereinszimmer** empfehle Jannasch, Inselstr. 10. [2608K]
Bereinszimmer frei, Ladewig, Kommandantenstr. 65. [2638K]
Soal und **Bereinszimmer** empfehle Langhans, Lichtbergstr. 21. *
Bereinszimmer frei, Kramm, Scheringstr. 10. [164]
Bereinszimmer und **Soal** noch einige Tage frei. Gold, Große Frankfurterstr. 133. [141]
Wernand Bestelle, Schmeiderstr. 23/24. Zur Fastnacht-Feier Dienstag, den 19. d. Mts., Eisenessen verbunden mit Familien-Tanzkränzchen. Freunde und Bekannte laden ergebenst ein. Gleichzeitige empfehle meine Säle zu Versammlungen, Hochzeiten, Festlichkeiten jeder Art. 2 Regeldamen, die besten im Norden, zur gefälligen Benutzung bestens empfohlen. Wernand. [151]
Bereinszimmer zu vergeben, Platz, Christophstr. 29. [157]

Bereinszimmer Simeonstr. 23, 444K*
Elektrotechnik, neuer Abendkursus; 6 Mark monatlich. Jackson, Alie Jakobstr. 24. [26125]
Achtung Vereine, Umhändler halber ist mein Saal Sonnabend, den 2. März freigegeben. Franz Kleinert, Schulstr. 29, Wedding-Kasino.
Vermietungen.
Wohnungen.
Borort, Köpenick, Wusterhausen, Wohnungen jeder Art, mit und ohne Gas, Wasserleitung, Kofel sofort oder später billig zu vermieten. Näheres beim Wirt, Amstgarten 2. [14045]
Zimmer.
Freundlich möbliertes Zimmer für zwei Herren sofort zu vermieten Poststr. 54, Energiegebäude III, bei Winoe Rosenthal.
Schlafstellen.
Schlafstelle zu vermieten, Platz, Christophstr. 29. [157]
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Schilder-maler, selbständiger, sucht Stellung, auch beim Stubenmaler. Offerten „Roter“ Postamt 4. [25745]
Bücher Stuhlreiter bietet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Gläser, Wulffstr. 27.
Junger Arbeiter, 18 Wochen außer Arbeit, sucht Arbeit jeder Art. Gitter, Zwingerstr. 107. [26115]

Stellenangebote.
Reparateur auf Special-Nähmaschinen, besonders Knopflochmaschinen, sucht Singer Co., Kronenstr. 11. [25895]
Goldbleichgrundierer verlangt Köpenickerstr. 160/151. [25935]
Färber, Wäcker, Delaunay für Herren- und Damengarderobe gesucht. Gebrüder Altmanns Färberlei, Reu-Beichensee, Langhandstr. 4. [109]
Kadlerlehrling, gutes Können, verlangt Weidhansstr. 54. [25655]
Ein Lehrling wird verlangt. W. Wäcker, Kunstgalerie, Prinzenstr. 95. [53/3]
Sohn anständiger Eltern, welcher Wäge bedienen kann, als Hausdiener gesucht. Kleinert, Schulstr. 29. *
Buchdruckerlehrling, Kost, Ausbildung frei, sucht Verstein, Neue Köpenickerstr. 61. [23900]
Vader auf Goldbleich verlangt Jensch, Waldemarstr. 15. [25155]
Gelehrter für Freitag wird gewünscht. Offerten an Starke, Boedstr. 34, zu richten. [73/3]
Fahrdigener v. P. Klink, Eisenbahnstr. 14. [18]
Mamsell auf Mädchenladen-Pellets, Capes verlangt Senefelderstr. 42, Laden. [157]
Stepperin oder Stepper auf Capes verlangt Solander, Graunstr. 16 III.
Karton - Arbeiterinnen finden dauernde Beschäftigung bei gutem Verdienst bei Anders Nachfolger, Köpenickerstr. 7. [26085]
Tüchtige Mamsell, bessere Jadedts von 1,50 bis 2 Mark, verlangt Kramm, Friedrichstr. 37. [26155]
Mamsell auf Jadedts von 1,25 bis 1,50 verlangt Schmidt, Raumerstr. 22. [25305]
Mamsell auf bessere Jadedts außerhalb Hause verlangt O. Frig, Quittenstr. 34. [25515]

20 Romfells auf Jadedts verlangt Reichenbergerstr. 116. [25855]
Mamsell, bessere Pellets, in anderem Hause. Kämpfe, Schulze, Gurovstr. 23. [25975]
Plätterinnen auf Umlegefragen im und anderem Hause verlangt. Junge Mädchen erlernen das Plätten neuer Wäse unentgeltlich. Max Trepp, Schönhauser Allee 167a, Fabrikgebäude IV. [157]
In Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile
Bleigläser-Gesell.
Büßig kompetent, eine Werkstatt zu leiten und mit Zeichen vertraut, erhält Platz bei
C. A. Andersen, Lund, 8152*) Schweden.
Achtung Theaterarbeiter!
Der Streik im Friedrich-Wilhelms-Königlichen Theater besteht weiter. Dasselbe ist somit noch mit der ge-
liefert. [287/10]
Der Vorstand des Verbandes des technischen Bühnenpersonals.
Achtung! Stuccateure!
Bei den Firmen Jäckel, Herr-
wisch, Hänska haben sämtliche Kollegen auf Grund des Angebots, Accord zu arbeiten, die Arbeit niedergelegt. Bezug ist streng fernzubehalten. 173/4 Die Lohnkommission.
Achtung! Drechsler!
In der Röhrenfabrikerei von
H. Schmidt, Blumenstr. 30, haben sämtliche Drechsler wegen Lohn-
differenzen die Arbeit niedergelegt. Bezug fernhalten. [77/6]
Die Crüderverwaltung.

Eine Konferenz der Militäreffekten-Sattler Deutschlands

tagte am 10. Februar im Gewerbefachhaus zu Offenbach a. M. Von den eingeladenen Fabrikanten war keiner erschienen, doch hatte eine Anzahl sich entschuldigt und den Arbeiten der Konferenz ihre Sympathie ausgesprochen. Vertreter der Arbeitnehmer waren erschienen aus Berlin, Dresden, Elberfeld-Vormen, Frankfurt a. M., Friedberg i. H., Kaiserlautern, Karlsruhe, Mainz, Offenbach, Straßburg und Ulm-Stuttgart. Vom Centralvorstand und Ausschuss des Sattlerverbands waren Sassenbach und Blum aus Berlin erschienen. Aus den nicht vertretenen Orten Chemnitz, Eisleben, Götting, Hannover, Königsberg, Leipzig, Magdeburg und München waren ausführliche Berichte eingelaufen.

Die Konferenz ist zu dem Zwecke einberufen, um zu beraten, wie dem in Berlin erzwungenen Tarife auch anderswo Geltung verschafft werden kann; ferner soll sie den Ort bestimmen, wo die zur Vorbereitung eines neuen Tarifs einzusetzende Generalkommission der Militäreffekten-Arbeiter Deutschlands ihren Sitz haben soll.

In einer längeren Diskussion wird die Lage der Militäreffekten an den einzelnen Orten sowie die bisher unternommenen Schritte zur Befreiung derselben besprochen. Wie allseitig betont wurde, hat der Berliner Streik einen bedeutenden Fortschritt und eine merkbare Erhöhung der Lebenslage mit sich gebracht.

In einer Zusammenfassung der in der Diskussion gegebenen Situationsberichte und der geäußerten Vorschläge fährt Sassenbach an aus, daß wegen der teilweise noch mangelhaften Organisation an einzelnen Orten ein gemeinsames, eventuell mit Arbeitsniederlegung verbundenes Vorgehen nicht gut beschloffen werden könne. Man könne den einzelnen Orten nur raten, mit allen Mitteln für den Ausbau der Organisation zu wirken; wenn es dem einen Ort gelungen sei, die Organisation genügend auszubauen, so könne man diesem Ort die Erlaubnis geben, die Berliner Forderungen zu stellen und deren Einführung auch durch einen Streik zu erzwingen. Nebenbei habe es aber nicht, nochmals sämtlichen Fabrikanten unsere Forderungen zu unterbreiten und ihnen die Beschlüsse unserer Konferenz mitzuteilen. Außerdem müsse man die mit der Vergabung von Militärarbeit betrauten Behörden auffordern, nur tarifstreue Fabrikanten zur Submission zuzulassen. Hierzu schlägt er folgende Resolution vor:

„Die Konferenz beauftragt die zu wählende Tariffkommission, eine Denkschrift auszuarbeiten und an die Kriegsministerien und an die Regimenter zu versenden. In dieser Denkschrift soll darauf hingewiesen werden, daß es gelungen ist, zwischen einer Anzahl der größten Militäreffektenfabrikanten und den Arbeitern ein Uebereinkommen in Bezug auf Löhne und Arbeitszeit zu erzielen. Die genannten Behörden sollen gebeten werden, bei Vergabung von Arbeiten nur solche Firmen zur Submission zuzulassen, die den vereinbarten Tarif anerkennen. Die Namen der den Tarif anerkennenden Firmen sollen in der Denkschrift angeführt werden; die Namen der den Tarif nicht anerkennenden Firmen sollen ebenfalls genannt und ihre Geschäftsgebahren genauer beleuchtet werden.“

Sassenbach hielt es ferner für gut, die tarifstreuen Firmen zu einer ähnlichen Eingabe zu veranlassen; auch müsse die Presse für unsere Zwecke in Anspruch genommen werden.

Blum sowie die Delegierten Hadelbusch, Berlin und Gammann, Straßburg schließen sich dem Vorschlag Sassenbachs in Bezug auf die Denkschrift an, während Bär, Dresden dagegen spricht, da er sich keinen Erfolg davon verspricht; er schlägt dagegen vor, zu verlangen, daß die Militärarbeit unter behördlicher Kontrolle ausgeführt werde. Der Antrag Sassenbachs wird einstimmig angenommen. Ebenso ein Antrag der Filiale Karlsruhe, nochmals ein Circular an die nicht tarifstreuen Fabrikanten zu versenden.

Ueber die Schäden der Heimarbeit ist man sich einig und wird einem Antrag von Straßburg entsprechend beschloffen, auf deren Befreiung mit allen Kräfte hinzuwirken.

Der Antrag Bär, Dresden auf Forderung behördlicher Beaufsichtigung der Militäreffektenfabriken wird abgelehnt. Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Im zweiten Punkt handelt es sich zunächst um die der Tariffkommission zu stellenden Aufgaben und die Art ihrer Einrichtung. Hierzu werden nach längerer Debatte folgende Anträge angenommen:

Die Militäreffekten-Sattler allerorts haben mindestens monatlich einen Bericht über die Verhältnisse am Ort an die Tariffkommission einzusenden. Wird an einem Ort eine Lohnbewegung vorbereitet, so ist sofort dem Centralvorstand sowie der Tariffkommission davon Mitteilung zu machen, wonach dieselbe sich mit den übrigen Filialen und dem Centralvorstand in Verbindung setzt, um die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Durchführung des Streiks zu prüfen.

Jede Militäreffekten-Sattler-Filiale ist verpflichtet, eine Lokalkasse zu errichten. Die Gelder bleiben am Ort, jedoch ist vierteljährliche Abrechnung an die Tariffkommission einzusenden.

In gemischten Filialen, wo die Militäreffekten-Sattler die Minderheit bilden, haben dieselben einen Vertrauensmann zu wählen, der sich mit der Tariffkommission in Verbindung zu setzen hat.

Die Finanzierung der Tariffkommission geschieht durch den Centralvorstand, doch ist es Pflicht der Lokalkassen der Militäreffekten-Sattler-Filialen, die Tariffkommission zu unterstützen.

Die Tariffkommission erhält nicht allein die Aufgabe, dem Berliner Tarif auch anderswo Geltung zu verschaffen, sie soll auch eine beim Ablauf des jetzigen Vertrags vorzunehmende Revision des Tarifs vorbereiten. Als Ort, wo die Tariffkommission ihren Sitz haben soll, wird Berlin bestimmt. Die Kommission soll aus fünf Mitgliedern bestehen.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Donnerstag im Reichspalast, Alexandrinenstraße, eine Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Fr. Luykauer über: „Wie ein Gewerbegericht sein soll“ referierte. Der interessante Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Nach einigen Ankündigungen des Vorsitzenden Genossen Frey erfolgte der Schluß der Versammlung.

Eine sehr zahlreiche besuchte Gärtnerversammlung fand am Montag im Saale des Handwerkervereins statt mit der Tagesordnung: Schaffung eines Tarifvertrags zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer für Berlin und die Procect, unter Zugrundelegung der von der Märkischen Bauvereinigung des Hlg. D. G. V. aufgestellten Forderungen. Diese Forderungen sind den Prinzipalen mit einer eingehenden Begründung und einer Einladung zu der Versammlung zugeföhrt worden. Sie lauten: 1. Einführung der täglich elfstündigen Höchstarbeitszeit; 2. Bezahlung der Ueberstunden mit 35 Pf. pro Stunde als Niedriglohn; 3. Sonntag werden nur notwendige Arbeiten verrichtet; jeder zweite Sonntag (mindestens) ist jedem Schiffsen vollständig frei zu geben; 4. An Stelle aller anderen sonst noch üblichen Lohnzahlungsweisen: Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung und zwar Festlegung folgender Riechfristige: a) ohne alles pro Woche 18 M.; b) bei Wohnung, Beleuchtung, Heizung und täglich zweimal Kaffee mit Brot 15 M.; c) bei vollständig freier Station 7 M.; 5. Unterhaltung eines gemeinsamen (paritätischen) Stellenanmelders.“

Aus dem Referat sowie aus der sich daran anschließenden lebhaften Diskussion geht hervor, daß im Gärtnergewerbe äußerst traurige Zustände herrschen. Einer der anwesenden Arbeitgeber erklärte, daß er die Forderungen durchaus für gerechtfertigt halte; es gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der die von ca. 1000

Gärtnern besuchte Versammlung sich mit den aufgestellten Forderungen einverstanden erklärte.

Zwei vom Holzarbeiter-Verband einberufene Versammlungen tagten am Dienstag im „Konzerthaus Sanssouci“ und in der „Brauerei Friedrichshain“. Beide Versammlungen waren sehr zahlreich besucht. Es handelte sich um Bezeichnung der Delegiertenwahl zur Richter-Zimmungs-Krankenkasse. Ein Mann, der in der Friedrichshain-Versammlung referierte, beleuchtete die Verhältnisse, welche in der alten Zimmungs-Krankenkasse herrschten. Er legte dar, daß in jener Kasse die Rechte der versicherten Mitglieder nach Möglichkeit beschnitten wurden, während in dem neuen Statut, welches die Zwangs-Zimnung jetzt für die Kasse schaffen mußte, den Mitgliedern ein wesentlicher Einfluß auf die Geschäftsführung und Verwaltung der Kasse zusteht. Jetzt gelte es nun, bei der am Sonntag stattfindenden Delegiertenwahl solchen Kollegen das Vertrauensamt zu übertragen, die geeignet sind, die Rechte und Interessen der in der Kasse versicherten Arbeiter zu wahren. In der Sanssouci-Versammlung wurde unter anderem die Geschäftsführung in der seitherigen Zimmungs-Krankenkasse kritisiert. Beide Versammlungen stellten die Kandidaten für die Delegiertenwahlen auf.

Die Lohnbewegung der Taschen- und Kofferarbeiter beschäftigte am Montag eine stark besuchte Versammlung dieser Branche. Die Versammlung, in der 55 Werkstellen vertreten waren, diskutierte lange und eingehend über die Lohnbewegung. Alle Redner stimmten darin überein, daß das, was die Fabrikanten „ihre Bewilligungen“ nennen, nämlich ein Zuschlag von 5 Proz. auf die bisherigen Löhne, den Arbeitern keineswegs genüge, daß man unter allen Umständen an den ursprünglich aufgestellten Forderungen festhalten werde, da diese das Mindestmaß dessen darstellen, was bei den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen zum Unterhalt durchaus notwendig ist. Die Vertrauensmänner der einzelnen Werkstellen wurden beauftragt, nochmals mit den Fabrikanten Rücksprache zu nehmen und das Resultat in einer am Sonnabend stattfindenden Versammlung bekannt zu geben. Die Unterwerfung unter der angeforderten Arbeitsordnung soll vertagt werden.

Ueber die Konsumgenossenschaftsbewegung berichteten wir im Versammlungsbericht unter Sonnabendnummer. Wie uns nun aus dem Gewerkschaftsbureau mitgeteilt wird, waren zu der Versammlung, über die wir dort berichteten, nicht die Vorstände der Konsumgenossenschaften, sondern die Gewerkschaftsvorstände eingeladen.

Eine öffentliche Versammlung der Cementierer tagte am Sonntag, den 3. d. M., bei Rümann, Brunnenstraße 188. Rieder sprach in einem lehrreichen Vortrage über „Arbeitslosigkeit und ihre Folgen“.

Die Bauarbeiter hielten am Sonntag eine Versammlung für alle zum Streikgebiet Berlin und Umgegend gehörigen Verbands-Zustellen bei Kessler, Köpenickerstraße, ab. Dem Geschäftsbericht der Lokalkommission war zu entnehmen, daß das verfloßene Jahr wieder sehr reich an Lohnkämpfen für die Bauarbeiter gewesen ist. Erfolgreicherweise hat der Verband recht gute Fortschritte zu verzeichnen. Nicht nur, daß die Mitgliederzahl auf das Doppelte gestiegen ist, die Unternehmer müssen nun auch mit der Organisation rechnen und sie haben bedienlich selbst die Lohnkommission zur Schlichtung von Streitigkeiten nach der Vorstelle berufen. In den Verhandlungen über die Errichtung eines Arbeitsnachweises wurden auch die Bauarbeiter hinzugezogen, von dessen Vertretern konnte aber nur erklärt werden, daß die Benutzung des geplanten Arbeitsnachweises für die Mitglieder der Organisation unmöglich ist, ehe nicht die Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter welchen Arbeit nachgewiesen wird, vertraglich festgelegt sind. Im vorigen Jahre wurde versucht, dem im Jahre 1899 aufgestellten Tarif auch in den Vororten von Berlin Geltung zu verschaffen. In den meisten Fällen ist dies auch gelungen, so daß am Schluß des Jahres 1900 behauptet werden konnte, daß es nur ganz wenige Bauarbeiter auch an der Grenze von Groß-Berlin giebt, welche unter dem Tarif arbeiten. In verschiedenen Orten wurden Lohnerböhrungen von 15 bis 20 Proz. erzielt. Die Gruppe der Maßhändler und Träger hat ebenfalls wieder, infolge der guten Organisation, eine Lohnerböhrung von 10 Proz. errungen. Die Forderungen der Unterverträge sind nunmehr auch im allgemeinen und in der Hauptsache anerkannt worden. Die Tätigkeit der Lohnkommission war eine sehr rege. Im ganzen wurde die Kommission 769 mal in Anspruch genommen. In 18 Fällen wurden die Bauarbeiter durch die Maurer in Mitleidenschaft gezogen und außerdem waren sie an den Streiks in Spandau, Adlershof und Spandau beteiligt. In 46 Fällen kam es zu Bauverboten, wovon 33 mit einem Erfolg für die Arbeiter endeten. Die längste Sperre dauerte 11 Tage, die kürzeste 1 1/2 Tage. In 218 Fällen handelte es sich um Maßregelungen, darunter sind 16 Fälle, wo Arbeiter von ihren eigenen Kollegen gemahregelt worden sind. Vielfach wurden Maßregelungen durch das Einschreiten der Kommission rückgängig gemacht; verschiedentlich ist dies erst erfolgt, nachdem die Arbeit eingestellt worden ist. In 227 Fällen handelte es sich um Lohnforderungen, wovon in 91 Fällen gleich nach Vorstelligwerden der Kommission die Bewilligung erfolgte. 64 mal mußte die Kommission wegen allzu mangelhafter Sachverrichtungen auf den Seiten vorstellig werden und hier verhielten sich die Unternehmer derartig ablehnend, daß deshalb auf 9 Banten die Arbeit eingestellt wurde, und 6 Fälle sind zu verzeichnen, wo die Unternehmer erst für einigermäßen genügende Sachverrichtungen sorgten, nachdem Unglücksfälle und Verletzungen von Arbeitern vorgekommen waren. Oftmals mußte die Kommission wegen ungenügender oder gänzlich fehlender Verbunden einschreiten, und in fünf Fällen wurde sie in Anspruch genommen, weil die Arbeiter von den Unternehmern den verdienten Lohn für die Woche nicht erhalten konnten. Eine sehr unwürdliche Rolle hat der Verein „Arbeiterklub“, dem die meisten Leute angehören, welche aus irgend einem Grunde aus der Organisation ausgeschloffen worden sind, bei den vielen Kämpfen gespielt. Sehr oft haben bei vorhandenen Differenzen die Mitglieder dieses Vereins die Banten besetzt und die Vertreter dieses Vereins haben mit Vorliebe die Vermittelung der „Arbeitswilligen“ übernommen und dadurch den Bauarbeitern viel Schaden zugefügt. — Im Laufe des Jahres haben 8 Versammlungen für das ganze Streikgebiet, 14 Versammlungen für die einzelnen Gruppen und 5 Baudeputierten-Versammlungen stattgefunden. Die Kommission hat 37 Sitzungen abgehalten, ferner war sie in 40 Sitzungen der einzelnen Gruppen und Ortsvereinigungen, in 24 Mitglieder-Versammlungen der Zustellen und in 5 Vorstandskonferenzen vertreten. Im Laufe des Jahres wurden 11408 Streikfondoarten aufgestellt und an 2092 Mitglieder mit 2811 Kindern Unterstützung ausgezahlt. Die Abrechnung weist inf. des alten Bestands von 20577 98 M. eine Einnahme von 94945 23 M. auf. Die Ausgaben betragen 48073 12 M., so daß ein Bestand von 46872 11 M. verbleibt. Unter den Ausgaben befinden sich unter anderem: für Unterstützung bei Streiks, Maßregelung und Bauverboten 18666 75 M., für Reise-Unterstützung und Unterstützung an die Familien Unterstützter 506 35 M., an den Streikfonds der Bauarbeiter Deutschlands 18000 M., an die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg und Posen 1000 M., an verschiedene andre Gewerkschaften 3400 M.

Dem Geschäfts- und Kassenbericht folgte eine längere Diskussion, in der die Tätigkeit der Kommission im allgemeinen erörtert wurde und in der mehrere Redner das Verhalten der Mitglieder des Vereins „Arbeiterklub“, den sie als Streikbrecherin bezeichneten, einer lebhaften Kritik unterzogen. — Dem Kassierer O. Wötlicher wurde auf Antrag der Revisoren die Decharge erteilt. Sodann wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Arbeitslosen-Abstempelung

geschieht wöchentlich und zwar jeden Freitag und Sonnabend bis 4 Uhr nachmittags. Diejenigen Kollegen, welche weniger als drei Tage in der Woche arbeiten, sind von der Zahlung zum Streikfonds frei, doch muß die Karte in der genannten Zeit zur Abstempelung vorgelegt werden. Bei denjenigen Kollegen, welche in den letzten beiden Tagen in Arbeit treten, hat der Baudeputierte die Abstempelung zu veranlassen. Dieser Beschluß ist für sämtliche Zustellen innerhalb des Streikgebiets bindend und hat keine Zustelle das Recht, dem entgegenstehende Beschlüsse zu fassen.

Außerdem gelangte eine Resolution zur Annahme, nach welcher die Bauarbeiter verpflichtet werden, sich in allen Fällen, wo es sich um Banten handelt, auf denen vorher von den Arbeitern die Arbeit eingestellt worden ist, an die Lohnkommission zu wenden, um festzustellen, ob die Ausnahme der Arbeit hier gerechtfertigt ist. Hierauf wurden die weiteren Punkte der Tagesordnung verlag.

Der Centralverband der Maurer (Zustelle Berlin und Umgegend) hielt am Freitag seine Generalversammlung, die von ca. 1500 Personen besucht war, bei Kessler, Köpenickerstraße, ab. Dem Geschäftsbericht der Verbandsleitung, den der Vorsitzende Panzer erstattete, war folgendes zu entnehmen: Das verfloßene Jahr war infolge des bestehenden Vertragsverhältnisses ein verhältnismäßig ruhiges und sind größere Kämpfe, d. h. Streiks und Bauverboten nicht zu verzeichnen. Die Differenzen wurden durch die beiderseitigen Organisationen geregelt. Die Unternehmer und auch die Arbeiter waren aber während dieser Zeit durchaus nicht untätig; innerhalb der Organisationen wurde auf beiden Seiten eine rege Tätigkeit entfaltet, um für einen event. Kampf gerüstet zu sein. Die im Vertrage festgesetzte Lohnerböhrung auf 62 1/2 bezw. 65 Pf. pro Stunde wurde zur bestimmten Zeit allgemein vorgenommen. Auch die vereinbarte Arbeitszeit wurde so ziemlich allgemein durchgeführt. Die Bantenden sind durchschnittlich besser geworden, aber dem Vertrag entsprechen sie, abgesehen von einigen Ausnahmen, durchaus noch nicht. Dasselbe trifft auch bezüglich der Mähtungen, Aborte etc. zu. Die Verhandlungen mit den Unternehmern über die Errichtung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises sind trotz aller Bemühungen der Arbeitervertreter resultatlos verlaufen. Die Verhandlungen über das neue Vertragsverhältnis sind bisher noch nicht zum Abschluß gelangt, obwohl bereits deswegen fünf gemeinsame Sitzungen stattgefunden haben. Die Unternehmer fühlen sich gegenwärtig sehr kräftig und wollen gegenüber den bisherigen Arbeitsbedingungen verschiedene Verschlechterungen einführen, so daß es sehr fraglich erscheint, ob unter diesen Umständen ein neues Vertragsverhältnis zu Stande kommt.

Im verfloßenen Jahre wurden 9 allgemeine Generalversammlungen, 17 große Vertreter-Sitzungen, 24 Sitzungen der Lokalkommission, 7 Sitzungen mit andern Bauarbeiter-Organisationen und zwei Baudeputierten-Versammlungen abgehalten. Die Verbandsleitung wurde in 625 Fällen zur Regelung von Differenzen in Anspruch genommen. Zum Teil handelte es sich um Maßregelungen, um Lohnbifferenzen, teilweise um Ueberstunden- und Accordarbeit und verchiedenartige Mißstände. Im Laufe des Jahres wurden 11027 Streikfondoarten ausgegeben. 6551 Karten sind mit dem Schlußhempel versehen worden. Das Jahr 1900 war seit langer Zeit für Berlin und Umgegend das beste Baujahr. Trotzdem war die Arbeitslosigkeit nach der vorhandenen Statistik eine verhältnismäßig große, weil in andern großen Städten und vielen kleinen Orten die Konjunktur sehr schlecht und deshalb der Bezug nach Berlin ein recht starker war.

Die Abrechnung über den Streikfonds für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1900 weist inf. des alten Bestands von 64156 48 M., eine Einnahme von 210679 38 M. und eine Ausgabe von 101446 68 M. auf, so daß ein Kassenbestand von 109229 70 M. vorhanden ist. Unter den Ausgaben befinden sich unter andrem folgende Posten: An den Hauptvorstand 80000 M., an andre Gewerkschaften 8000 M., an die Gewerkschaftsfortelle als Beiträge 718 20 M., an Maßregelungs-Unterstützung 19360 20 M. und für Rechtschutz und Unterstützung Inhabiterter 2914.— M. — Die Mitgliederzahl der Zustellen Berlin und Umgegend ist auf 7182 gestiegen. Es wurde beschloffen, dem Hauptvorstande 50000 M. zu überweisen, und in Zukunft sollen 50 Proz. von der Einnahme an den Hauptvorstand abgeführt werden. Den ausständigen Leibern in Calais wurden 500 M. bewilligt.

Die Renwahl der Verbandsleitung ergab nach längerer, lebhafter Diskussion folgendes Resultat: E. Panzer erster, W. Schulz zweiter Obmann; E. Lehmann erster, R. Luffe zweiter Kassierer; G. Becker, Brauer, R. Becker, Kriehj, Rieth und Kofel Revisoren; E. Löhn und A. Rudolf Revisoren. Die in den einzelnen Bezirken bereits normierten Beitragsansätze erhielten von der Versammlung die Bestätigung. Der Bericht und die Renwahl der Beschluskommission, ebenso die Beschlusfassung über den Beginn der Sammlungen zum Streikfonds wurde der vorgerückten Zeit wegen bis zur nächsten Versammlung verlag.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins.

In der Generalversammlung, die am Sonntag im Borussia-Saal stattfand, erstattete der Vorsitzende Gehl den Geschäftsbericht für das Jahr 1900. Lohnkämpfe haben im Berichtsjahr nicht stattgefunden, aber auf Grund des Einigungsvertrags fanden am 1. Januar und am 1. Oktober die festgesetzten Lohnaufbesserungen statt. Dem Vorstand sind 423 Fälle von Verletzung der Vertragsbedingungen durch die Unternehmer zur Unterstützung unterbreitet; verschiedene Differenzen sind zur Zufriedenheit geregelt worden. In 23 Fällen ist die Regelung durch Eingreifen der Accordmurer hintertrieben worden. Die bei der städtischen Kanalisation beschäftigten Maurer erlangten durch einen Streik die namtsändige anstatt der bis dahin bestehenden zehnstündigen Arbeitszeit, sowie eine Lohnerböhrung von 50 auf 60 Pf. so daß sie sich noch um 5 Pf. schlechter stellen, als es nach dem Einigungsvertrage der Fall sein müßte. Die Meißler zeigten, obgleich sich die Unternehmer ausdrücklich gegen dieselbe erklärt hatten, eine allgemeine Beteiligung, und fanden deswegen einige Maßregelungen statt. In der Zeit vom 12. Februar bis 8. Dezember waren von 3553 eingetragenen Kollegen 2470 zusammen 7023 Wochen arbeitslos. Das macht einen Lohnausfall (die Woche mit 34 M. gerechnet) von 238782 M. Die geringste Zahl der Arbeitslosen in einer Woche betrug 45 (9. bis 14. Juli), die höchste Zahl war 513 (12. bis 17. Februar). Die Vereinsangelegenheiten wurden erledigt in 34 Sitzungen des Vorstands und Ausschusses und in 24 Versammlungen. Die Richter-Kommission hat sich in mehreren Sitzungen mit der Verlängerung beziehungsweise Aenderung des Einigungsvertrags beschäftigt. Ein endgültiges Resultat ist bis jetzt noch nicht erzielt worden. — Der Kassenbericht, den der Kassierer Kaufmann erstattete, weist folgende Zahlen auf: Gesamteinnahme 80602 86 M. (einschließlich des Bestands vom Vorjahr in Höhe von 11028 88 M.), Gesamtausgabe 11808 18 M., Bestand am Jahreschluß 18799 68 M. — Der öffentliche Fonds hatte eine Einnahme von 54540 84 M., eine Ausgabe von 45558 86 M., darunter: für Maßregelung und Sperrn 7148 10 M., Projektskosten 1335 34 M., Streikunterstützung an auswärtige Kollegen und andre der Geschäftsstelle der Vertrauensmänner - Centralisation angeschlossene Gewerkschaften 27040 M. Am Jahreschluß war ein Bestand von 8084 98 M. vorhanden. — Folgender Antrag des Vorstands fand Annahme: Im laufenden Geschäftsjahr führen der erste Vorsitzende und der erste Kassierer die Vereinsgeschäfte. Die Vertretung der Richter-Kommission übernimmt der Vorstand und der Ausschuss. Die Wahl der Delegierten zur Richter-Kommission liegt dem Vorstand und Ausschuss ob. — Hierauf wurden folgende Wahlen vollzogen: 1. Vorsitzender Gehl, 1. Kassierer Kriehj, 2. Vorsitzender Meißler, 2. Kassierer Matull, 1. Schriftführer Rood, 2. Schriftführer Lehmann, Revisoren: Kaufmann, Teubert, Quich, Franz Schulz, Hilfskassierer: Wegner (N.O.), Peters

(Oranienburger Vorstadt), Meier (Wedding), Kuh (Moabit), Oesterreich (W.), Albrecht (Charlottenburg), Krüger (S.), Waetjch (S.O.), Pagel (O.).

Eine Mitglieder-Versammlung des Centralverbandes deutscher Maurer, Berlin I (Pogner) fand am 3. d. M. in den „Arminialhallen“ statt. Die versprochenen Kollegen Schröder und Melberg ertheilte die Versammlung durch Erheben von den Plätzen. Als Hilfskassierer wurden nachstehende Personen gewählt: Süden: H. Wolze, Osten: A. Rief, Südosten: Wädig, Gesundheitsbrunnen: Lange, Schönhauser Vorstadt, Pankow und Weihensee: M. Gerhardt, Wedding: Richter, Moabit: S. Dohow, Schöneberg: Kuerfch, Charlottenburg: Bremer, Nigdax und City: Dausacker, Wilmersdorf: Holz, Steglitz und Lichterfelde: Clemens. — Bezüglich des Streifens wurde beschlossen, mit dem Fehlen der Streifenbeiträge am 4. d. M. zu beginnen, und zwar sind bei mehr als drei Arbeitstagen in der Woche 25 Pf. pro Woche zu zahlen. Schließlich beschloß die Versammlung, folgende Anträge dem nächsten Verbandstage zu unterbreiten: „Der Verbandstag möge beschließen: 1. den Streifenbeitrag, ausgenommen für die passiven Mitglieder, obligatorisch einzuführen; 2. daß Mitglieder, die das 60. Lebensjahr überschritten und nachweislich 10 Jahre dem Verbands angehört haben, als Ehrenmitglieder zu führen und dem Beitrag zu befreien sind.“ Nach kleinen nebensächlichen Erörterungen schloß der Bevollmächtigte die Versammlung.

Der Unterstützungsberein aller in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt Montag, den 4. d. M., im „Gewerkschaftshaus“ eine äußerst zahlreich besuchte Mitglieder-versammlung ab. Dem Kassenbericht, den Streich gab, ist zu entnehmen, daß die Unterstützungskasse im Laufe des Jahres 1900 eine Einnahme von 8765,10 M. — inkl. 1059,25 M. Bestand — erzielte. An Ausgaben waren für Arbeitslosen-Familien und Wanderunterstützung 5728,70 M. erforderlich, so daß ein Ueberschuß von 3036,40 M. zu verzeichnen ist, von welchem 1500 M. an die Hauptkasse eingezahlt wurden. Die Kranken-Zuschuß- und Invalidenliste hatte eine Einnahme von 4544,90 M. — inkl. 447,10 M. Bestand — und Ausgaben für Kranken- und Invalidenunterstützung 21.851,90 M., so daß ein Bestand von 963 M. verbleibt. Die Frauen-Sterbekasse hatte eine Einnahme von 404,75 M. und eine Ausgabe von 112,50 M. Der Ueberschuß von 292,25 M. wurde an die Hauptkasse abgeliefert. Der Dispositionsfonds — welcher den hauptsächlichsten Zweck hat, im Streik befindliche Gewerkschaften und in Not gerathene Kollegen zu unterstützen — hatte eine Einnahme von 1268,35 M. und eine Ausgabe von 1203,05 M., so daß ein Bestand von 65,30 M. vorhanden ist. Die Filiale hatte in diesem Jahre eine Zunahme von 32 Mitgliedern zu verzeichnen. Den Bericht des Vorstands gab L. und J. Im Laufe des Jahres wurden 10 Vorstands- resp. Delegiertenversammlungen, 2 Mitglieder-versammlungen und eine öffentliche Agitationsversammlung abgehalten. Aus dem Dispositionsfonds wurde sodann eine Unterstützung bewilligt und für die Spigenweber in Calais 30 M. Ein Antrag, den Seidenhutmachern in Paris eine Unterstützung zu gewähren, wurde dem Vorstand mit dem Auftrag überwiesen, sich über die Ursache des Streiks resp. Aussperrung noch näher zu erkundigen. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstands. In die Kommission zur Ausarbeitung von Anträgen zur Generalversammlung wurden Franz Spielmann, Georgelowski, Emil Wolff, Hermann Kretschmer, Paul Weder, Richard Kadau und August Grubert gewählt.

Der Centralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen hielt am Mittwoch, den 30. Januar 1901 im Englischen Garten eine Mitglieder-versammlung ab. Die Abrechnung vom 1. Quart. 1900 ergab eine Einnahme von 3114,90 M. Am Orte behalten wurden 270,40, an die Hauptkasse 1800 M. gefandt. Den Bericht der Statutenberathungs-Kommission, an den sich eine lebhafteste Debatte knüpfte, ergriffte E. Grabe. Nachdem noch das Arbeitslosen-Unterstützungsgesetz durchberaten und Anträge hierzu gestellt waren, wurden allgemeine Anträge zur Generalversammlung gestellt und diskutiert. Zum Schluß wurde der Antrag, den Punkt „Unterstützungsdosen“ auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen, angenommen.

Die Schmiede hielten am Donnerstag im Moabiter Bezirk eine gut besuchte Versammlung ab. Paul Jahn referierte unter lebhaftem Beifall über: „Die bevorstehende Krise und die Bestrebungen des Unternehmens“. Dem Vortrag folgte eine rege Besprechung. Eine Resolution des Inhalts, die Lohnrückläufer energisch zurückzuweisen, aber voreilige Streiks zu vermeiden, im übrigen aber die Organisation zu stärken, gelangte einstimmig zur Annahme. Ein Antrag Richter dahingehend, den Altgefahren bezw. den Gesellenauschuss der Schmiede aufzufordern, für Beilegung der Mißstände bei Kleinmeistern sowie für geregelte Arbeitszeit bei einem tarifmäßigen Mindestlohn und menschenwürdiger Behandlung der Gesellen und Lehrlinge bestrebt zu sein, auch den Ursachen der Arbeitslosigkeit nachzuforschen, gelangte ebenfalls zur Annahme.

Der Verband der Tapezierer hielt am Dienstag, den 5. d. M. seine Bezirksversammlung „Nord“ bei Kämmerer ab. In derselben hielt Leo Schmidt einen Vortrag über „Arbeitersekretariate“. Die Beschlusfassung über die Stellung zum Centralsekretariat wurde bis zur kombinierten Versammlung ausgesetzt. Unter Verbandsangelegenheiten berichtete Otto Pönke über den Streik bei Töple und ersuchte die Kollegen, die Unterstützung unter den Kontrollbüchern beharrlich zu verweigern und gleichzeitig im Verbandsbureau Mitteilung zu machen. Herrmann übte dann Kritik an den Holzindustriellen, die bei einer Festlichkeit die Einführung der Kontrollbücher in einem Theatersaal verherrlichten.

Der Verband der Graveure und Eisenreue hielt am 5. d. M. eine gut besuchte Mitglieder-versammlung ab. Grill wurde als Bibliothekar neu gewählt, während Label und Jahnner ihr Amt beibehielten. Für die Spigenweber in Calais wurden vorläufig 25 Mark und für späterhin eine zweite Rate von 25 Mark bewilligt. Alsdann erfolgte eine längere Debatte über die Wahl des Kollegen Leidner in den Centralvorstand. Schließlich sprach E. Rosenow über „Kunst und Litteratur unter dem Kapitalistischen Völkertum“.

Der Verein der Bauanschläger tagte am Sonntag im Gewerkschaftshaus. Von mehreren Seiten wurde Protest erhoben gegen den in der Versammlung vom 28. Januar gefassten Beschluß betreffend die Reuenaufnahme von Mitgliedern. Auf Antrag soll diese Frage nochmals auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt werden. Die Beiträge wurden bis auf weiteres vorläufig auf wöchentlich 25 Pf. festgesetzt. Die weiteren Ausgaben wurden wie im Vorjahr beibehalten, nur die Remuneration des 1. Kassierers und 1. Schriftführers wurden erhöht. Ferner wurde noch beschlossen, bei Krankspenden für verdorbene Mitglieder nur rote Schiffsen zu benutzen.

Der Verband der Möbelpolierer hielt am 4. Februar seine regelmäßige Versammlung ab. Genosse Grumpy hielt einen interessanten Vortrag über „Technik und Verleumdungen“. Eine Diskussion fand nicht statt. Hierauf fand die Erziehung für die Werkstätten-Kontrollkommission statt. In dieselbe wurden gewählt: Hans Schönberg und Fritz Sommer. Alsdann wurde beschlossen, die Kontrollkarten in jeder Versammlung abzustempeln zu lassen, damit am Jahresschluß festgestellt werden könnte, wie und wo die Kollegen die Versammlung besucht haben.

Die Stuccateure verhandelten in einer gut besuchten Versammlung, die am Montag bei Buske, Grenadierstraße, tagte, über die bisherige Taktik und die gegenwärtigen Sperren. Nach einer längeren Diskussion, in der das Verhalten derjenigen Stuccateure, die sich den Unternehmern als „Arbeitswillige“ zur Verfügung stellten, heftig kritisiert wurde, beschloß die Versammlung, die Sperren über die verschiedenen Firmen aufrecht zu erhalten. Außerdem wurde beschlossen, den Beitrag zum Streik-

fonds vom 4. März ab vom 25 auf 50 Pf. pro Woche zu erhöhen, um für alle Fälle gerüstet zu sein.

Eine Versammlung der Barbier- und Felleuregehilfen Charlottenburgs, an der auch mehrere Prinzipale teilnahmen, faßte am Donnerstag nach einem Referat über: „Der Reuener-Ladenstluß und die Preiserhöhungsbewegung“ die folgenden beiden Resolutionen: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Referenten bezüglich des Reuener-Ladenstlusses einverstanden. Die antwortenden Arbeitgeber verpflichten sich, die Angelegenheit ernstlich in die Hand zu nehmen. Die Versammlung erklärt sich mit dem Referenten bezüglich der Lohn- und Preiserhöhung ebenfalls einverstanden. Eine fünfmalige Lohnkommission, bestehend aus Gehilfen, soll sofort gewählt werden. Die Kommission hat die nötigen Vorarbeiten zu besorgen und mit den Meisterorganisationen Fühlung zu halten, um bei geeigneter Zeit mit den Forderungen hervortreten.“ Folgende Personen wurden in die Lohnkommission gewählt: Schobert, Jahnne, Geißler, Wiemer und Strauch.

Wilmersdorf. Eine Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins tagte am 6. d. Mts. in Wides Volksgarten, Berlinerstraße 40. In derselben hielt Herr Stenz einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Bivision“. Dann wurden einige interne Angelegenheiten erledigt. Als Lokalkommissions-Mitglied wurde Preuß gewählt.

Schöneberg. Am Montag, den 4. Februar, tagte im Klubhause, Hauptstr. 5/6, eine öffentliche Versammlung, in der Reichstags-Abgeordneter Peuss-Dessau einen Vortrag über: „Wie verbessern die Handlungsgehilfen und Gehilfen ihre Lage?“ hielt. Zu dieser Versammlung war von den Frauen Schönebergs eine rege Agitation unter den Handlungsangehörigen am Orte entfaltet worden, die leider aber wenig Erfolg aufwies, da nicht viele Verkäuferinnen erschienen waren. An der Diskussion beteiligten sich Pfeiffer, Katske und Frau Reiling im Sinne des Referenten.

Spandau. Eine von etwa 300 Personen besuchte Versammlung hiesiger Arbeiter wurde am 7. Februar er., vormittags 9 1/2 Uhr im Wehischen Lokal in der Pichelsdorferstraße abgehalten. Genosse Theodor Wegner aus Berlin hielt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Arbeitslosigkeit und ihre Wirkungen“. Nach dem Vortrage wurde eine Resolution im Sinne des Referats angenommen.

Ober-Schöneberg. Hier tagte am 8. d. eine gutbesuchte Volksversammlung im Wilhelmshof, in welcher Reichstags-Abgeordneter Stolle (Sachsen) einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Zweck und Ziele der Konsumbewegung und ihr Nutzen für die Arbeiterschaft“ hielt. In der Diskussion sprachen noch John und Buzzi.

Adlershof. Die Zahlstelle Adlershof des deutschen Wachbinder-Verbands hielt am Sonnabend, den 2. d. M. eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Kassenbericht ergab, daß im letzten Quartal vergangenen Jahres 102,00 M. an Beiträgen gezahlt worden sind. In der Lokalliste befinden sich jetzt 50,70 M. Bei Neuwahl der Ortsverwaltung wurden Schred als erster Bevollmächtigter, Smolny als Kassierer, Dek als Schriftführer, Tieg und Deulshausen als Revisoren gewählt.

In Friedrichshagen tagte am 1. d. M. im Restaurant „Fiseller“ eine sehr gut besuchte Volksversammlung, in der Stadt. Hugo Heimann über die Wohnungsnot, deren Folgen und Beseitigung in einem 1 1/2stündigen Vortrag referierte. Die Diskussion über den mit Beifall aufgenommenen Vortrag war eine sehr rege; es wurde von Holzhütter folgende Resolution vorgelesen, welche einstimmig angenommen wurde: „Die am 17. Februar er. im Restaurant Fiseller abgehaltene öffentliche Versammlung protestiert gegen die in jüngster Zeit von den hiesigen Hausbesitzern vorgenommenen außergewöhnlich hohen Preissteigerungen, die keineswegs im Interesse der Gemeinde liegen. — Der in den letzten Jahren immer häufiger werdende Mangel an kleinen und mittleren Wohnungen muß unbedingt eine Wohnungsnot zur Folge haben. Die hiesige Bauhätigkeit ist seit langer Zeit auf ein Minimum beschränkt und wird — wenn nicht schleunigst die Ausschließung mehrerer Straßenzüge erfolgt — sich auch in absehbarer Zeit nicht heben. — Die Versammlung erachtet es darum für eine dringende Pflicht der Gemeindevertretung, alle geeigneten Schritte zu thun, um rechtzeitig eine ausgedehnte Wohnungsnot zu verhindern. — Die Versammlung verlangt von der Gemeindevertretung den Erwerb von Grundbesitz zur Errichtung von Häusern mit Wohnungen, welche hiesigen Einwohnern zu Mietpreisen überlassen werden, bei denen nur die Verzinsung und Amortisation des angewendeten Kapitals sowie die zur Instandhaltung der Häuser erforderlichen Kosten gedeckt werden. Weiter ersucht die Versammlung die Gemeindevertretung, alle irgend angängigen Erleichterungen zu gewähren, welche eine baldige Bedauung der Kaiserstraße und der sich nach dem Bedauungsplan an diese anschließenden Straßen ermöglichen.“

Weihensee. Am 5. Februar tagte hier im „Prälaten“ eine Volksversammlung, welche in erster Linie den Bericht des Genossen Schillat über die Konferenz der Gemeindevertreter entgegennahm. Besonders eingehend berückte derselbe über die Verhandlungen in der Wohnungsfrage. Eine Diskussion knüpfte sich an den Bericht nicht. Alsdann gab Taubmann den Bericht über die Thätigkeit der socialdemokratischen Gemeindevertreter, für welchen die Versammlung ein sehr lebhaftes Interesse an den Tag legte. An der Hand eines reichen Materials führt der Redner den Nachweis, daß wie im Staat im großen, auch in den Gemeindeverwaltungen im kleinen für Kulturzwecke kein Geld vorhanden ist. Natürlich sind die socialdemokratischen Vertreter auf das eifrigste bemüht gewesen, Ausgaben für kulturwidrige oder nicht das Wohl der Gesamtheit fördernde Zwecke zu verhindern, aber bei der Zusammensetzung der Gemeindevertretung sei der Erfolg nur ein geringer gewesen. Seien doch die wenigen Socialdemokraten die einzigen Unanständigen in der Gemeindevertretung. Alle übrigen Vertreter seien Hausbesitzer und hätten bisher bei jeder Gelegenheit ganz unverhohlen ihr Klasseninteresse gewahrt. Das sei bei der ungünstigen Finanzlage der Gemeinde lebhaft zu beklagen. Von Gerstendörfer werden die mit lebhaftem Interesse ergänz. In der Diskussion giebt Karow den höchsten Beifall aufgenommenen Ausführungen Taubmanns noch socialdemokratischen Vertretern den Wunsch mit auf den Weg, dahin zu wirken, daß die gewählte Wohnungsnot-Kommission ihre Arbeiten recht bald beginnt. Auch tabelt derselbe, daß Parteigenossen vielfach ihre Kinder an der patriotischen Schulscheiter im „Eterned“ teilnehmen ließen. Schumann hält die Befassung eines Krankentransportwagens auf Gemeindegeldern für notwendig. Auf Grund eines früheren Beschlusses der Gemeindevertretung wurde jetzt die Anschaffung beschlossen.

Waldmannsdorf. Am Sonntag, den 3. d. Mts., hielt der Wahlverein hier seine Generalversammlung ab. Der Bericht des Vorstands ergab, daß die Mitgliederzahl von 110 in diesem Quartal auf 121 gestiegen ist. Die Kasse weist einen Bestand von 72,70 M. auf. Nach der Berichterstattung sprach M. Kiesel über Edwin Marxhams Gedicht „Der Mann mit der Hade“.

In Biesendorf tagte am letzten Sonntag eine zahlreich besuchte Gewerkschaftsversammlung, im Protest einzulegen gegen die Streiklausel, welche in der letzten Gemeinderatssitzung zur Verhandlung stand. Die Versammlung konnte im Dorfe nicht abgehalten werden, da die Wirte auch zu dieser Versammlung ihr Lokal nicht hergaben, den Konflikt der Streikvereiner fürchtend. Sie fand daher bei Hellenbrandt an der „Krummen Lanke“ statt. Das einleitende Referat hatte Käster übernommen. An dasselbe schloß sich eine ausgedehnte Diskussion, zu welcher auch die beiden anwesenden bürgerlichen Gemeindevertreter Hammer und Richter wiederholt das Wort nahmen und einer modifizierten

Streiklausel das Wort redeten. Von den andern 21 Gemeindevertretern hatten es zwei außerdem für nötig gehalten, ihr Fernbleiben schriftlich zu entschuldigen. In einer Resolution, die der Gemeindevertretung zugefickt werden soll, protestierten die Anwesenden gegen die Annahme der Streiklausel.

Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur. Donnerstag, den 14. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Unter den Linden 16 III. Gruppe für ethnische Bildung: Vortrag des königl. Bibliothekar Dr. Simon: „Die Vorkolonienbewegung in Berlin.“ Diskussion.

Socialwissenschaftlicher Studenten-Verein. Heute Diskussionsabend über Thesen behandelnd das Thema: Individuum und socialistische Gesellschaftsformen. Referent: stud. phil. Otto Marcus. Gäste sind herzlich willkommen! Näheres am schwarzen Brett der Universität.

Vereinskalendar.

Vese- und Diskussionsklub. Donnerstag: „Brüderlichkeit“, jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. bei Dolell, Pannsdorferstr. 8. — „Freies Wort“, jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. Franke, Pannsdorferstr. 9. — Vese- und Diskussionsklub „Schloß“, Tolkdorf, Grützerstr. 68. **Arbeiter-Zängerbund Berlin und der Umgegend.** Vorsitzender: Rich. Thale, Schöneberg, Grunewaldstr. 90. Erster Kassierer: Seifert, Pichelsstr. 16. Alle Änderungen im Vereinskalendar sind zu richten an Otto Rasche, S.O., Reichenerstr. 115a. **Donnerstag.** Abends 9—11 Uhr: Nebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Männerchor „St. Urban“, Zimmer, Annenstraße 9. — „Vorwärts II“, Ad. Reumann, Brunnenstr. 150. — „Kämpfer der Welt“, Wiedemann, Jordanstr. 11. — „Vorkämpfer“, Hermann, Berliner Straße, Feld. Weintr. 11. — „Einigkeit I“, Gr. Lichterfelde, Vogel, Schausstr. 104. — „Vorgänger II“, Köpcke, Stippelstr. 5. — „Friedrich“, Rummelsburg, Schürer, Rosarstr. 7. — „Bineta“, Schmidt, Seemannstr. 65. — „Was auf II“, (Mit-Beifall bei Pienning) Abt bei Hülgenfeld, Bergstr. 60. — „Alpenrose“, Kunze, Herderstr. 36. — „Deutsche Erde II“, Brandenburg a. H., Battenberg, Weidowstraße. — „Freiheit III“, Bernau, Eggen, Berlinerstraße. — „Korolew“, Schumann, Hochstr. 2a. — „Kornblume“, Gold, Fr. Frankfurterstr. 133. — „Oberon“, Gröndler, Admistr. 100. — „Sorgenfrei“, Nöhring, Admistr. 18a. — „Vorgänger“ (Bader), Reumann, Brunnenstraße 150 (nachm. 4—6 Uhr). — „Köbelpolter“, Rautsch, Fruchstr. 61. — „Oranienburger Vorstadt“, Humboldthallen, Justizr. 40. — „Steinmeißel“, Sachs, Lindewerstr. 26. — „Sangeslust“, Werber a. H., Martin, Kugelweg 58. — „Hoffnung III“, Friedrichsberg, Käfer, Friedrichsstr. 34. — „Senselberg II“, Brandenburg a. H., Zur Glode, Al. Gartenstr. 1a. — „Hellenstraße“, Schulz, Blumenstr. 38. — „Kärl“, Friedmann, Grube, Stubenrauchstraße und Kaiser-Allee Gde. — „Freiheit West“, Werner, Bülowsstr. 59. — „Sangeslust I“, Reimann, Pottsdorferstr. 30. — „Berein Wilhelmshagen-Dahem“, Schönbauer, Pöden, Schönbauer, Krause, Berlinerstraße 12. — „Tropograpia“, Arminshausen, Kommandantenstr. 20. — „Viertel“, Vink, Wrangelstraße 86. — „Maurer-Ver. Berlin“, Wilmersdorf, Witte, Berlinerstr. 40. — „Männer-Chor Süd-Ost I“, Beker, Admistr. 191. — „Lara“, Charlottenburg, Paris, Seelenheimerstr. 11. — „Viebskranz“, Brandenburg a. H., Rengersd. Volksgarten, Bergstraße. — „Ger. Abt. des Arb. und Vereinsk.“ in Berlin, Grunow, Wilhelmstr. 19. — „Kermit“, Charlottenburg, Preßler, Dönerstr. 1. — „Jugend III“, Nieder-Schönhaufen, Sietzmann, Penderstraße 1. — „Vierbein“, Hermsdorf, Schulze, Berlinerstr. 21. — „Freie Stände“, Klein, Kaufherr Platz 8. — „Freiheit II“, Weihensee, Schütz, Königsdorferstr. 35a. — „Aris“, Dalg, Schallwerstr. 94b. — „Einigkeit III“, Wamsler, Krüger, Fürstehof. — „Vinde II“, Plebe, Weidenweg 23.

Arbeiter-Kameraden Berlin und der Umgegend. Änderungen im Vereinskalendar sind zu richten an Albert Diebter, Pottsdorferstr. 44. **Donnerstag:** „Wahrheit“, Weihensee, Sorrer, Straßburgerstraße 56. — „Mittels II“, Schopf, Penderstraße 4. — „Kamerun“, Badtke, Tüftlerstr. 48. — „Mittels II“, Neu-Weihensee, Schröder, Straßstr. 3. — „Unterricht I“, Lehmann, Rosenstr. 17. — „Grüner Hain“, Schulz, Göttingerstraße 4. — „Vortorio“, Conrad, Breslauerstr. 25. — „Columbus“, Hübner, Pionierstr. 76. — „Luhig“, Barthel, Brunnenstr. 116. — „Feste Brüder“, Rißdorf, Jäger, Hermannstraße 232. — „Virginia“, Schieber, Admistr. Straße 21. — „Alter Hülst“, Reumann, Weidowstr. 28. — „Eiserne Wiese“, Vogan, Schulstr. 118. — „Berolina“, Ruppig, Teltow, Jäger Steinweg 41. — „Du schufst es nicht“, Schmidt, Tüftlerstr. 32. — „Heldenlied“, Kam, Ruffstr. 5. — „Mallus“, Wolganitz, Neu-Weihensee, Wehstr. 49. — „Grüne Rose“, Kube, Friedenstr. 91. — „Colorado“, Klinge, Reinholdstr. 56. — „Fidelio“, Stephan, Kaufherr Platz 12. — „Einigkeit II“, Wäner, Gubenstr. 57. — „Einigkeit IV“, Albert, Neu-Bittau. — „Gloria“, Goyth, Admistr. 11. — „Grüne Wäner“, Koh, Rißdorf, Jägerstr. 48. — „Neu-Vindenberg“, Vindenberg, Margaretenstr. 20.

Central-Kameraden. Zuschriften an Max Koch, Rißdorf, Hermannstraße 34. **Donnerstag:** „Blau Wolke“, Rißdorf, Martinstr. 116. — „Näherstr. 4“. — „Friedenszeit“, Rißdorf, Wehstr. 18. — „Weißelblatt“, Rißdorf, Christoph, Penderstraße. — „Alte Erde“, Berlin, Pflanzstr. 34. — „Adelheid“, Steglitz, Schirrad, Pflanzstr. 7. — „Felix Brühl“, Potsdam, Segebrecht, Schützenstr. 26. — „Sunita“, Potsdam, Puffte, Spandauerstr. 26. — „Friedensfeier“, Vantwig, Dahn, Kaiser-Wilhelmstraße 34. — „Brennende Liebe“, Rißdorf, Pöden, Friedenstr. 3.

Gesang, Turn- und gesellige Vereine. **Donnerstag.** Orchesterchor „Bormarts“, Rißdorf, Münzer, Bergstr. 7. — „Ritterklub Nordhorn“, Berger, Templinerstr. 11. — „Jülicherklub Fenzenhauer“, gemischter Chor, Kändlerstr. 3. — „Bergbauverein Waldesgrün“, Hoppe, Schleifstr. 46. — „Berein Friedländer Tauschler und Schillerinnen“, Brunnenstr. 48. — „Rauschklub „Rempho“, Wöll, Rißdorfstr. 8. — „Stat. Klub „Grande Schwarz“, Dime, Windstr. 56. — „Regelklub Unermüdblich“, Borschauerstraße 39.

Berliner Ruderverein „Vorwärts“. Sitzung 9 Uhr abends im Bootshaus, Stralau, Tunnelstr. 17.

Arbeiter-Turnerbund. **Donnerstag:** Turn-, Spiele, Berlin, abends von 8—10 Uhr: 2. Damen-Abteilung, Katerstraße 67; 7. Lehrlings-Abteilung, Wassertorstr. 31. — Turnverein „Eiche“, Köpenick, Damen-Abteilung von 7 1/2—10 Uhr, Hotel Klein, Wilhelmshagen. — Freie Turnerschaft Rißdorf-Brig., III. Schiller-Abteilung abends 8 1/2—10 1/2 Uhr, III. Männer-Abteilung abends 8 1/2—10 1/2 Uhr, Thomas (Kroße) Theater, Hermannstr. 48—50. — Freie Turnerschaft Stralau-Rummelsburg, Lokal „Neuland“, Männerabteilung: Montag und Donnerstag, Lehrlingsabteilung: Mittwochsabends von 8—10 Uhr und Sonntags von 1/2 bis 1 1/4 Uhr.

Arbeiter-Zenographenverein „Stolze“ (Eingangslosten). **Donnerstag:** Bezirk Süd, Grützerstr. 82, bei Jahn, abends 8 1/2 Uhr. — Bezirk Nord-West, Waldstr. 8 bei Jahn, abends 8 1/2 Uhr.

Arbeiter-Bildungsverein „Eintracht“. Jülich, Reumannstr. 5, Vereinigung alle 14 Tage je Donnerstags abends 8 1/2 Uhr.

Jungfrauen-Zusammenschlüsse mit Damen im Restaurant des Gewerkschaftshaus. **Donnerstag:** Metallarbeiter.

Arbeiter-Radfahrerklub „Solidarität“. Gau 9 (Proz. Brandenburg). Alle Zuschriften und Anträge, den Bund betreffend, sind zu richten an den Bund-Vorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW., Waldstr. 8. **Donnerstag:** „Arb.-Verein Berlin“, jeden Donnerstag nach dem 1. bei Wisse, Androstr. 26, jeden Donnerstag nach dem 15. bei Raabe, Golbergerstraße 23. — „Radl.-Verein „Ziel“, Kienrich, jeden 2. und 4. Donnerstag bei Benke, Potsdenerstr. 1. — „Radl.-Verein „Frei Weg“, Schönbauerstr. 16. — „Radl.-Verein „Jahr wohl“, Berlin, alle 14 Tage bei Fischer, Waldstr. 8.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

N. 2. 18. Wir können Ihnen die Aufnahme nicht empfehlen.

Stampe. Ihre Aufsicht ist nicht zu verwenden.

N. 3. 19. Wir können Ihnen keine Auskunft geben. Annoncieren Sie im „Z.“

N. 4. 20. Das Werk, dem die von Ihnen angebotenen Unterlagen einmündig sind, ist durch die Nachhandlung Somwärts zu beziehen. Erscheinen ist bisher nur der erste Band, der 12 Bände folgt.

Naum. Sie müssen sich mit Ihrer Beilage an die Gesellschaft wenden.

N. 2. 105. Wenden Sie sich an H. Käppler, Altdorf i. S., Mauerstraße 48.

N. 3. 74. Sie können lediglich den Versuch machen, wegen Überdruß die Eheheiratsangelegenheit einzulegen. Der Räte müßte ein Ehescheidungsverfahren voranzugehen. — **N. 4. 9.** Eine Freistelle in einer Realklasse oder in einer anderen Schule ist keine Armenunterstützung, entspricht also dem Vater nicht das Wohlthun. — **N. 5. 10.** Ihre Frau kann mit Rücksicht auf Erfolg den vollen Lohn einbringen. — **Schreiber.** Nicht das Krankenhaus, sondern allenfalls die betr. Schwester würde von H. Kolibar gemacht werden können. Ein empfindlicher Armenrentenbeitrag wäre an das Werk zu richten. — **Nied.** Das ist zulässig. Um möglichst schnelle Terminänderung durchzuführen, thun Sie gut, einen dahingehenden Antrag unter Angabe des Veranlassungsgrundes zu stellen. — **N. 4. 31.** I. Es sind, wie wiederholt ausführlicher dargelegt ist — vgl. N. 2. die Nummer vom 31. Januar — insgesamt 50 Pf. von Ihnen zu zahlen. Die Socken müssen Sie noch weiter aufbewahren. — **N. 4. 73.** Nur die Kinder sind in Ihrem Falle erbberechtigt. — **N. 4. 49.** Sie können, so wie Sie es schon haben, fortzuleben. Sollten Sie wissen wollen, wie Sie sich zu verhalten haben, wenn bestimmte Schritte andererseits ergriffen werden, so müssen Sie in den Erbsachen vorzugehen, und ist ja nicht ersichtlich, welche Fälle Sie im Auge haben. — **N. 3. 70.** Sie haben vollkommen richtig gehandelt. —